



## 103. Sitzung

Wiesbaden, den 20. Juni 2006

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	7093	Frage 604 – Abg. Elisabeth Apel . . . . .	7096
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	7093	<b>Holzpelletsfeuerungsanlagen</b>	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	7093, 7107, 7112	Elisabeth Apel . . . . .	7096
Nicola Beer . . . . .	7093, 7128	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	7096, 7097
Reinhard Kahl . . . . .	7094	Martin Häusling . . . . .	7096
Lothar Quanz . . . . .	7108	Karin Hartmann . . . . .	7097
Axel Wintermeyer . . . . .	7109, 7110, 7128	Frage 605 – Abg. Klaus Dietz . . . . .	7097
Tarek Al-Wazir . . . . .	7109	<b>Besteuerung von Biokraftstoffen</b>	
Dieter Posch . . . . .	7109, 7111	Klaus Dietz . . . . .	7097
Jürgen Walter . . . . .	7110	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	7097
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	7111	Martin Häusling . . . . .	7097
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	7128, 7129	Frage 606 – Abg. Horst Klee . . . . .	7097
Bericht des Präsidenten des Landtags über die <b>An-</b>		<b>Behindertensport</b>	
<b>gemessenheit der Entschädigungen von Abgeord-</b>		Horst Klee . . . . .	7097, 7098
<b>neten und zur Anpassung von Leistungen nach dem</b>		Minister Volker Bouffier . . . . .	7097, 7098
<b>Hessischen Abgeordnetengesetz zum 1. Juli 2006</b>		Frage 609 – Abg. Bernhard Bender . . . . .	7098
– Drucks. 16/5687 – . . . . .	7093	<b>Polizeidienststelle in Lauterbach</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	7093	Bernhard Bender . . . . .	7098, 7099
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	7093	Minister Volker Bouffier . . . . .	7098, 7099
<b>1. Fragestunde</b>		Frage 610 – Abg. Christel Hoffmann . . . . .	7099
– Drucks. 16/5607 – . . . . .	7094	<b>Hessische Staatsweingüter</b>	
<i>Abgehalten</i> . . . . .	7107	Christel Hoffmann . . . . .	7099
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	7107	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	7099
Frage 601 – Abg. Klaus Peter Möller . . . . .	7094	Frage 611 . . . . .	7099
<b>Rückgang der Strompreise an der Leipziger Strom-</b>		<i>Von der Fragestellerin zurückgezogen</i>	
<b>börse</b>		Frage 612 – Abg. Jörg-Uwe Hahn . . . . .	7099
Klaus Peter Möller . . . . .	7094	<b>Sammelgesetz zur Aufhebung diverser Rechtsvor-</b>	
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	7094	<b>schriften</b>	
Uwe Frankenberger . . . . .	7094	Nicola Beer . . . . .	7099
Tarek Al-Wazir . . . . .	7094	Minister Jürgen Banzer . . . . .	7099, 7100
Frage 602 – Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) . . . . .	7094	Frage 613 – Abg. Petra Fuhrmann . . . . .	7100
<b>Urteil zu Sportwetten</b>		<b>Beantwortung einer Anfrage</b>	
Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) . . . . .	7095, 7096	Petra Fuhrmann . . . . .	7100
Minister Volker Bouffier . . . . .	7095, 7096	Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	7100
Karin Hartmann . . . . .	7095	Frage 614 – Abg. Sabine Waschke . . . . .	7100
Nicola Beer . . . . .	7095	<b>Arbeitsplatzabbau bei Börsengang der Deutschen</b>	
Frage 603 – Abg. Rafael Reißer . . . . .	7096	<b>Bahn AG</b>	
<b>Sprachförderkurse</b>		Sabine Waschke . . . . .	7100, 7101
Rafael Reißer . . . . .	7096	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	7100, 7101
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	7096		

	Seite
Frage 615 – Abg. Martin Häusling . . . . .	7101
<b>Saatgutkontrolle auf gentechnisch veränderte Bestandteile</b>	
Martin Häusling . . . . .	7101
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	7101, 7102
Heinrich Heidel . . . . .	7102
Frage 616 – Abg. Martin Häusling . . . . .	7102
<b>HEKUL-Auszahlungen für 2005</b>	
Martin Häusling . . . . .	7102
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	7102
Frage 617 – Abg. Hugo Klein (Freigericht) . . . . .	7102
<b>Deutsch als Schulsprache I</b>	
Hugo Klein (Freigericht) . . . . .	7102
Ministerin Karin Wolff . . . . .	7102, 7103
Tarek Al-Wazir . . . . .	7103
Frage 618 – Abg. Günter Schork . . . . .	7103
<b>Deutsch als Schulsprache II</b>	
Günter Schork . . . . .	7103
Ministerin Karin Wolff . . . . .	7103
Tarek Al-Wazir . . . . .	7103
Frage 619 – Abg. Claudia Ravensburg . . . . .	7103
<b>Deutsch-Kurse vor der Einschulung</b>	
Claudia Ravensburg . . . . .	7103
Ministerin Karin Wolff . . . . .	7104
Frage 620 – Abg. Mark Weinmeister . . . . .	7104
<b>Erziehungsvereinbarungen</b>	
Mark Weinmeister . . . . .	7104
Ministerin Karin Wolff . . . . .	7104
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	7104
Frage 621 – Abg. Ilona Dörr (Bergstraße) . . . . .	7104
<b>Obligatorische Fördermaßnahmen für Kinder mit Sprachdefiziten</b>	
Hugo Klein (Freigericht) . . . . .	7104, 7105
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	7104, 7105
Tarek Al-Wazir . . . . .	7105
Ministerin Karin Wolff . . . . .	7105
Kordula Schulz-Asche . . . . .	7105
Frage 622 – Abg. Dr. Walter Lübcke . . . . .	7105
<b>„Ostercamps“ für lernschwache und versetzungsgefährdete Schüler</b>	
Dr. Walter Lübcke . . . . .	7106
Ministerin Karin Wolff . . . . .	7106
Frage 623 – Abg. Bernhard Bender . . . . .	7106
<b>Röntgenuntersuchungen im Krankenhaus Schotten</b>	
Bernhard Bender . . . . .	7106, 7107
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	7106, 7107
Frage 625 – Abg. Norbert Schmitt . . . . .	7137
<b>Eigenanteil bei Schülerbeförderungskosten</b>	
<i>Die Frage 625 und die Antwort der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 624 und 626 bis 630 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.</i>	

	Seite
2. Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung betreffend <b>„Mehr Wettbewerb im Energiemarkt – 1 : 0 für die Verbraucher“</b> . . . . .	7112
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> . . . . .	7128
19. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Genehmigungsverfahren für Stromentgelte</b>	
– Drucks. 16/5540 – . . . . .	7112
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	7128
71. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>keine überhöhten Strom- und Gaspreise in Hessen</b>	
– Drucks. 16/5711 – . . . . .	7112
<i>Angenommen</i> . . . . .	7128
74. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Energieversorgung</b>	
– Drucks. 16/5714 – . . . . .	7112
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	7128
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	7112
Uwe Frankenberger . . . . .	7115
Dieter Posch . . . . .	7117
Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	7120
Michael Boddenberg . . . . .	7124
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	7128
75. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Finanz- und Wirtschaftszentrum Frankfurt unter Druck – Wirtschaftsminister sprachlos?</b>	
– Drucks. 16/5717 – . . . . .	7129
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	7136
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	7129
Jürgen Walter . . . . .	7131
Michael Boddenberg . . . . .	7133
Tarek Al-Wazir . . . . .	7134
Dieter Posch . . . . .	7135
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	7136

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter  
des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Jürgen Banzer  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
Staatssekretär Harald Lemke  
Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
MinDirig Dr. Heinrich Berthold  
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
MinDirig Dr. Karl Heinz Acker

Abwesende Abgeordnete:

Michael Denzin  
Dr. Andreas Jürgens



(Beginn: 12.05 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 103. Plenarsitzung des Hessischen Landtags und heiße Sie alle zum „High Noon“ herzlich willkommen. Ich bedanke mich im Namen aller, die das jetzt nutzen können, dass wir uns darauf verständigen konnten, unsere vierstündige Sitzung heute um zwei Stunden vorzuziehen, um nachher, wie ich hoffe, jubeln zu können – wer immer es, auch für sich innerlich, will.

Meine Damen und Herren, die Fußballweltmeisterschaft ist auch für Nichtfußballfans ein bedeutendes Ereignis. Sie sehen, dass ich hier vorn eine gelbe und eine rote Karte habe. Es könnte sein, dass sie im Laufe dieser drei Tage statt Ordnungsmaßnahmen Platz greifen. Ich wollte Sie nur vorwarnen. Es ist ein Gebot der Fairness, Ihnen vorher zu sagen, was Ihnen hinterher blüht.

Weil Fußball ein Thema ist, möchte ich Ihnen einige Ergebnisse unserer Landtagsmannschaft mitteilen, die zu den erfolgreichsten Teams Deutschlands gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Günter Rudolph (SPD): Wer war das?)

– Das war der Kollege Klee, der hat Ahnung vom Fußball.

In dem Zusammenhang, weil ich erst zum Hessentagsspiel komme, will ich mich auch nach dem Hessentag nochmals bei vielen bedanken, die dazu beigetragen haben, dass dieser Hessentag erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Ich danke den Mitarbeitern in den Verwaltungen des Landes Hessen, aber vor allem denen in Hessisch Lichtenau, die unverdientermaßen mit schlechtem Wetter gesegnet waren und trotzdem das Ding durchgezogen haben – um es einmal so zu sagen. Herzlichen Dank dafür.

(Allgemeiner Beifall)

Wir in Butzbach sind der Meinung, schlechter kann das Wetter nicht werden. Aber da gilt das Prinzip Hoffnung. Wie dem auch sei, es wird ein unvergesslicher Hessentag bleiben.

Auf diesem Hessentag führte unser Team unter Teamchef Quanz zwei Spiele durch, einmal gegen eine Regionalauswahl Nordhessen, verstärkt durch Spieler von Ballance 2006 mit Exprofis von Eintracht Frankfurt. Hier ließen wir den Gegner 4 : 2 gewinnen. „Zu Gast bei Freunden“ hat sich hier ausgewirkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Ein Fan für die anderen.

Wir haben aber auch gewonnen: eine tolle Sache, gegen das Team zu gewinnen, welches in dem Film „Das Wunder von Bern“ gespielt hat, sogar noch mit Horst Eckel dabei. Lieber Lothar Quanz, dir und allen deinen Mitstreitern herzlichen Glückwunsch, dass das gelungen ist. Großer Besuch, ein tolles Spiel – dass wir 6 : 5 im Elfmeterschießen gewonnen haben, sei am Rande erwähnt.

Schließlich haben wir noch gegen eine Mannschaft des britischen Unterhauses gespielt. Diese war im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft kurz hier; das Spiel fand in Heusenstamm statt. Dieses Spiel gegen England haben wir 3 : 1 gewonnen.

(Beifall – Horst Klee (CDU): Das ist immer gut!)

Wenn es heute Abend so ausgehen sollte, dass wir nächste Woche gegen England spielen, ist das ein gutes Omen. Meistens haben wir gegen England gewonnen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem Klinsmann sagen, wie es geht!)

Meine Damen und Herren, zu diesen Fußballereignissen ist momentan nichts hinzuzufügen. Deswegen möchte ich, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, nun mit dem ernsthaften Teil beginnen.

Es geht um den **Bericht des Präsidenten des Landtags über die Angemessenheit der Entschädigungen von Abgeordneten und zur Anpassung von Leistungen nach dem Hessischen Abgeordnetengesetz zum 1. Juli 2006**, welchen ich Ihnen mit der **Drucks. 16/5687** ordnungsgemäß und das Gesetz befolgend vorgelegt habe.

Danach ist der Präsident dazu verpflichtet, dem Plenum alljährlich spätestens im Juni einen Bericht vorzulegen, und dies ist erfolgt. Die Parlamentarier müssen dann entscheiden, was sie damit vorhaben oder nicht. – Ich stelle fest, der Angemessenheitsbericht ist ordnungsgemäß gegeben worden.

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung selbst. Die Tagesordnung vom 13. Juni 2006 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 69 Punkten sind Ihnen zugegangen.

Wir werden am Donnerstagvormittag zu den Tagesordnungspunkten 59, 60, 61 und 62 eine Aktuelle Stunde abhalten. Die Redezeit wird wie folgt sein: fünf plus zweieinhalb Minuten für die Tagesordnungspunkte 59 und 62, je fünf Minuten für die Punkte 60 und 61. Darauf haben wir uns geschäftsordnungsmäßig verständigt. – Dem wird nicht widersprochen. Dann wird so verfahren.

Gestern ging noch ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP zu Tagesordnungspunkt 6 ein: Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Weiterbildungsgesetzes, Drucks. 16/5659 zu Drucks. 16/5276. Dieser Antrag hat die Drucksachenummer 16/5709. Auch er ist Ihnen zugegangen.

Es gibt noch eine Menge Dringlicher Anträge, die noch im technischen Geschäftsgang sind. Im Hinblick auf das Zeitmanagement werden sie nacheinander aufgerufen und Ihnen zur Kenntnis gegeben, sodass wir im Laufe des Tages und auch morgen verschiedene Anträge aufrufen werden, die dann auf die Tagesordnung zu nehmen wären.

Vor dem Hintergrund dieser Mitteilung frage ich, ob die Tagesordnung von Ihnen so genehmigt wird. – Frau Kollegin Beer.

**Nicola Beer (FDP):**

Ich weise nur darauf hin, dass wir noch einen Dringlichen Antrag zu dem auf die Fragestunde folgenden Tagesordnungspunkt eingereicht haben, und bitte darum, dass er rechtzeitig vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 2 verteilt wird. Auch zu Tagesordnungspunkt 6 ist noch ein weiterer Änderungsantrag im Geschäftsgang.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die Verwaltung hat es mitbekommen, und wir werden uns redlich und korrekt bemühen. – Herr Kollege Kahl.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Wir haben auch noch zwei Dringliche Anträge eingebracht, die bitte auch so umgedruckt werden, dass sie vor der Regierungserklärung geschäftsordnungsmäßig aufgerufen werden können.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das heißt, in der nächsten Stunde. – Es ist angekommen und wird so umgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung genehmigt. Vielen Dank.

Wir tagen heute bis 16 Uhr, also mit Anpfiff wird hier abgepfiffen. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 1, danach mit der Regierungserklärung unter Punkt 2.

Herr Kollege Hoff ist zu Anfang dieser Sitzung bei dem Empfang anlässlich des 70. Geburtstags des Präsidenten des AvD. Herr Kollege Dietzel vertritt die Regierung bei den DLG-Feldtagen, die dieses Jahr in Hessen stattfinden.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Er ist schon wieder da! – Axel Wintermeyer (CDU): Morgen!)

– Er ist schon wieder vom Acker herunter.

Die Landtagself spielt morgen Abend. Herr Kollege Quanz, können Sie mir zurufen, gegen wen?

(Lothar Quanz (SPD): Landesarbeitsgemeinschaft Kultur und Soziales!)

– Gegen die LAKS. – Dieses Spiel wird Ihrer Aufmerksamkeit empfohlen.

Meine Damen und Herren, im Anschluss an die heutige Plenarsitzung findet die Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses im Sitzungssaal 510 W statt: 16.45 Uhr.

(Heiterkeit – Ministerpräsident Roland Koch: Inklusiv Nachspielzeit!)

– Nachspielzeit nicht einbezogen.

Dann können wir in die Tagesordnung einsteigen. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Fragestunde – Drucks. 16/5607 –**

Ich rufe **Frage 601** auf. Herr Abg. Möller, CDU.

**Klaus Peter Möller (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie den Rückgang der Strompreise an der Leipziger Strombörse?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Verringerung des Börsenpreises für Strom zeigt, dass die Strompreise eben nicht nur steigen, sondern auch sinken können. Falls sich der Rückgang des Strompreises an der

Leipziger Strombörse fortsetzt, müssen die Stromunternehmen ihre Endkundenpreise im Jahre 2007 senken.

Die Preisentwicklung an der Börse zeigt auch, dass es richtig war, in Hessen die Anträge von 50 Stromunternehmen auf Erhöhung der Strompreise zum 1. Januar 2006 nicht zu genehmigen; denn wenn die Netzentgelte für die Stromdurchleitung künftig sinken und die Gewinne der Stromunternehmen hoch sind, dürfen gemäß der Bundestarifordnung Elektrizität Preissteigerungen nicht genehmigt werden. Im Übrigen gehe ich auf diese Thematik im Rahmen der Regierungserklärung näher ein.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Frankenberger.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Mit welchen Instrumenten will die Landesregierung die großen Energieversorgungsunternehmen zwingen, diesen Kostenvorteil an die Endverbraucher weiterzugeben?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Die großen Energieversorgungsunternehmen, in Nordhessen als „E.ON Mitte AG“ tätig, werden, genau wie alle anderen lokalen und regionalen Endverbraucherversorger, im Dezember dieses Jahres einen Antrag betreffend die Tarife für Haushalte stellen müssen, und sie werden ihn genehmigen lassen müssen. Das ist das Instrument, das uns nach der Bundestarifordnung zur Verfügung steht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ist die Landesregierung bereit, angesichts des Rückgangs der Strompreise an der Leipziger Strombörse zuzugeben, dass entgegen ihrer langjährigen Propaganda der aus Windkraft erzeugte Strom zu diesem Rückgang beigetragen hat?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abgeordneter, dieser kausale Zusammenhang ist nicht herzustellen, und ich kann ihn nicht bestätigen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 602**, Herr Abg. Dr. Müller.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Konsequenzen zieht sie aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Sportwetten?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Kollege Dr. Müller, das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 31. Dezember 2007 eine neue Regelung zu schaffen, sodass wir den Zeitraum bis zu dieser Neuregelung und die Neuregelung getrennt voneinander betrachten müssen.

Für den Zeitraum bis zu der Neuregelung ist aus der Sicht der Landesregierung Folgendes zu berichten. Aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hat Hessen-Lotto im Zusammenwirken mit dem Finanzministerium entsprechend den Vorgaben des Urteils die Werbeaktivitäten deutlich zurückgefahren und ein deutlich vermindertes Angebot an Spielmöglichkeiten aufrechterhalten. Wir sind der Auffassung, dass damit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts Rechnung getragen ist, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Bürger vor der Spielsucht.

Zum Zweiten hat das Innenministerium die Kreisordnungsbehörden gebeten, alle illegalen Sportwettbüros mit einer Schließungsverfügung mit einer Anhörungsfrist von einer Woche anzuschreiben, um die Schließungen danach vollziehen zu können. Das ist deshalb geschehen, weil wir gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Auffassung sind, dass die ordnungsrechtliche Grundlage für die Erlaubnispflicht der Betreiber vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde. Wer keine Genehmigung für sein Sportwettbüro hat, ist aus unserer Sicht ein illegaler Betreiber. Die Kommunen sind dieser Verpflichtung bisher in unterschiedlicher Weise gefolgt.

In der Presse war zu lesen, dass die Betreiber gegen dieses Verfahren gerichtlich vorgehen wollen. Mir ist bis zur Stunde ein entsprechendes Verfahren nicht bekannt. Es wird dabei bleiben, dass wir versuchen, diesen Wildwuchs einzudämmen.

Drittens. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat bereits im März beschlossen, in einer länderoffenen Arbeitsgruppe Eckpunkte für eine Neuregelung zu schaffen. Das betrifft den Zeitraum ab dem 1. Januar 2008. Es ist verabredet, bei der in dieser Woche anstehenden Ministerpräsidentenkonferenz die Eckpunkte zu diskutieren und gegebenenfalls zu beschließen. Ich kann und will dem nicht vorgreifen.

Sie kennen aus der Tagespresse ganz unterschiedliche Situationsbeschreibungen. Wir erhalten von der einen Seite Drohungen, dass Amtshaftungsansprüche geltend gemacht werden, wenn wir etwas unternehmen, und andere machen vorsorglich Amtshaftungsansprüche geltend für den Fall, dass wir nichts unternehmen.

Die Lage ist also unübersichtlich. In Hessen bleibt es dabei, dass wir die Anbieter illegaler Sportwetten nach wie vor mit den Mitteln des Ordnungsrechts bekämpfen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hartmann.

**Karin Hartmann (SPD):**

Wie ist die Rückmeldung aus den Kommunen? Wie kontrolliert die Landesregierung die Kommunen bezüglich der Umsetzung? Welche Restriktionen sind möglich, wenn Kommunen gegen Anbieter illegaler privater Sportwetten nicht vorgehen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Wir beraten die Kommunen, unter anderem in der Weise, dass wir den Kommunen Musterverfügungen gegen Anbieter illegaler Sportwetten zur Verfügung stellen. Die Kommunen sind an der Stelle unterschiedlich vorgegangen. Einige haben diese Verfügungen bereits versandt. Andere Kommunen haben mitgeteilt, dass sie zunächst einmal den Sachverhalt klären müssen. Insbesondere von größeren Städten ist uns mitgeteilt worden, dass man noch keine vollständigen Kenntnisse darüber habe, wer diese Büros betreibe.

Ich gehe davon aus, dass die Kommunen sorgfältig arbeiten werden. Die Betreuung der Kommunen ist sichergestellt. Ich will zunächst davon absehen, mit kommunalaufsichtlichem Zwang vorzugehen. Es gibt ein Argument, das die Kommunen vortragen und auf das man durchaus hören muss. Die Kommunen haben in ihrer Eigenschaft als Ordnungsbehörden Sorge, unter Umständen zu Schadenersatzzahlungen herangezogen zu werden. Deshalb haben wir ein großes Interesse an einer möglichst raschen gerichtlichen Klärung im Wege einer einstweiligen Rechtsschutzklage. Mir ist allerdings bislang noch von keinem Betreiber bekannt, dass er eine solche Klage erhoben hat.

Wir werden das in sehr guter Kooperation mit den Kommunen machen. Ich denke, es ist sinnvoll, wenn die Kommunen sehr sorgfältig handeln. Hier geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Beer.

**Nicola Beer (FDP):**

Ist der Landesregierung bekannt, dass einige dieser Sportwettenanbieter massives Sportsponsoring im Jugendbereich betreiben, und wie geht sie im Sinne des Jugendschutzes gegen solche Aktivitäten vor?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Indem der Minister überall darauf hinweist, dass es schwer ist, eine ordnungspolitische Linie durchzuhalten, wenn im Sport selbst private Wettanbieter entsprechend

zum Zuge kommen. Es ist nicht unmittelbar eine Frage des Ordnungsrechts, wenn z. B. Unterstützungsleistungen angeboten werden, wenn Sponsoring stattfindet, nicht, damit ein Spiel stattfinden kann, sondern um Geschäftsbeziehungen zu pflegen. Überall dort, wo uns dies bekannt wird, werden wir aktiv.

Man muss aber eines sehen: Das ist nur sehr eingeschränkt möglich. Wir haben 8.500 Vereine in Hessen, wir haben 426 Städte und Gemeinden in Hessen. Es ist zunächst einmal Aufgabe der Ordnungsbehörden vor Ort, dagegen einzuschreiten. Es ist ausgeschlossen, das von Wiesbaden aus zentral zu machen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Müller.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Herr Minister, ich teile Ihre Auffassung, dass die Lage im Moment äußerst unübersichtlich ist. Übermorgen findet aber die Sitzung der Ministerpräsidenten statt. Welche Haltung wird Hessen dort vertreten?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Hessen wird dort die Haltung vertreten, die ich Ihnen vorgetragen habe, dass wir nämlich das Ordnungsrecht bis zum Zeitpunkt einer Neuregelung umsetzen, und zwar so weit, wie es irgend geht. Sie werden sich daran erinnern: Wir haben in zurückliegenden Zeiten teilweise sehr intensiv und auf breiter Fläche die Büros von Anbietern illegaler Sportwetten geschlossen. Das Problem ist, dass praktisch jeden Tag derartige Büros irgendwo neu aufmachen. Das ist fast schon ein Hase-und-Igel-Spiel.

Hinsichtlich der Frage einer Neuordnung vertritt das Land Hessen die Auffassung, dass es hier bei einer Kompetenz der Länder und einer Genehmigungspflicht bleiben sollte.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 603**, Herr Abg. Reißer.

**Rafael Reißer (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie viele Erzieherinnen und Erzieher wurden im Haushaltsjahr 2005 im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen zur Unterstützung des Erwerbs der deutschen Sprache bei Kindern im Kindergartenalter ohne ausreichende Deutschkenntnissen gefördert?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Abgeordneter, nach dem aktuellen Stand der Auswertung der vorgelegten Verwendungsnachweise wurden im Jahre 2005 insgesamt 2.770 Erzieherinnen und Erzieher zu Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen des Landesprogramms „Sprachförderung im Kindergartenalter“ gefördert. Ich kann den aktuellen Stand vom Mai 2006 hinzufügen. Wir haben aktuell Anmeldungen für 2.445 Erzieherinnen und Erzieher vorliegen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 604**, Frau Abg. Apel.

**Elisabeth Apel (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie hat sich die Nachfrage nach Holzpelletfeuerungsanlagen in Hessen entwickelt?*

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei diesem Wetter schlecht!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Apel, die Nachfrage nach allen Biomasseenergiestoffen hat sich mit dem Anstieg der Öl- und Gaspreise und den Anstrengungen der Landesregierung – HeRo – deutlich erhöht. Dazu zähle ich besonders die Nachfrage nach Scheitholz, Holzhackschnitzeln und Holzpellets. Nach Auskunft des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, das dank des Marktanreizprogramms des Bundes derzeit die beste Übersicht über die neuen Anlagen besitzt, stieg der Bestand an Anlagen in Hessen von 838 im Jahr 2003 über 1.312 im Jahr 2004 auf 2.009 im Jahr 2005. Der Anstieg von 2004 auf 2005 betrug demnach 53 %. Dabei handelt es sich jedoch nur um die aus dem Marktanreizprogramm geförderten Anlagen.

Eine Erhebung auch der Zahl der nicht geförderten Anlagen ist nur mithilfe der Schornsteinfegerinnung möglich. Eine solche Erhebung ist im Rahmen des zu gründenden Kompetenztteams „Holz“ geplant.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, für die Kampagne zur Förderung von Holzpellettheizungen ist HeRo zuständig. Wann bekommt denn HeRo einen neuen Chef?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, der Leiter des Landesbetriebs Landwirtschaft, Herr Sandhäger, ist kommissarischer Chef, und wir werden uns zu der entsprechenden Zeit über einen neuen Chef unterhalten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann ist die entsprechende Zeit?)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Hartmann.

**Karin Hartmann (SPD):**

Ich frage die Landesregierung: In welchem Umfang wurden Landesliegenschaften mit Holzpelletfeuerungsanlagen ausgestattet?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Hartmann, ich kann Ihnen diese Zahl im Augenblick nicht nennen. Ich werde sie schriftlich nachreichen. Vor dem Hesttag war ich aber z. B. im Forstamt Hessisch Lichtenau. Das ist das zweite hessische Forstamt, das mit einer solchen Anlage ausgerüstet wird. Wenn wir in unserem Bereich Anlagen haben, bei denen die Heizungen nachgerüstet werden, machen wir uns natürlich Gedanken darüber, ob wir mit Holzhackschnitzeln oder mit Holzpellets heizen – zum einen, um nach außen hin eine Vorbildfunktion wahrzunehmen, zum anderen aber auch, weil diese günstiger sind.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es gibt keine weiteren Fragen dazu. – Wir kommen zu **Frage 605**. Herr Abg. Dietz.

**Klaus Dietz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie den jüngsten Beschluss des Koalitionsausschusses auf Bundesebene zur Besteuerung von Biokraftstoffen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Dietz, ich begrüße, dass die Bundesregierung mit ihrem Eckpunktepapier vom 27. April 2006 die Grundlage für den notwendigen Diskussionsprozess über eine zielführende, unbürokratische und kostengünstige Quotenregelung für Biokraftstoffe geschaffen hat. Ausdrücklich wird der Grundsatz bekräftigt, dass Steuervergünstigungen bei Biokraftstoffen aus einer Überförde-

rungsrechnung ermittelt werden, die auf nachvollziehbaren Marktdaten basiert. Den Überlegungen zur Ausgestaltung und Höhe der Quoten für Otto- und Dieseldieselkraftstoffe ab dem Jahr 2007 wird grundsätzlich zugestimmt.

Es wird jedoch abgelehnt, dass jegliche Steuervergünstigung für biogene Reinkraftstoffe im Jahr 2009 auslaufen soll, ohne dass es, wie aufgrund einer spezifischen Überförderungsrechnung nachgewiesen wurde, zu einer ungerechtfertigten Begünstigung kam. Ebenfalls abgelehnt wird eine Abschaffung der vollständigen Steuerbefreiung für biogene Reinkraftstoffe in der Land- und Forstwirtschaft ab 2010. Für die Entwicklung und den Markteintritt von Biokraftstoffen der zweiten Generation sind stabile Rahmenbedingungen entscheidend.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, Sie haben sich öffentlich mehrmals gegen eine Besteuerung von Biokraftstoffen ausgesprochen. Findet Ihre Stimme in Berlin kein Gehör mehr?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, ich bin Mitglied der Umweltministerkonferenz sowie der Agrarministerkonferenz. Dort wurden die Vorteile der biogenen Kraftstoffe eindeutig herausgestellt. Auf der letzten Sitzung der Umweltministerkonferenz in Niedersachsen gab es einen Beschluss – der übrigens 16 : 0 gefasst wurde –, dass die Steuerfreiheit mindestens bis zum Jahr 2009 andauern soll. Wir hoffen, dass sie über das Jahr 2009 hinaus verlängert wird.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe **Frage 606** auf. Herr Abg. Klee.

**Horst Klee (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Mit welchen Maßnahmen fördert sie den Behindertensport in Hessen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sportminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Kollege Klee, es gibt eine sehr intensive Zusammenarbeit mit dem Landesverband für Rehabilitation und Behindertensport. Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, dass der Verband in diesem Jahr mit 356.600 € gefördert wird. Das ist eine institutionelle Förderung. Hinzu kommen besondere Maßnahmen. Diese Maßnahmen kommen z. B. dem Gehörlosensportverband und der Blinden-

studienanstalt in Marburg zugute. Hinzu kommen investive Maßnahmen für besondere Ereignisse bzw. für besondere Hilfestellungen.

(Unruhe)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich bitte darum, dass der Herr Minister beim Beantworten der Frage nicht gestört wird. – Bitte schön, Herr Minister.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Für diese Hilfestellungen werden in diesem Jahr 112.000 € zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus möchte ich darauf hinweisen, dass auch über die pauschalierte Mittelzuweisung an den Landessportbund in einem nicht unerheblichen Umfang Mittel an den Behindertensport gehen. Außerdem gibt es eine Reihe von besonderen Vereinbarungen. Das beginnt mit einer Hilfestellung anlässlich des Hessentags, für den der Behindertensport eine Sonderzuweisung in Höhe von 17.000 € erhält, und reicht bis zu einer Reihe von Einzelmaßnahmen.

Besonders erfreulich ist, dass es gelungen ist, die Rollstuhlbasketballweltmeisterschaft 2007 nach Wetzlar zu holen. Das Land übernimmt zwei Siebtel der festen Kosten, die dafür anfallen. Das sind 165.000 €. Daran können Sie sehen, dass neben der institutionellen Förderung und einer Reihe von besonderen Maßnahmen die Zusammenarbeit mit den einzelnen Verbänden sehr gut ist und dass sich der Behindertensport in Hessen sehr ordentlich entwickelt.

Ich darf noch auf einen Punkt hinweisen. Die neue Verbandsführung hat neben dem Gesundheitsaspekt jetzt ein besonderes Augenmerk auf den Leistungssport im Rahmen des Behindertensports gelegt. Wir haben uns entschieden, als Anschubfinanzierung sowohl in diesem als auch im nächsten Haushaltsjahr 10.000 € zur Verfügung zu stellen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Klee.

**Horst Klee (CDU):**

Herr Minister, ich frage nach: Gibt es im Moment aktuelle Forderungen des Landesbehindertensportverbands an die Landesregierung?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Ich beantworte solche Fragen immer sehr vorsichtig. Mir sind keine Forderungen bekannt. Deshalb gehe ich davon aus, dass es keine gibt. Der neue Verbandsvorstand war vor kurzem bei uns. Wir haben uns vorgenommen – insofern kann man sagen, das ist eine gemeinsame Aufgabenstellung –, in Zukunft die Bereiche Gesundheitserhaltung, Rehabilitationssport, der durch die Kassen teilweise refinanziert wird, und klassischer Behindertensport mit den Krankenkassen und den Versicherern besser abzustim-

men. Hier ist es durch eine Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen im Rahmen der verschiedenen Gesundheitsreformen zu Unzuträglichkeiten gekommen.

Ich hoffe, dass im Zuge der anstehenden neuen Regelung der Finanzierung des Gesundheitswesens die Belange der Behinderten besser berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang haben wir einiges miteinander besprochen. Ansonsten ist mir nichts Aktuelles bekannt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe **Frage 609** auf. Herr Kollege Bender.

**Bernhard Bender (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Nach welchen Vorgaben soll die Polizeidienststelle in Lauterbach (Vogelsbergkreis) umgebaut bzw. neu errichtet werden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Kollege Bender, Sie kennen die Örtlichkeit und wissen, dass die derzeitige Unterbringung unzutraglich ist. Wir haben vorgesehen, für die Polizeidirektion Vogelsberg und die Polizeistation Lauterbach auf dem vorhandenen Erweiterungsgelände einen Neubau zu errichten. Die beiden Organisationseinheiten sollen dort zusammengeführt werden. Derzeit haben wir sie in verschiedenen Liegenschaften untergebracht, was – ich verkürze das jetzt sehr – sicherlich nicht mehr zeitgemäß ist.

Wir gehen davon aus, dass wir im Jahr 2007 mit den Bauarbeiten beginnen können. Sie wissen wahrscheinlich, dass dort noch Gebäude niederzulegen sind. Unsere Planung ist vom Finanzministerium anerkannt. Wir gehen von geschätzten Kosten von 10,2 Millionen € aus. Dabei sind verschiedene Aspekte – Baukosten, Polizeisondertechnik – zu beachten. Im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2007 sind dafür 3 Millionen € eingestellt. In diesem Haushaltsjahr verfügt das Hessische Immobilienmanagement über etwas mehr als 370.000 €, um die Planungen vorantreiben zu können. Wir gesagt, wir rechnen damit, dass 2007 mit dem Bau begonnen wird. Soweit man das heute sagen kann, wird der Bau im Jahr 2009 fertig gestellt sein.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Bender.

**Bernhard Bender (SPD):**

Herr Minister, sind mit dem Umbau bzw. dem Neubau in Lauterbach auch organisatorische Maßnahmen innerhalb der Polizei verbunden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Kollege, Sie müssten genauer sagen, was Sie meinen. Organisatorische Änderungen grundsätzlicher Art sind nicht beabsichtigt; sie sind mir jedenfalls nicht bekannt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Bender.

**Bernhard Bender (SPD):**

Ich will das gern präzisieren. Nach Aussagen Betroffener soll ein Teil der in Alsfeld stationierten Kriminalabteilung nach Lauterbach verlegt werden. Können Sie das bestätigen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Das weiß ich nicht. Ich denke, dass man diese Frage unter fachlichen Gesichtspunkten entscheiden muss. Sie kennen vielleicht Kriminalabteilungen, die dorthin verlegt werden müssen, wo sie ihre Aufgabe am sinnvollsten erfüllen können. Aber dazu kann ich Ihnen im Moment überhaupt nichts sagen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Danke schön. – **Frage 610**, Frau Abg. Hoffmann.

**Christel Hoffmann (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welcher Nachteil entsteht den Hessischen Staatsweingütern durch die Aufgabe des Standorts in der Schwalbacher Straße in Eltville mit dem Verlust des (nach Aussage des Geschäftsführers der Hessischen Staatsweingüter) „großen Glücks, mit unserem historischen Kelterhaus eine außergewöhnliche Räumlichkeit als Vinothek nutzen zu können“?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Hoffmann, im Zuge des geplanten Neubaus einer Kellerei soll die Hessische Staatsweingüter GmbH anstelle der aufzugebenden Vinothek in Eltville auch eine neue angemessene Vinothek erhalten. Diese soll im Bereich der Hospitalbauten des Klosters Eberbach eingerichtet werden. Durch diese Umstrukturierung werden Vorteile für die Staatsweingüter GmbH erwartet.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hoffmann.

**Christel Hoffmann (SPD):**

Eine Vorbemerkung. Gefragt war nach dem besonderen Ambiente. Das, was ich vorgelesen habe, war die Antwort. Wie bewerten Sie dieses Ambiente, von dem sich die Landesregierung trennen möchte?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Hoffmann, ich verlasse mich auf das, was Herr Greiner als Geschäftsführer der Staatsweingüter gesagt hat. Er hat sicher gemeint, dass es ein großes Glück ist, in den Räumen in Eltville zu sein. Er ist aber mit Sicherheit davon überzeugt, dass es ein noch größeres Glück ist, ins Kloster Eberbach einzuziehen.

(Zurufe von der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Er ist ein echtes Glückskind!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Eine glückliche Stunde. – **Frage 611** ist zurückgezogen.

**Frage 612**, Herr Abg. Hahn. – Frau Beer übernimmt.

**Nicola Beer (FDP):**

Ich frage für den Kollegen die Landesregierung:

*Wann wird das mit ihrer Pressemitteilung vom 13. Februar 2006 angekündigte Sammelgesetz zur Aufhebung diverser Rechtsvorschriften in den Landtag eingebracht werden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister der Justiz.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz:**

Frau Abgeordnete, das Kabinett hat am 13. März 2006 beschlossen, dass Gesetzentwürfe zur Aufhebung aller Gesetze, die von den Ressorts im Wege der Selbstprüfung als verzichtbar eingestuft werden, vom Ministerium der Justiz in einem Sammelgesetz zusammengefasst werden sollen. In Umsetzung dieses Kabinettsbeschlusses wurden die Ressorts aufgefordert, bis zum 1. Oktober 2006 Artikelentwürfe für dieses Sammelgesetz zu übersenden. Wir gehen davon aus, dass dieser Gesetzentwurf in der ersten Jahreshälfte 2007 eingebracht werden kann.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Bitte schön, Frau Beer.

**Nicola Beer (FDP):**

Herr Minister, halten Sie es nicht für – vorsichtig formuliert – etwas unglücklich, schon im Februar einen Gesetzentwurf anzukündigen, der voraussichtlich im Oktober kommen soll? Normalerweise wäre es vielleicht sinnvoller, erst einmal einen Gesetzentwurf zusammenzustellen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz:**

Dieser Ankündigung gingen Voruntersuchungen voraus, aus denen deutlich wurde, welche Gesetze infrage kommen. Ich glaube, dass eine künftige Überprüfung der Möglichkeit, Gesetze für überflüssig zu erklären, dazu führen kann, dass wir möglichst viele für überflüssig erklären können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Keine weiteren Fragen. – **Frage 613**, Frau Abg. Fuhrmann.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Warum hat die Sozialministerin auf die Anfrage der Vorsitzenden des Kreissenorenbeirates des Landkreises Bergstraße, inwieweit die Fahrtkosten für Personen, die mit der Pflegemedaille ausgezeichnet werden sollen, übernommen werden, nicht geantwortet?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Eine Anfrage der Vorsitzenden des Kreissenorenbeirates, wie Sie sie gerade vorgetragen haben, ist mir nicht bekannt. Im Oktober 2005 ging in meinem Haus eine Anfrage der Vorsitzenden des Kreissenorenbeirates des Landkreises Bergstraße mit der Frage nach Verknüpfungsmöglichkeiten privater Pflegemöglichkeiten mit der so genannten Ehrenamtskarte ein. Dieser Brief wurde mit Schreiben vom 9. März 2006 abschließend beantwortet. Auf Nachfrage bei der Vorsitzenden des Kreissenorenbeirates, die wir selbstverständlich zu Fragen von Abgeordneten vornehmen, hat sie uns bestätigt, dass es keine weiteren unbeantworteten Fragen gibt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Fuhrmann.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Frau Ministerin, mir ist diese Frage im Zusammenhang mit einer damals auszeichnenden Person bekannt. Wir haben bereits damals zu diesem Thema eine mündliche Frage gestellt und die Antwort bekommen – damals war es der Herr Staatssekretär –, dass Sie sich um eine Lösung kümmern würden. Können Sie mir vielleicht heute sagen, wie damit umgegangen wird, wenn Pflegepersonen wirtschaftlich nicht in der Lage sind, selbst die Anreise zu gestalten, und wie sich das Ministerium dazu verhält?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abg. Fuhrmann, wie ich gerade ausgeführt habe, liegt eine solche Anfrage der Vorsitzenden des Kreissenorenbeirates des Landkreises Bergstraße nicht vor und konnte auf Nachfrage nicht bestätigt werden. Wenn Sie die Pflegemedaille ansprechen: Dazu hat es damals nach meiner Erinnerung aus einem ganz anderen Bereich eine Anfrage gegeben. Dazu haben wir gesagt, das wird jeweils im Einzelfall geprüft werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin Fuhrmann, Sie haben eine Zusatzfrage.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Frau Ministerin, sind Sie nicht meiner Auffassung, dass Menschen, die mit einer Pflegemedaille ausgezeichnet werden sollen und ohnehin die Schwierigkeit haben, eine Ersatzpflegeperson zu finden, wenigstens die Reisekosten nach Wiesbaden erstattet bekommen bzw. finanziell unterstützt werden sollen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abg. Fuhrmann, das wird immer im Einzelfall gelöst werden. Mir ist bisher nicht bekannt, dass sich Bürgermeister, Angehörige und andere, die sich für Ehrenamtliche engagieren, nicht darum gekümmert haben. Das war bisher immer der Fall. Im Übrigen überreicht die Sozialministerin wie auch andere Mitglieder der Landesregierung, wenn es gewünscht ist, die Pflegemedaille auch vor Ort. Das ist ein Punkt, den wir immer mit denjenigen absprechen, die die Pflegemedaille erhalten. So werden wir das auch in Zukunft handhaben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 614**, Frau Abg. Waschke.

**Sabine Waschke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Was tut die Landesregierung, um den befürchteten Abbau von ca. 300 Arbeitsplätzen wegen des Börsengangs der Deutschen Bahn am Standort Fulda zu verhindern?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Die Landesregierung hat umfassenden Kontakt zur DB AG aufgenommen. Weder der Landesregierung noch dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für das Land Hessen und für die Nachbarländer sind Pläne zum Abbau von Arbeitsplätzen in Fulda im Zusammenhang mit dem geplanten Börsengang der DB AG bekannt.

Die Landesregierung hat hierzu eine Stellungnahme der DB-Konzernzentrale erbeten. Diese bleibt abzuwarten. Doch konnten wir alle gestern in den Medien lesen, dass Herr Mehdorn gesagt hat, dass ein Börsengang für die Kunden und Beschäftigten der beste Weg sei. Aber wir warten einmal die offizielle Erklärung auf unsere Anfrage ab.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Waschke.

**Sabine Waschke (SPD):**

Wie bewerten Sie denn die Presseerklärung des Gewerkschaftsmitgliedes Hubert Heil, CDU, in der „Fuldaer Zeitung“ vom 10.05., wo diese Befürchtung des Arbeitsplatzabbaus von 300 Stellen in Fulda sehr klar und sehr deutlich geäußert worden ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Wirtschaftsminister Dr. Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

In Zeiten von Veränderungen ist es wichtig, dass man die berechtigten Sorgen der Menschen, insbesondere der Beschäftigten, ernst nimmt. Auf der anderen Seite ist es ungerechtfertigt, unberechtigte Verdächtigungen und Spekulationen hierzu zu äußern. Sie dienen nicht der Sache und nicht den Menschen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 615**, Herr Abg. Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Aus welchen Gründen wird die Saatgutkontrolle der Landesbehörden auf gentechnisch veränderte Bestandteile lediglich bei Sommerraps und nicht bei Winterraps, der in Hessen bei der Aussaat die entscheidende Rolle spielt, vorgenommen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, grundsätzlich liegt der Schwerpunkt der Saatgutbeprobungen auf gentechnisch veränderte Bestandteile, die in jedem Jahr vor Beginn der Vegetationsperiode durchgeführt werden, bei Saatgut von Mais und Sommerraps, da hier aufgrund der Importsituation mit einem eventuellen Vorkommen von gentechnisch veränderten Bestandteilen zu rechnen ist. Entsprechend der Bedeutung dieser Kulturen in der hessischen Landwirtschaft werden pro Jahr ca. 20 Proben von Maissaatgut und je nach Verfügbarkeit ein bis drei Proben von Sommerrapsaatgut analysiert. Bei Winterraps wird das Saatgut haupt-

sächlich im deutschen oder europäischen Raum produziert, wo keine Verunreinigungen durch einen eventuellen GVO-Anbau zu erwarten sind, während Sommerraps im Wesentlichen in Nordamerika mit einem hohen Anteil an GVO-Sorten vermehrt wird.

Ein von der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Gentechnik erarbeiteter und im April 2006 von der Umweltministerkonferenz beschlossener Handlungsleitfaden „Harmonisierte experimentelle Saatgutüberwachung auf GVO-Anteile“ soll auch zukünftig gewährleisten, dass die Untersuchungsergebnisse rechtzeitig verfügbar sind und damit auch eine Abstimmung zwischen den Ländern optimiert wird.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, wo wurden bei den Kontrollen Verunreinigungen festgestellt – bei Sommerraps, Winterraps oder Mais?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abgeordneter, ich hatte eben gesagt, dass wir bei Winterraps nicht beproben. Bei Sommerraps sind bisher keine Verunreinigungen festgestellt worden. Aber Sie haben eine Kleine Anfrage gestellt, die Ihnen am 29. März beantwortet wurde. Aus dieser Beantwortung können Sie ersehen, dass von 18 Proben Mais 17 in Ordnung waren und eine Verunreinigung von 1,15 % nachgewiesen wurde. Es wurde mit den Landwirten über das Thema gesprochen. Der Mais ist nicht ausgesät worden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, die Grenzwerte für Saatgut sind immer noch nicht endgültig auf europäischer Ebene geregelt. Für welchen Grenzwert setzen Sie sich ein?

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, wir haben uns auch bei der Umwelt- und Agrarministerkonferenz über diese Fragen unterhalten. Ich denke, es wird auf einen Grenzwert von 0,4 bis 0,6 % hinauslaufen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Heidel.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Minister, ich frage Sie: Werden Sie sich bei der Neuordnung des EU-Saatgutrechtes dafür einsetzen, dass diese EU-Regelungen in Deutschland 1 : 1 umgesetzt werden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abgeordneter, das werde ich tun.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, **Frage 616**, Herr Abg. Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Was sind die Gründe dafür, dass die HEKUL-Auszahlungen für 2005, also für Leistungen, welche von den Landwirten bereits im letzten Jahr erbracht wurden, jetzt zum dritten Mal verschoben wurden und die Bauern erst im Juni Geld erhalten sollen, obwohl ihnen seit Monaten die Zahlungen angekündigt werden und sie mit diesem Geld für ihren Betrieb kalkulieren?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, für die Kritik der von einer verzögerten Auszahlung betroffenen Landwirte habe ich Verständnis.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die fachrechtliche und technische Umsetzung der HEKUL-Beihilfen und der Betriebsprämien in engem Zusammenhang stehen. Deshalb wirken sich im Besonderen Erschwernisse, die mit der Umsetzung der EU-Agrarreform und der zeitgleichen Einführung des digitalen Schlagkatasters verbunden sind, auch unmittelbar auf die HEKUL-Abwicklung aus.

Es mussten sehr komplexe IT-basierte Systeme verändert und völlig neu konzipiert werden. Dies alles erfolgte unter einem massiven Zeitdruck. Denn bedauerlicherweise nehmen die EU-Organen bei der Verabschiedung ihrer agrarpolitischen Beschlüsse und Verwaltungsvorgaben wenig Rücksicht auf die Erfordernisse der technischen Umsetzung in den Mitgliedstaaten.

Proteste gegen diese Verfahrensweise führen aber nicht zu dem gewünschten Erfolg. So weist die EU-Kommission zu Recht darauf hin, dass auch die Bundesregierung im Jahr 2004 die Möglichkeit hatte, den Einführungszeitpunkt um bis zu zwei Jahre zu verschieben oder – wie seinerzeit im Bundesrat auch von Hessen massiv gefordert – ein einfacheres Umsetzungsmodell anzuwenden. Dennoch ist es in Hessen gelungen, die Abschlusszahlung der Betriebsprämie für 2005 Ende Mai dieses Jahres durchzu-

führen. Unmittelbar daran anschließend wurden die restlichen HEKUL-Beihilfen bearbeitet und am 9. Juni 2006 zur Auszahlung freigegeben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Dietzel, im „Hessenbauer“ war zu lesen, dass es sich bei der verzögerten Auszahlung um „Schicksalsschläge“ handelt. Können Sie das näher erläutern? Es handelt sich um die Ausgabe Nr. 19, Seite 7.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Zu fragen ist, für wen das ein Schicksalsschlag ist. Für einen HEKUL-Betrieb, der dieses Geld eingeplant hat und nicht bekommt, mag das einer sein. Aber Schicksalsschläge?

Wenn das an unserem Hause läge, wäre das möglicherweise auf die neuen IT-Systeme, die wir eingeführt haben, und die digitalen Schlagkataster, die nur sehr problematisch zueinander gepasst haben, zurückzuführen.

Ich kenne diesen Artikel nicht. Deshalb kann ich Ihnen nur diese beiden Hinweise geben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 617**, Herr Abg. Klein (Freigericht).

**Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die Verleihung des Deutschen Nationalpreises 2006 durch die Deutsche Nationalstiftung an die Berliner Herbert-Hoover-Realschule für deren Entscheidung für Deutsch als Schulsprache?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Klein, die Hessische Landesregierung begrüßt ausdrücklich diese Entscheidung. Sie korrespondiert mit der Grundüberzeugung der Landesregierung, dass für Kinder zugewanderter Mitbürgerinnen und Mitbürger hierzulande die Beherrschung der deutschen Sprache der Schlüssel zum Schulerfolg wie auch die Voraussetzung für eine dauerhafte schulische, soziale, berufliche und bürgerschaftliche Integration in unsere Gesellschaft ist.

Diese Grundauffassung findet sich auch in der Begründung der Deutschen Nationalstiftung zur Preisverleihung wieder. Dort heißt es unter anderem – ich zitiere –:

Einwanderung und der Erwerb der Staatsangehörigkeit müssen die Voraussetzung und auch die Folge haben, die Staatsbürger ausländischer Herkunft möglichst schon vom Kindergarten an in das sprachliche und kulturelle Leben ihrer neuen Heimat einzubeziehen – und damit zugleich der Reduktion ihres Lebens in Deutschland auf eine begrenzte und nur ökonomische Funktion entgegenzuwirken.

Deswegen hat diese Landesregierung seit dem Beginn ihrer Regierungsverantwortung auch die Weichen dafür gestellt, dass Kinder und Jugendliche in den Schulen des Landes Hessen im Rahmen eines Gesamtprozesses gefördert werden können, sodass sie dem Unterricht sprachlich zu folgen vermögen und im Rahmen ihrer Eignung auch die gleichen Abschlüsse erreichen können wie ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshintergrund.

Alle getroffenen Maßnahmen werden dazu beitragen, dass es in Zukunft zunehmend selbstverständlich sein wird, sich über den Unterricht hinaus auch auf dem Schulhof und bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen in deutscher Sprache zu verständigen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Kultusministerin, ist Ihnen bekannt, dass das Land Berlin dieser Schule zusätzliche Stundenkontingente für zusätzliche Deutschstunden zur Verfügung gestellt hat – und wird die Hessische Landesregierung dies für solche Schulen wiederholen, die sich für einen ähnlichen Weg entscheiden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Al-Wazir, ich sehe mit wachsender Begeisterung, dass das Land Berlin nun bereit ist – in einer Weise, wie wir das seit vier Jahren tun –, zusätzliche Stunden zu geben, um auch in den Einrichtungen entsprechende Fördermaßnahmen durchzuführen. Das war bisher nur für Kinder der Fall, die in keiner Bildungseinrichtung zu finden waren. Das ist der Fehler, den Berlin nach meiner Einschätzung bisher gemacht hat.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Keine weiteren Zusatzfragen. – **Frage 618**, Herr Abg. Schork.

**Günter Schork (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die Tatsache, dass sich die GRÜNEN im Bundestag nach einem Pressebericht in der „Welt“ vom 29. Mai 2006 für freiwillige Vereinbarungen zwischen Eltern, Lehrern und Schülern aussprechen, Deutsch als Verkehrssprache auf dem Schulhof verpflichtend zu machen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Schork, die Landesregierung ist in der Lage, sich darüber zu freuen,

(Beifall der Abg. Michael Boddenberg und Axel Wintermeyer (CDU))

dass sich die GRÜNEN im Bundestag für derartige freiwillige Vereinbarungen zwischen Eltern, Lehrern und Schülern aussprechen, Deutsch als Verkehrssprache auf dem Schulhof in diesen Fällen verpflichtend zu machen. Damit bestätigen Sie indirekt die von der Landesregierung seit Jahren vertretene Grundüberzeugung, dass das Beherrschen der deutschen Sprache entscheidend für Lebensführung und auch für Erfolge sein kann.

Die Hessische Landesregierung hat die nachdrückliche Verpflichtung, die Landessprache zu lernen, bereits zu einer Zeit vertreten, als das von den GRÜNEN noch gelegentlich als „Zwangsgermanisierung“ bezeichnet worden ist. Ich finde, die historische Entwicklung ist eindeutig.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Kultusministerin, wenn sich die Landesregierung über die Forderung freut, in den Schulen freiwillige Vereinbarungen abzuschließen, ist sie dann bereit, den Antrag der CDU-Landtagsfraktion zurückzuweisen – der hier mit Mehrheit beschlossen wurde –, der Deutsch nicht als freiwillige Vereinbarung, sondern als verpflichtende Verkehrssprache vorsah?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Al-Wazir, es wird durch Wiederholung nicht besser und auch nicht zutreffender: Der Antrag, der damals mit großer Mehrheit im Landtag beschlossen wurde, hat von einer freiwilligen Vereinbarung innerhalb der Schule gesprochen, die dann in der Tat für diese Schule verpflichtend ist. Und das ist auch richtig so.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, **Frage 619**, Frau Abg. Ravensburg.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die Tatsache, dass nach dem hessischen Vorbild wie in Bayern nun auch in Schleswig-Holstein nach Auskunft der SPD-Bildungsministerin im „Spiegel“ vom 29. Mai 2006 Deutschkurse vor der Einschulung für Kinder ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verpflichtend werden sollen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Kollegin Ravensburg, in der Tat sehen wir das als eine Bestätigung der hessischen Haltung seit 1999 an. Das wird auch in anderen Ländern zu einer Verbesserung des Schulerfolgs für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund führen. Als wir damals diese Maßnahme eingeführt haben, gab es zumindest erhebliches Misstrauen und auch Widerspruch vieler anderer Länder. Inzwischen hat Hessen bekanntlich innerhalb der Kultusministerkonferenz die Federführung zu diesem Thema angefragt bekommen und auch übernommen.

Ich denke, damit ist bewiesen, dass Hessen bereits vor der Veröffentlichung von PISA und IGLU die Zeichen der Zeit richtig gedeutet hat. Bereits im Jahr 2000 wurde meine Aussage in einer Pressemeldung aufgenommen – ich zitiere –:

Die mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache ist ein Haupthindernis für den schulischen Erfolg und die berufliche Karriere vieler Kinder ausländischer Eltern. Die Hessische Landesregierung möchte diesen Teufelskreis durchbrechen.

Hätten wir diese drängenden Fragen der Integration und des notwendigen Erwerbs der deutschen Sprache nicht bereits vor einigen Jahren aufgegriffen, dann wären 22.000 Kinder, die bis jetzt die Vorlaufkurse besucht haben oder sie gerade besuchen, nicht in die Lage versetzt worden, mit Sprachkenntnissen die 1. Klasse der Grundschule zu besuchen und damit Bildungserfolg zu haben. Es sind – Stand April 2006 – 6.200 Kinder, die allein in diesem Jahr einen solchen Kurs besuchen.

An dieser Stelle sage ich noch einmal: Ich halte es für notwendig, dass dieses Angebot in Hessen – anders als in anderen Ländern – neun Monate dauert, mit 10 bis 15 Stunden in der Woche, und dass dieses Angebot allen Kindern gemacht wird, gleichgültig, ob sie eine Kindertagesstätte besuchen oder nicht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, **Frage 620**, Herr Abg. Weinmeister.

**Mark Weinmeister (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die Tatsache, dass nach dem hessischen Vorbild der Erziehungsvereinbarungen die SPD-Bildungsministerin von Schleswig-Holstein im „Spiegel“ vom 29. Mai 2006 ähnliche „Erziehungspläne“ auch für ihr Land ankündigt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Weinmeister, ich finde es nicht nur bei den GRÜNEN prima, wenn sie Ideen übernehmen, sondern

auch bei der SPD – also auch bei der Kollegin, die derzeit Präsidentin der Kultusministerkonferenz ist.

Die Erziehungsvereinbarungen in Hessen haben einen sehr guten Start genommen und sich bewährt. Noch schöner wäre es sicherlich für Schleswig-Holstein gewesen, wenn es nicht fünf Jahre gedauert hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Neben vielen gelungenen Beispielen von Schulen in Hessen, in denen es Erziehungsvereinbarungen für die ganze Schule oder auch für einzelne Klassen gibt, will ich besonders auf die SchuB-Klassen hinweisen, in denen Erziehungsvereinbarungen mit Eltern und Schülern verbindlich und Voraussetzung für den Eintritt in eine SchuB-Klasse sind. Denn sie befähigen Jugendliche durch eine Selbstverpflichtung, wieder Anschluss an die Schule zu finden, und sie beziehen auch die Eltern in diese Verpflichtung ein.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, wenn Sie sich so schön darüber freuen, dass andere Sie zum Vorbild nehmen und etwas übernommen haben: Können Sie denn ein Beispiel nennen, wo Sie als Kultusministerin Beispiele von anderen übernommen haben?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Abg. Kaufmann, das kommt in der übernächsten Frage.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die rufen wir dann noch auf. – **Frage 621**. Die Frage von Frau Abg. Dörr wird vom Kollegen Klein übernommen. Bitte schön.

**Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die Tatsache, dass sich die GRÜNEN im Bundestag nach einem Pressebericht in der „Welt“ vom 29. Mai 2006 für obligatorische Sprachtests für alle Kinder im Alter von vier Jahren und für obligatorische Fördermaßnahmen für Kinder mit Sprachdefiziten aussprechen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Abgeordneter, ich gehe davon aus, dass dies ein deutlicher Hinweis auf einen Sinneswandel bei der Fraktion der GRÜNEN ist, auch was das Thema Integration

im Kindergarten und in der Schule betrifft. Es ist ein Hinweis darauf, dass die Vorlaufkurse, die die Kollegin Wolff gerade schon genannt hat, die wir in Hessen schon vor Jahren eingeführt haben, und zusätzliche Sprachfördermaßnahmen im Kindergarten sowie die Sprachstandserfassung, die wir bereits im Kindergarten repräsentativ durchgeführt haben, in Zukunft von den GRÜNEN unterstützt werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ist der Landesregierung bekannt, dass im nächsten Satz dieses Integrationskonzeptes die Ablehnung der Forderung des Ausschlusses vom Schulbesuch bei festgestellten Sprachdefiziten steht? Und ist sie, wenn sie sich über das Konzept freut, bereit, das Schulgesetz, dass sie im Jahre 1999 verändert hat, wieder zu verändern?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin, bitte schön.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Abg. Al-Wazir, dies ist in der Tat noch ein Relikt aus alten Zeiten, in denen die GRÜNEN auch die anderen Ausdrücke benutzt haben, die ich vorhin beschrieben habe. Wir halten in Hessen nach wie vor an der Verbindlichkeit insofern fest, dass wir einen freiwilligen Kurs mit der Aussage kombinieren, dass ein Schulzugang nur dann erfolgen kann, wenn die Kenntnisse der deutschen Sprache vorhanden sind. Ich glaube, dass sich dies in Bälde durchsetzen wird.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung, wie sie uns erklären kann, dass die letzten vier mündlichen Fragen alle auf die Lektüre der Presse am 29. Mai 2006 zurückzuführen sind. Bedeutet das, dass die Fraktion der CDU ausschließlich an diesem einen Tag im Mai die Zeitung gelesen hat und darauf ihre mündlichen Fragen gegründet hat?

(Beifall des Abg. Mathias Wagner (Taunus)  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Kollegin Schulz-Asche, dieser Zeitungsbericht ist von außerordentlicher Bedeutung, weil er in zeitlichem Zusammenhang mit dem ersten gemeinsamen Bildungsbericht von Bund und Ländern steht, in dem das Thema Migration nach einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz der Schwerpunkt ist. Ich denke, dass eine so

flapsige Frage nicht darüber hinwegtäuschen kann, in welcher Dimension dieser Bildungsbericht Probleme und Herausforderungen aufgewiesen hat: dass etwa 40 % der Kinder der zweiten Generation, und zwar insbesondere türkischer Migrationsfamilien, noch nicht einmal die Kompetenzstufe I richtig erfüllen, sondern als Risikoschüler einzustufen sind, dass die vorzeitige Einschulung nur bei halb so vielen Kindern aus Migrationsfamilien geschieht, aber doppelt so viele verspätet eingeschult werden, dass die Zahl derer, die ohne Abschluss die Schule verlassen, besorgniserregend hoch ist und dass die Zahl der Jugendlichen, die in einem Ausbildungsverhältnis sind und aus Migrationsfamilien stammen, von – wenn ich es richtig im Kopf habe – 9,5 auf 5,6 % zurückgegangen ist. Es sind Besorgnis erregende Zahlen,

(Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt!)

die im Umfeld des ersten Bildungsberichts mit dem Schwerpunkt Migration herausgekommen sind. Aus diesem Anlass halte ich es für völlig richtig und begrüßenswert, wenn dies heute in gehäufte Form ein Thema in der Fragestunde ist.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Klein.

**Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Kann ich die Kollegin Schulz-Asche aufklären –

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nein, Sie klären nicht auf, sondern Sie fragen, Herr Kollege. Okay?

**Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Ich wollte nur aufklären, dass wir lesen können. – Frau Staatsministerin Lautenschläger, ich habe eine Nachfrage an Sie. Würden Sie mir zustimmen, dass diese positiven Erkenntnisse, die die GRÜNEN im Bundestag gewonnen haben, im Hessischen Landtag nicht immer festzustellen sind?

(Zurufe von der CDU: Oh!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Bleibt es bei der Kultusministerin, oder macht es die Sozialministerin? – Frau Sozialministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Abgeordneter, ich hoffe natürlich, dass sich diese positiven Erkenntnisse hier sehr schnell durchsetzen und alle weiteren Maßnahmen, die wir in diesem Bereich treffen, unterstützt werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dann rufe ich jetzt die **Frage 622** auf. Herr Abg. Dr. Lübcke.

**Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Herr Präsident, wie gewünscht. Ich frage die Landesregierung:

*Welches Ziel verfolgten die in Bremen und modellhaft auch an zwei Standorten in Hessen durchgeführten „Ostercamps“ für lernschwache und versetzungsgefährdete Schüler?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Dr. Lübcke, inklusive Herr Kollege Kaufmann, die Idee der Camps stammt ursprünglich aus den USA. Diese Art von Ferienschule wird unter anderem damit begründet, auf diesem Weg Vergessenseffekten und dem Verlernen von Kompetenzen in den Ferien entgegenwirken zu können. In Europa werden insbesondere besonders begabte Schülerinnen und Schüler sowie Studierende in Camps zusammengeführt, so etwa auch in den Ferienakademien im Sommer und im Herbst in Deutschland und auch in Hessen. In Deutschland wurden in Bremen zwei Camps durchgeführt, ein Sommercamp mit Grundschülerinnen und Grundschulern mit Migrationshintergrund zur Verbesserung ihrer Sprachkompetenz an einem nicht schulischen Ort sowie eine Fördermaßnahme für versetzungsgefährdete Schülerinnen und Schüler am Ort der Schule ohne Übernachtung mit dem Ziel, das Klassenziel drei Monate später doch noch zu erreichen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Sehr gut!)

In Bremen konnten 48,2 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der schulischen Fördermaßnahme später in die nächsthöhere Klasse aufrücken, und 38,7 % der Schüler konnten sich in dem Fach, in dem sie gefördert worden sind, um eine Note verbessern. Bislang wurde in Hessen in den diesjährigen Osterferien an zwei Schulen in einem Ostercamp versucht, den Bremer Ansatz in einem ersten Modellprojekt auf die hessische Situation zu übertragen, nämlich im Wolfgang-Ernst-Gymnasium in Büdingen und in der Gesamtschule am Gluckenstein. Eine wissenschaftliche Auswertung dieses Projekts steht kurz bevor. Es gibt gleichwohl schon jetzt die Absicht, in den nächsten Osterferien ein weitergehendes Modell dafür zu entwickeln.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Dr. Lübcke.

**Dr. Walter Lübcke (CDU):**

Frau Ministerin, wie bewerten Sie die Tatsache, dass in Bremen insbesondere Nichtpädagoginnen und Lehramtsstudenten in den Ostercamps eingesetzt werden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Das ist eine sehr unverkrampfte Art und Weise, in ein pädagogisches Gesamtkonzept unterschiedliche Kompetenzen einzubeziehen. Die bisherigen Erfolge in Bremen sind ebenso unverkrampft und gut.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dann machen wir noch eine Frage, das ist die **Frage 623** des Kollegen Bender. Herr Abg. Bender, bitte schön.

**Bernhard Bender (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Was gedenkt sie zu tun, um der neuerlichen Praxis der Kassenärztlichen Vereinigung in Gießen entgegenzuwirken, dass im Krankenhaus Schotten nur noch stationäre Patienten geröntgt werden dürfen und überwiesene Patienten abgewiesen werden sollen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Abg. Bender, die radiologische Versorgung am Kreiskrankenhaus Schotten wird zurzeit durch zwei Ermächtigungen zur Durchführung bestimmter radiologischer Leistungen sichergestellt. Die übrige radiologische Versorgung wird durch niedergelassene Vertragsärzte sichergestellt.

Im Moment liegt der KV – möglicherweise meinen Sie dieses Problem –, also der Kassenärztlichen Vereinigung, ein weiterer Ermächtigungsantrag einer Fachärztin für diagnostische Radiologie vor. Dieser wurde am 12.04.2006 gestellt und beinhaltet einen Antrag auf eine Ermächtigung nach § 116 SGB V i. V. m. §§ 31, 31a Zulassungsverordnung für Vertragsärzte zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung. Diese Anträge sind von der Selbstverwaltung im Rahmen der Selbstverwaltung zu entscheiden. Dabei muss die Selbstverwaltung die Vorgaben des Bundesausschusses beachten.

Gemäß dem Bedarfsplan der Vereinigung Hessen für die ambulante vertragsärztliche Versorgung vom 31.12.2005 und den gemeinsamen Richtlinien des Bundesausschusses über die Bedarfsplanung sowie die Maßstäbe zur Feststellung von Überversorgung und Unterversorgung in der vertragsärztlichen Versorgung ist der Wetteraukreis momentan für das Fachgebiet der Radiologie mit einem Versorgungsgrad von 308,12 % Überversorgt.

Der Antrag, der momentan bei der KV vorliegt, ist sowohl der KV-Hessen als Landesstelle als auch der Bezirksstelle in Gießen und dem Zulassungsausschuss bekannt. Diese müssen jetzt im Rahmen der Selbstverwaltung noch einmal eine Erhebung vornehmen, um die Versorgungslage nachzuweisen. Die Entscheidung über den Ermächtigungsantrag liegt allein bei dem paritätisch mit Vertretern der KV und der Verbände der Krankenkassen in Hessen besetzten Zulassungsausschuss für Ärzte. Die Aufsicht des Hessischen Sozialministeriums erstreckt sich – ich sage in Klammer dazu: zum Teil leider – nach § 97 Abs. 5 SGB V nur auf die Geschäftsführung der Zulassungs- und der Berufungsausschüsse. Die Entscheidung des Zulas-

sungsausschusses obliegt hingegen nicht der Rechtsaufsicht des Hessischen Sozialministeriums. Wir werden nun erst einmal abwarten, wie der Zulassungsausschuss entscheidet. Mit rechtsaufsichtlichen Maßnahmen können wir aber auf keinen Fall dagegen vorgehen.

Wenn es in Einzelfällen Probleme gab, haben wir es bisher immer so gehandhabt, zu versuchen, das in Gesprächen zu klären.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abg. Bender stellt eine Zusatzfrage.

**Bernhard Bender (SPD):**

Frau Ministerin, Sie sprachen von der Versorgung im Wetteraukreis. Meine Frage zielte auf die Versorgung im Vogelsbergkreis. Denn es handelt sich dabei um eine Einrichtung, die Aufgaben in unterschiedlichen Gebieten hat.

Durch Mitteilungen der Presse haben wir von Klagen gehört, dass Patienten Fahrten von bis zu 40 km in Kauf nehmen mussten, wenn sie ambulant geröntgt werden wollten. Stimmen Sie mir zu, dass das nicht zumutbar ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Zunächst muss eine Erhebung durchgeführt werden. Dies muss der Zulassungsausschuss für den Vogelsbergkreis und für die angrenzenden Versorgungsgebiete des Wetteraukreises – diese Teile sind mit dem Vogelsbergkreis in einem Gebiet zusammengefasst – durchführen. Danach müssen wir prüfen, wie sich die Versorgungslage vor Ort darstellt.

Wir können im Vorfeld nichts feststellen. Leider ist es auch nicht so einfach, dass man die Versorgungslage daran festmachen kann, wie viele Kilometer jemand fahren muss. Vielmehr wird das von der Kassenärztlichen Vereinigung jeweils für die gesamten Gebiete erhoben.

Folgendes will ich auch noch einmal ausdrücklich sagen: Leider haben wir auch im Rahmen der Rechtsaufsicht keinerlei Eingriffsmöglichkeiten hinsichtlich der Entscheidung der Zulassungsausschüsse.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich beende damit die heutige Fragestunde.

(Die Frage 625 und die Antwort der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 624 und 626 bis 630 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Wir kommen nun zu einigen Punkten, die die Geschäftsordnung betreffen. Es war bereits angekündigt, dass noch einige Dringliche Anträge eingehen würden. Das hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Eingegangen ist der Dringliche Antrag der Fraktion der SPD betreffend die Ablehnung der Verschärfung des Jugendstrafrechts, Drucks. 16/5710. Wird die Dringlichkeit

bejaht? – Das ist der Fall. Damit wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 70 und kann mit Tagesordnungspunkt 17 aufgerufen werden, wenn dem niemand widerspricht. – Das ist der Fall. Dann verfahren wir so.

Ebenfalls noch eingegangen ist der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend keine überhöhten Strom- und Gaspreise in Hessen, Drucks. 16/5711. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Damit wird er zu Tagesordnungspunkt 71. Er kann zusammen mit Tagesordnungspunkt 2 aufgerufen werden. – Auch damit scheinen Sie einverstanden zu sein. Dann verfahren wir so.

Ebenfalls noch eingegangen ist der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Zwischenbilanz der Sicherheitslage zur WM 2006 zeigt einmal mehr: Polizei und Hilfsdienste in Hessen optimal aufgestellt und einsatzbereit, Drucks. 16/5712. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Damit wird der Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 72. Als Redezeit sind fünf Minuten vorgesehen. Sind Sie damit einverstanden? – Dann verfahren wir so.

(Axel Wintermeyer (CDU) und Nicola Beer (FDP): Er soll zusammen mit Tagesordnungspunkt 37 aufgerufen werden!)

– Er soll zusammen mit Tagesordnungspunkt 37 aufgerufen werden?

(Nicola Beer (FDP): Ja! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist keine zusätzliche Redezeit vorgesehen!)

– Also gut, er wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 37 ohne zusätzliche Redezeit aufgerufen werden.

Ebenfalls noch eingegangen ist der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Deutschland freut sich schwarz-rot-gold, Drucks. 16/5713. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Der Dringliche Entschließungsantrag wird damit Tagesordnungspunkt 73. Als Redezeit sind fünf Minuten vorgesehen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Mit Tagesordnungspunkt 62!)

– Er soll also mit Tagesordnungspunkt 62 aufgerufen werden, die Redezeit ist dort geregelt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er soll nach Tagesordnungspunkt 62 ohne Aussprache aufgerufen werden! – Reinhard Kahl (SPD): Tagesordnungspunkt 62 ist eine Aktuelle Stunde! Er soll danach ohne Aussprache aufgerufen werden!)

– Er soll also nach Tagesordnungspunkt 62 aufgerufen werden. – So wird es beschlossen.

Dann ist noch eingegangen der Dringliche Antrag der Fraktion der FDP betreffend Energieversorgung, Drucks. 16/5714. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Damit wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 74.

(Nicola Beer (FDP): Er soll zusammen mit den Tagesordnungspunkten 2 und 19 aufgerufen werden!)

– Er soll zusammen mit den Tagesordnungspunkten 2 und 19 aufgerufen werden. Ist das richtig? – Da sich kein Widerspruch erhoben hat, ist das somit beschlossen.

Zu dem Gesetzentwurf unter Tagesordnungspunkt 6 ist noch der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und

der FDP, Drucks. 16/5715, eingegangen. Er wurde inzwischen von den einbringenden Fraktionen zurückgezogen.

(Nicola Beer (FDP): Da wird es einen neuen Änderungsantrag geben!)

– Richtig, da wird es einen neuen geben.

(Nicola Beer (FDP): Der wird noch eingehen!)

– Der wird noch eingehen, der alte Änderungsantrag ist aber schon einmal weg. Es bleibt aber dabei, dass noch ein Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Weiterbildungsgesetzes und zur Änderung eines anderen Gesetzes, Drucks. 16/5276, eingehen wird.

Zu dem Gesetzentwurf unter Tagesordnungspunkt 9 ist noch ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 16/5716, eingegangen. Er bezieht sich also auf den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen, Drucks. 16/5666 zu Drucks. 16/5545. Das bleibt so und ist hiermit bekannt gegeben.

Dann sind noch zwei Dringliche Anträge der Fraktion der SPD eingegangen. Das sind Drucks. 16/5717 und Drucks. 16/5718.

Das eine ist der Dringliche Antrag der Fraktion der SPD betreffend Finanz- und Wirtschaftszentrum Frankfurt unter Druck – Wirtschaftsminister sprachlos?, Drucks. 16/5717. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Damit wird er zu Tagesordnungspunkt 75. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Vorgesehen ist eine Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.

Schließlich gibt es noch den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Bau der A 44 unverzüglich fortsetzen, Drucks. 16/5718. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Damit wird er zu Tagesordnungspunkt 76. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Jetzt kommt Herr Abg. Quanz zu Wort. Er hat sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. Herr Quanz, bitte schön.

#### **Lothar Quanz (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen, dass der Dringliche Entschließungsantrag betreffend Bau der A 44 unverzüglich fortsetzen anschließend gemeinsam mit der Regierungserklärung diskutiert und danach auch über ihn entschieden wird.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht nur darum gehen, darüber zu reden, dass für die Verbraucher angeblich ein 1 : 0 erzielt wurde. Gleichermassen muss auch über eine bittere Niederlage für die Menschen Nordhessens geredet werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister Dr. Rhiel, es mag sein, dass Sie gerne über schönes Wetter predigen. Aber das, was Sie vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig angerichtet haben, hat dazu geführt, dass es in Nordhessen in den Schlagzeilen bitteren Unmut hagelte.

Wir nehmen es nicht hin und lassen es Ihnen nicht einfach so durchgehen, dass Sie ohne kritische Würdigung in der Öffentlichkeit auf Ihr Recht verzichtet haben, beim Ver-

waltungsgericht in Leipzig auf einen Eilantrag für eine Entscheidung über die Möglichkeit des Baus der A 44 zu verzichten. Vielmehr haben Sie sogar mitgeteilt, möglicherweise könne erst gebaut werden, wenn im Hauptsacheverfahren entschieden sei. Das hat eine völlig falsche Signalwirkung,

(Beifall bei der SPD)

befinden wir uns doch in einer Situation, in der es mehr denn je darauf ankäme, dieses große Projekt für Nordhessen unverzüglich zu starten, das also endlich in die Tat umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sollten Sie jetzt, während Ihrer Regierungserklärung, die Gelegenheit haben, deutlich zu machen, was Ihre Gründe waren. Was sind die Gründe dafür, dass Sie vor dem BUND eingeknickt sind? Sie ziehen durch die Lande und teilen mit, Sie würden die bürokratischen Hemmnisse beiseite räumen. Aber beim ersten Mal, bei dem es schwierig wird und eine Entscheidung anstünde, knicken Sie ein und sagen: Warten wir einmal ab. – Wir wollen wissen, was die Ursache dafür war, dass Sie in Leipzig nicht die Interessen des Landes Hessen verfolgt haben und nicht für Nordhessen eingetreten sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen feststellen, dass auch im achten Regierungsjahr des Herrn Koch nicht einmal für einen einzigen Quadratmeter Baurecht erlangt wurde. Das einzige Stück, das Sie im wahrsten Sinne des Wortes erfahren können, nämlich das um Weilburg herum, wurde während der Regierungszeit des Herrn Eichel, also als Herr Klemm Verkehrsminister war, geplant und realisiert.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Walter (SPD): So ist das, objektiv gesehen!)

Abschließend darf ich feststellen: Herr Ministerpräsident und Herr Staatsminister, es nutzt wenig, wenn Sie den Mund spitzen, aber das Pfeifen vergessen. Es hat ausreichend Zeit für Ankündigungen gegeben. Wir brauchen endlich Beschlüsse, und zwar solche, die gerichtsfest sind. Dafür braucht man aber etwas anderes als Propaganda, nämlich solides praktisches politisches Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu meinen letzten Sätzen. Im Sport würde man sagen – –

(Frank Gotthardt (CDU): Zur Dringlichkeit!)

Herr Wintermeyer, ich fände es nett, wenn Sie zuhören würden. Denn ich bin bei meinen letzten Sätzen. – Im Sport würde es heißen: Schluss mit der Tripperei im eigenen Strafraum. Wir brauchen eine strategische Offensive, eine Offensive für den Bau der A 44. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Zur Information derer, die es nicht mitbekommen haben, möchte ich Folgendes sagen: Herr Kollege Gotthardt, es geht nicht darum, die Dringlichkeit zu begründen. Vielmehr handelt es sich um eine Debatte zur Geschäftsordnung mit fünf Minuten Redezeit. – Herr Kollege Wintermeyer hat jetzt das Wort.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich werde die fünf Minuten Redezeit nicht brauchen. Herr Quanz hat sich hier angestrengt und versucht, das inhaltlich auf eine breite Basis zu stellen. Herr Quanz, ich möchte bei dem Bild bleiben, das die Fußballweltmeisterschaft nahe legt. Demnach war das ein Eigentor. Während Ihrer Regierungszeit, also der der SPD, wurde vor 20 Jahren mit dem Projekt des Baus der A 44 angefangen. Jetzt kann man die Zeiträume vergleichen, in denen die SPD und in denen wir an der Regierung waren. Dann kann man feststellen, dass Sie doch deutlich länger an der Regierung beteiligt waren. Bei Ihnen hat das auch nicht funktioniert.

Vor allem haben Sie auch eines vergessen: Wir nehmen den BUND insofern ernst, als wir eine gerichtsfeste Entscheidung haben wollen. Ich glaube, das ist im Sinne der Bewohner der gesamten Region und des Projekts. Sie haben sich acht Jahre lang von den GRÜNEN mehr oder weniger über den Tisch ziehen lassen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Sie haben sich aber heute hierhin gestellt und anderes behauptet. Die Landesregierung will das wirklich genau überprüfen und die Entscheidung gerichtsfest machen, und zwar im Interesse der Bewohner der gesamten Region Nordhessen.

Ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Das war ein Eigentor. Denn Sie haben sich von den GRÜNEN acht Jahre lang in der Manege vorführen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie Zwischenfragen?

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Ich lasse keine Zwischenfragen zu. – Die Sachlage ist also klar und deutlich. Deswegen beantragen wir, dass die Behandlung dieses Dringlichen Entschließungsantrags entsprechend der Tagesordnung erfolgt. Er befindet sich am Ende der Tagesordnung. Der Inhalt dieses Dringlichen Entschließungsantrags hat auch wirklich nichts mit dem für Strom zu zahlenden Entgelt zu tun. Deswegen soll er zum Ende der Tagesordnung behandelt werden. Wenn wir uns eilen, werden wir während dieser Plenarsitzungsrunde noch die Möglichkeit haben, ihn zu besprechen. Ansonsten werden wir während der nächsten Plenarsitzungsrunde die Möglichkeit haben, über dieses Thema zu diskutieren. Aber dieses Thema gehört an die entsprechende Stelle gesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zur Geschäftsordnung erhält Herr Kollege Al-Wazir das Wort.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt der Befürworter! – Jürgen Walter (SPD): Er wird sich jetzt bei der CDU bedanken! Es ist immer das Gleiche: Schwarz-Grün in Hessen!)

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir teilen die inhaltliche Kritik der SPD nicht. Wir sind aber mit der SPD der Meinung, dass wir den Dringlichen Antrag durchaus zusammen mit der Regierungserklärung behandeln sollten. Wir sind unter anderem deshalb dieser Auffassung, weil Herr Wintermeyer gerade eben etwas sehr Interessantes gesagt hat, worüber man jetzt hier durchaus reden sollte. Er hat nämlich gesagt: Auch bei Ihnen hat nichts funktioniert.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das war immerhin zum ersten Mal das zumindest indirekte Eingeständnis, dass bei dieser Landesregierung nichts funktioniert. Ich finde, darüber könnte man in einer Debatte zur Regierungserklärung über Wirtschaftspolitik der Landesregierung ungeachtet unterschiedlicher inhaltlicher Positionen aus gutem Grund sehr vertieft reden. Deswegen stimmen wir zu, dass dies jetzt mit aufgerufen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Für die FDP-Fraktion, Herr Posch.

**Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Quanz, ich habe Verständnis dafür, dass Sie das Thema Bau der A 44 zu einem Thema im Hessischen Landtag machen. Aber hier zu sagen, im Anschluss an die Regierungserklärung, in der es um Energiepreise geht, muss unbedingt das Problem der Prozessbeendigung zu der A 44 gelöst werden, das geht wirklich etwas an der Sache vorbei.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich gebe zu, dass diese Irritationen entstehen können. Hätte die Landesregierung vernünftig informiert, warum sie das Eilverfahren für erledigt erklärt hat, hätten wir das ganze Problem nicht. Wenn ich nämlich weiß, dass eine Entscheidung in der Hauptsache kurz vor der Verkündung steht, dann macht es in der Tat Sinn, aus prozessualen Gründen auf das Eilverfahren zu verzichten. Denn wenn ich eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in der Hauptsache habe, dann weiß ich tatsächlich, ob ich bauen darf. Herr Quanz, eine positive Eilentscheidung stünde immer noch unter dem Damoklesschwert der Hauptsacheentscheidung. Deswegen halte ich es in diesem Fall für richtig, die Entscheidung in der Hauptsache abzuwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber wir reden hier nicht über die Sache. Wir reden darüber, ob das im normalen Tagesordnungsablauf diskutiert werden kann oder nicht. Da sage ich: Das ist eindeutig möglich. Lassen Sie uns die Sache im Wirtschaftsausschuss beraten. Dann werden wir fundierte Informationen darüber erhalten, die zugegebenermaßen – Herr Minister Rhiel, hätten Sie das vernünftig verkündet, dann hätten wir diese Irritationen nicht – dazu hätten führen können, dass die ganze Debatte entbehrlich gewesen wäre. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es ist begehrt, dass Punkt 76 zusammen mit Tagesordnungspunkt 2 aufgerufen wird. Ich lasse darüber abstimmen. Wer diese Auffassung vertritt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist beschlossen worden, diesen Punkt nicht mit Punkt 2 aufzurufen, bei Zustimmung durch die Fraktionen von SPD und GRÜNEN und Ablehnung durch die Fraktionen von CDU und FDP.

Nun können wir zum nächsten Geschäftsordnungspunkt kommen. Das betrifft den neuen Tagesordnungspunkt 75. – Bitte schön, Herr Walter.

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen konnten wir in der „FAZ“ lesen, dass die Allianz-Versicherung beabsichtigt, bei der Dresdner Bank in Frankfurt Tausende weiterer Stellen zu streichen, und dass die Allianz-Versicherung womöglich die Allianz in Frankfurt gänzlich infrage stellt. Gleichzeitig gab es einen Artikel in „hr-online“ mit der Überschrift „Wird Frankfurt geopfert?“:

Schlimme Nachrichten für das Finanzzentrum Frankfurt: Die Deutsche Börse macht weitere Zugeständnisse im Übernahmekampf um die europäische Nachbarbörse Euronext. Es droht eine Abwertung Frankfurts als Finanzzentrum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, manche Anträge sind dringlich, weil „dringlich“ über dem Antrag steht. Dieser Antrag der SPD, dieses Thema heute zusammen mit einer Wirtschaftsdebatte zu diskutieren, ist dringlich, wie er dringlicher nicht mehr sein kann; denn die Situation an unserem Finanzplatz Frankfurt ist dramatisch.

(Beifall bei der SPD)

In der Arbeitslosenstatistik für den Monat Mai beträgt der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland durchschnittlich 7,1 %, im Lande Hessen nur 1,2 %.

(Michael Boddenberg (CDU): Hat er schon etwas von Heuschrecken gesagt?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kein anderes Bundesland hatte einen geringeren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Wir wissen, dass das Hauptproblem in Hessen unser Ballungsraum Rhein-Main ist. Die Fragen, die heute angesprochen worden sind, sind Fragen, die ganz unmittelbaren Ausfluss auf die Arbeitslosigkeit in unserem Bundesland und auf die Wirtschaftskraft in unserem Bundesland haben.

Ich komme zur Börse, und ich komme zur Bedeutung dieses Themas. In einem Interview vom 15. März 2006 hat der Herr Wirtschaftsminister Anforderungen an eine Fusion der Börsen definiert:

Erste Anforderung. Sitz der Börse muss Frankfurt sein.

Zweite Anforderung. Die Ansiedlung der zentralen Leitungsfunktionen muss in Frankfurt stattfinden.

Dritte Anforderung. Wir brauchen eine Garantie für die Sicherung der Arbeitsplätze in Frankfurt.

Nach den Berichten in „hr-online“ und dem, was in die Wirtschaftspresse durchsickert, sind alle drei Kriterien für diese Fusion nicht erfüllt. Offensichtlich hat die Landesregierung auch bemerkt, dass dies ein Problem sein könnte. Deshalb hat die Landesregierung mit einer harten Äußerung reagiert, nämlich dass Roland Koch und Wirtschaftsminister Alois Rhiel die Entwicklung „mit großer Sorge“ sehen.

Lieber Herr Ministerpräsident, lieber Herr Wirtschaftsminister, große Sorge ist hilfreich, aber wir von der Opposition, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Auffassung, es reicht nicht, dass ein Wirtschaftsminister in dieser Situation große Sorge verkündet. Was wir, was die Beschäftigten, was der Finanzstandort Frankfurt erwarten, das sind politische Strategien zum Erhalt und zur Sicherung dieses Standorts.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wirtschaftsminister und Herr Ministerpräsident, wir erwarten, dass diese Strategien nicht nur in einer Presseerklärung um 12.45 Uhr der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden, sondern wir erwarten als Parlamentarier – ich denke, zu Recht –, dass Sie, Herr Wirtschaftsminister, in einer wirtschaftspolitischen Debatte zu einer wirtschaftspolitischen Regierungserklärung uns als Parlamentariern über Ihren Weg zur Abwehr dieser Gefahren für unseren zentralen Ballungsraum, für den Finanzstandort Frankfurt Rede und Antwort stehen. Darauf hat ein Parlament, darauf hat die Bevölkerung einen Anspruch, Herr Wirtschaftsminister.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Für die CDU-Fraktion, Herr Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Walter, Sie haben sich hier ordentlich aufgeplustert zu diesem Thema. Das ist der zweite Versuch, nachdem Sie mit dem Thema A 44 gescheitert sind, die notwendige Regierungserklärung zum Thema Strompreise, die wir heute auf der Tagesordnung haben, mit einem anderen Thema zu besetzen.

(Jürgen Walter (SPD): Wir reden über die wirtschaftlichen Probleme des Landes!)

Weder die A 44 noch das Thema Euronext hat mit dem Thema Strompreise etwas zu tun.

(Norbert Schmitt (SPD): Auch! – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Zweite Feststellung. Wir haben Ihren Antrag unwidersprochen als dringlich durchlaufen lassen. Das hätten Sie, bitte schön, erkennen können. Sie tun hier so, als ob das hier nicht diskutiert werden soll. Das Gegenteil ist der Fall. Für uns stellt sich die Frage, wann wir einen solchen Antrag diskutieren.

(Reinhard Kahl (SPD): Mit der Regierungserklärung!)

Die Frage, wie sich das mit der Euronext entwickelt, ist wichtig. Die Frage, wie die Landesregierung dazu steht, ist wichtig. Es ist allerdings auch wichtig, zur Kenntnis zu

nehmen, dass das privatwirtschaftliche Unternehmen sind, bei denen der Einfluss von Regierungen relativ klein ist. Ich denke, der Wirtschaftsminister hat bei den drei Anforderungsprofilen, die er genannt hat – Sitz der Börse in Frankfurt, Sicherung der Arbeitsplätze und Sicherung des Finanzstandortes Frankfurt –, deutlich gemacht, dass die Landesregierung auf dem richtigen Weg ist.

(Zurufe von der SPD)

Dies kann sie auch hier vor dem Plenum erklären. Deswegen schlagen wir seitens der CDU-Landtagsfraktion vor – wir unterhalten uns hier über die Frage, wann wir den Punkt beraten wollen –, dass wir diesen Dringlichen Antrag der SPD-Fraktion nach der Regierungserklärung als gesonderten Tagesordnungspunkt einschieben, und zwar mit fünf Minuten Redezeit. Dort kann die Landesregierung zeitnah die entsprechenden Informationen geben. Dort können Sie zeitnah zu diesem Thema sprechen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Nur fünf Minuten bei diesem Thema?)

Dann verbinden wir dies nicht mit dem Thema Strom, das mit Euronext wirklich nichts zu tun hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Für die Fraktion der GRÜNEN, Herr Kollege Kaufmann.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Boddenberg, es kann manchmal schon ein Problem sein, wenn eine Regierung Erklärungen zu was auch immer abgeben will, sich aber nicht wirklich mit den tatsächlich vorhandenen drängenden Problemen des Landes befasst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Genau diesen Eiertanz erleben wir jetzt. Herr Kollege Wintermeyer, wenn der Wirtschaftsminister – das kommt nicht so häufig vor – heute eine Regierungserklärung abgibt, dann sollte er die wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen nicht ausklammern und sagen, das mögen andere zu späterer Zeit besprechen. Natürlich wird es heute noch diskutiert. Das haben Sie eingeräumt, okay. Aber das ist doch das brennendste Problem.

Wir sind heute mit Blick auf die Fußballauseinandersetzung, auf die wir alle hinfiebern, etwas WM-orientiert. Herr Staatsminister Rhiel, Ihre Regierungserklärung steht unter dem Motto „1 : 0 für die Verbraucher“. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass Sie in der Strompreisangelegenheit allenfalls in der Halbzeit sind. Wie solche Spiele am Ende ausgehen, haben wir aktuell immer wieder gesehen. Die Entscheidungen fallen in der letzten Minute, manchmal in der Nachspielzeit.

Herr Staatsminister Rhiel, bei der Frage Börsenstandort und Finanzstandort Frankfurt sind wir bereits in der Nachspielzeit, und die anderen führen. Das ist das Problem, das wir jetzt dringend erörtern müssen, zu dem wir von Ihnen hören müssen, wie Sie damit umgehen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Wintermeyer, deswegen ist Ihr Angebot nett und ein Stück weit zuvorkommend. Man ist ja nett zueinander. Aber der Wirtschaftsminister sollte sich mit den wirklichen Problemen befassen und hierzu Erklärungen für die Regierung abgeben, nicht irgendwie dahinfluchen und in einer Halbzeit etwas zu den Ergebnissen sagen. Wie das ausgehen wird, wird sich nämlich noch zeigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Posch, für die Fraktion der FDP.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich hier in der Tat im Gegensatz zum Thema A 44 um eine Frage, die substantielle Bedeutung für unser Bundesland Hessen und für die ganze Bundesrepublik Deutschland hat.

(Lothar Quanz (SPD): Nordhessen ist auch von Bedeutung, Herr Posch!)

– Herr Quanz, diesen Hinweis kann ich mir erlauben, ohne die Wertigkeit der A 44 hier irgendwie zu relativieren. – Ich sage, der Börsenstandort ist von substantieller Bedeutung für die Wirtschaftskraft dieses Bundeslandes und für die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen bin ich der Meinung, es ist nicht ausreichend, wenn eine Presseerklärung des Regierungssprechers erfolgt, der sagt, man sei in Sorge. Die Landesregierung ist in der Pflicht, hier eine Erklärung abzugeben.

Herr Ministerpräsident, erlauben Sie mir, das kurz zu begründen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Ich habe doch noch gar nichts Negatives gesagt.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber es scheint Sie das schlechte Gewissen zu plagen, wenn Sie dann schon loslegen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es besteht doch gar kein Anlass zur Nervosität, weil ich davon ausgehe, dass das, was Sie machen, immer vernünftig ist – zumindest manchmal.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Zurück zum Ernst der Lage. Zur Frage der Börse wissen wir beide ganz genau, dass wir seit Jahren eine Diskussion um den Börsenstandort Frankfurt führen und dass in Ihrer Brust sicherlich zwei Herzen schlagen. Einerseits fragen Sie sich: Welche Expansionsmöglichkeiten ergeben sich möglicherweise, wenn die Deutsche Börse die London Stock Exchange kauft? Das ist ein Problem, da sind aber auch Chancen drin. Andererseits haben Sie, wenn ich mich richtig erinnere, bei dem zweiten Anlauf von Herrn Seifert, als es um die Problematik der Hedgefonds ging, durchaus erkennen lassen, dass es hier ein Problem gibt, das man nicht einfach unter dem Motto „Lokalpatriotismus“ abarbeiten kann.

Ich meine, gerade weil das so wichtig ist, ist es notwendig, etwas zu sagen. Herr Dr. Rhiel und Herr Ministerpräsident, ich frage Sie ganz offen: Wäre das nicht ein Punkt gewesen, bei dem man die Fraktionen einmal interfraktionell über einen solchen Entwicklungsgang hätte informieren können?

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen doch sehr wohl, dass wir die Standortfrage letztendlich nicht entscheiden können. Wir wissen zwar, dass wir die Möglichkeiten der Börsenaufsicht haben. Wir wissen aber auch, dass die Möglichkeiten der Börsenaufsicht zur Standortsicherung wahrscheinlich nicht ausreichend sind, den Standort der Deutschen Börse in Frankfurt sicherzustellen. Ich sage das in diesem Zusammenhang auch an die große Koalition gerichtet: Ich habe damals Bundesfinanzminister Eichel vorgeworfen, dass er sich nicht in die Diskussion um den Standort der Deutschen Börse in Frankfurt eingeschaltet hat, denn das ist eine Frage, die nicht nur von nationaler, sondern auch von internationaler Bedeutung ist. Ich sage deshalb für die FDP-Fraktion: Es wäre schön, wenn Sie über Kenntnisse verfügen, die auf dem öffentlichen Markt nicht sofort ausgetragen werden dürfen – so etwas gibt es –, die Fraktionen in angemessener Weise zu informieren. Das haben Sie nicht getan, entweder weil Sie das nicht wollten oder weil Sie der Meinung sind, Sie hätten das kraft Ihrer absoluten Mehrheit nicht nötig. Meine Damen und Herren, das ist das Problem, über das wir hier diskutieren.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zurück zur Verfahrensdiskussion. Ich halte es für richtig, dass dies ein separater Punkt ist, der nicht mit der Strombörse, Netznutzungsentgelten und Preisprüfungen zu verknüpfen ist. Erklären Sie uns, wie der Stand der Dinge ist und was Sie zu tun beabsichtigen,

(Petra Fuhrmann (SPD): Regierungserklärung!)

um eines der schwierigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Probleme, die sich am Standort Frankfurt abspielen, einer Lösung zuzuführen, die dem entspricht, was Sie selbst postuliert haben: Arbeitsplätze zu sichern, den Finanzplatz Frankfurt nicht zu schwächen und den Standort der Börse zu erhalten.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es ist beantragt worden, die Debatte zum Tagesordnungspunkt 75 betreffend „Finanz- und Wirtschaftszentrum Frankfurt unter Druck – Wirtschaftsminister sprachlos?“ zusammen mit Tagesordnungspunkt 2, bei dem es um Energie geht, aufzurufen.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist richtig, mit der Regierungserklärung! – Petra Fuhrmann (SPD): Der Ministerpräsident soll Stellung nehmen!)

– Entschuldigen Sie bitte. Wir haben gemäß der Tagesordnung eine Regierungserklärung zum Thema Strom. Das muss zunächst jeder zur Kenntnis nehmen, ob er nun dort oder dort sitzt. Es ist beantragt, diese Regierungserklärung quasi um den Punkt Finanz- und Wirtschaftszentrum Frankfurt zu erweitern. Es ist nichts dagegen zu sagen, dass dieser Antrag gestellt worden ist; das ist gar keine Frage. Ich will nur sagen, was wir beschließen sollen.

Wer diesem Petitem der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist diesem Begehren, bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN und Ablehnung der Fraktionen der CDU und der FDP, nicht stattgegeben worden. Muss ich über das Angebot der Mehrheitsfraktion abstimmen lassen, dass wir es anschließend aufrufen?

(Jürgen Walter (SPD): Machen wir so!)

– Einverstanden, das machen wir so, wunderbar. Wir haben auch schon einen Teil der Sachdebatte hinter uns gebracht.

(Unruhe)

– Die Mischung von Geschäftsordnungsdebatte und inhaltlicher Debatte war extrem. Ich gebe das hier zu Protokoll und werde es im Ältestenrat noch einmal aufrufen. Wir können es uns in Zukunft nicht mehr erlauben, dass wir eine halbe Stunde Sachdebatte machen und damit den ganzen Ablauf unserer Absprachen verändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das gilt für alle Fraktionen – auch für die, die jetzt geklatscht haben.

Ich möchte jetzt den **Tagesordnungspunkt 2** aufrufen:

#### **Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung betreffend „Mehr Wettbewerb im Energiemarkt – 1 : 0 für die Verbraucher“**

zusammen mit – –

(Unruhe)

– Darf ich um Aufmerksamkeit bitten? Ich warte noch ein bisschen. – Danke schön.

#### **Tagesordnungspunkt 19:**

##### **Antrag der Fraktion der FDP betreffend Genehmigungsverfahren für Stromentgelte – Drucks. 16/5540 –**

und **Tagesordnungspunkt 71:**

##### **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend keine überhöhten Strom- und Gaspreise in Hessen – Drucks. 16/5711 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 74:**

##### **Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Energieversorgung – Drucks. 16/5714 –**

Das Ganze ist mit einer Redezeit von 20 Minuten je Fraktion ausgestattet – das gilt analog für das Kabinett – und soll auch an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden.

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Dr. Rhiel das Wort.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Hessische Landesregierung hat in den vergangenen Jahren – zusätzlich zur Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur, der Finanzausstattung der Betriebe, der Steigerung und Verbesserung der Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt – in der Wirtschaftspolitik einen besonderen

Schwerpunkt gesetzt: Wir kämpfen gegen überhöhte Strom- und Gaspreise.

(Beifall bei der CDU)

Wir kämpfen für mehr Wahlmöglichkeiten der Kunden, durch echten Wettbewerb auf dem Energiemarkt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Dieser Kampf hat zu spürbaren Erfolgen geführt. Das merken die Unternehmen, und das merken die hessischen Verbraucher in den Portemonnaies.

Meine Damen und Herren, die Energiepreise – insbesondere der Strompreis – werden von vielen Faktoren beeinflusst. Das fängt bei der Frage an: Aus welchen Energieträgern wird der Strom erzeugt? Das betrifft die Intensität des Wettbewerbs zwischen den Stromproduzenten; und das betrifft die Netzentgelte für die Nutzung der Leitungen bis hin zum Stromvertrieb, bei dem die Preise für die Endkunden gemacht werden. Ein besonderer Preistreiber sind die staatlichen Abgaben, die die rot-grüne Bundesregierung in die Höhe geschraubt hat, um damals ihr Haushaltschaos auszugleichen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Hessische Landesregierung hingegen setzt ihre Instrumente im Kampf gegen überhöhte Strom- und Gaspreise konsequent und erfolgreich ein. Deswegen erkläre ich heute im Namen der Landesregierung: Unsere Politik sorgt tatsächlich auf dem Energiemarkt für mehr Wettbewerb, und im Kampf gegen überhöhte Energiepreise in Hessen steht es 1 : 0 für die Verbraucher.

(Beifall bei der CDU)

Welcher Spielaufbau, welche Spielaufstellung und welche Strategien waren dafür ursächlich?

(Dieter Posch (FDP): Noch sind wir davor!)

Das ist zum einen der Strompreisstopp im Jahre 2006. Auf dem Strommarkt, auf dem bis heute kein echter Wettbewerb herrscht, gibt es zum Schutz der Endkunden vor überhöhten Preisen die Genehmigungspflicht der allgemeinen Tarife. Das ist ein scharfes Schwert in der Hand des Wirtschaftsministers, dem die Bundestarifordnung Elektrizität damit eine rechtlich starke Stellung zur Vorabkontrolle einräumt.

Bereits im Dezember 2004 habe ich für das Jahr 2005 rund die Hälfte aller beantragten Erhöhungen der Strompreise abgelehnt. Deshalb wurde in Hessen für das abgelaufene Jahr 2005 mit 3,3 % deutlich weniger an Strompreissteigerungen genehmigt als in anderen Bundesländern, wo der Preis um 5 % anstieg. Im laufenden Jahr 2006 stiegen die Strompreise im allgemeinen Tarif in Hessen gar nicht, weil ich keinen der 50 Anträge auf Preisanhebung genehmigt habe; beantragt war übrigens eine Preiserhöhung von 6 bis 7 %.

Meine Damen und Herren, vom hessischen Strompreisstopp 2006 profitieren rund drei Millionen Privathaushalte und kleine Gewerbebetreibende in Hessen und in den angrenzenden Bundesländern.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns diese Zahl einmal in ihrer absoluten Größe vorstellen, dann bleibt festzuhalten: Die Stromunternehmen wollten mehr als 100 Millionen € an zusätzlichen Einnahmen. Das ist viel Geld. Ein Vergleich: Die Hessen

könnten damit fast 4.000 Opel Vectra kaufen und in Rüsselsheim den Absatz forcieren.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb noch einmal: Diese Preiserhöhung in Höhe von 100 Millionen € war und ist nicht akzeptabel; denn wenn die Netzentgelte sinken und die Gewinne der Stromunternehmen hoch sind, dann dürfen gemäß der Bundestarifordnung Elektrizität keine Preissteigerungen genehmigt werden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Das klare Nein der Landesregierung ist und bleibt rechtlich und ökonomisch gerechtfertigt. Die 50 Stromunternehmen werden übrigens formale Bescheide erhalten, sobald die Netzregulierungen in Bund und Land abgeschlossen sind. Das Ergebnis der hessischen Strompreispolitik ist: Die allgemeinen Strompreise sind mit Ausnahme von Niedersachsen in allen anderen Bundesländern höher als in Hessen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Hervorragend!)

Oder, von der anderen Seite betrachtet: Eine Familie bezahlt in Hessen mit 3.500 kWh Stromverbrauch gut 650 € pro Jahr. In Baden-Württemberg ist die Stromrechnung mit 720 € pro Jahr um 10 % höher. Jetzt wird die EnBW, das baden-württembergische Stromunternehmen, noch einmal eine Preissteigerung um 4,5 % durchsetzen, während in Hessen keine Strompreiserhöhungen erfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Preissteigerungen hätten die Kaufkraft der Bürger geschwächt und kleine Unternehmen belastet – das schadet der Binnennachfrage. Stabile Preise hingegen helfen dem Wirtschaftsstandort Hessen, und darum geht es uns doch hoffentlich allen.

(Roland von Hunnius (FDP): Wie bei der Mehrwertsteuer!)

Meine Damen und Herren, die Kontrolle der Stromendkundenpreise ist so lange gerechtfertigt, wie es noch keinen echten Wettbewerb gibt. Ich bin aber zuversichtlich, dass es in Deutschland ab Mitte 2007 genügend Wettbewerb geben wird. Wenn es Wettbewerb gibt, muss und wird die Strompreiskontrolle entfallen. Bis dann aber werde ich die Preise streng kontrollieren.

Weiteres Potenzial für sinkende Strompreise gibt es an der Leipziger Strombörse. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass der Preis nicht nur bergauf, sondern auch bergab gehen kann. Falls die Strompreise noch deutlicher sinken, falls dies anhält, müssen die Stromunternehmen ihre Endkundenpreise für das Jahr 2007 senken.

Ein zweiter Punkt, den ich als Begründung für diesen Erfolg nennen will, dass es 1 : 0 für die Verbraucher steht, sind die Preisabschläge im Gaskartellverfahren. Der Kampf gegen überhöhte Energiepreise umfasst, wie wir wissen, auch die Gaspreise, die derzeit die Haushalte belasten. Hier hat die Landesregierung einen weiteren Erfolg aufzuweisen, der ebenfalls gegen den Widerstand der Energieunternehmen errungen werden musste. Im vergangenen Herbst habe ich zwölf Kartellverfahren gegen Gasunternehmen in Hessen beendet. Die monatelangen Verfahren haben deutliche Preisabschläge bewirkt. In 360.000 hessischen Haushalten wurde eine zusätzliche Belastung von 22 Millionen € vermieden.

Meine Damen und Herren, so erfreulich dies für die Gaskunden damals war, so unbefriedigend ist, dass einige Gasunternehmen erneut die Preise angehoben haben, ohne dass die Landesregierung den Gaskunden rasch schützende Hilfe leisten kann. Denn dem Landeswirtschaftsminister steht bei Gas nur die nachträgliche Missbrauchsaufsicht in Form des Kartellrechts zur Verfügung, und die ist in Monopolmärkten ein vergleichsweise sehr stumpfes Schwert. Die Landeskartellbehörde darf nur nachträglich eingreifen und muss den Gasunternehmen zudem einen Monopolmissbrauch nachweisen. Das ist aus meiner Sicht das völlig falsche Instrument, weil es zu spät wirkt und zu schwach daherkommt. Dass es all die Jahre keine Vorabkontrolle der Preise der Gasmonopolisten gab, analog zum Strommarkt, halte ich für ein schweres politisches Versäumnis.

Klar ist auch: Hätten wir die Kartellverfahren nicht erfolgreich durchgekämpft, dann lägen jetzt die Gasrechnungen in vielen Haushalten in Hessen um durchschnittlich 60 € höher, als sie derzeit sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, 60 € vermiedene Belastung – das ist für viele Bürger eine willkommene Botschaft.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viel Studiengebühren?)

Gerade weil Gaswettbewerb schwieriger als Stromwettbewerb ist, darf der Schutz der Gaskunden nicht verringert werden. Deshalb setzt sich Hessen im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates dafür ein, dass in den Verordnungen für die Grundversorgung mit Gas und Strom der Verbraucherschutz auch in Zukunft erhalten bleibt. Hessen hat einen Antrag eingebracht, der klargestellt, dass Gaskunden weiterhin nach § 315 BGB einen Einwand der Unbilligkeit gegen Gaspreiserhöhungen erheben können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum dritten Punkt, der für diesen Erfolg steht, nämlich das Energiewirtschaftsgesetz. Dies ist in der Tat ein Erfolg hessischer Energiepolitik, der in den nächsten Jahren spürbar sein wird,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

weil dieses neue Gesetz, das ab 1. Juli letzten Jahres Gültigkeit hat, wirklich scharfe Instrumente in sich birgt. Hessen hat durch Anträge im Bundesrat und als Verhandlungsführer im Vermittlungsausschuss dafür gesorgt, dass die Betreiber der Stromnetzmonopole einer strengen Vorabkontrolle unterworfen werden.

Meine Damen und Herren, wenn wir genau hinschauen, erkennen wir sofort: Das zahlt sich jetzt doppelt aus. Zum einen werden die Endkundenpreise gedämpft, weil die Netzentgelte sinken. Zum anderen entsteht Druck auf die Preise, weil jetzt ein schweres Wettbewerbshemmnis entfallen ist.

Noch einmal zum Vorteil Nummer eins, zu den niedrigeren Netzentgelten. Die 37 regionalen Stromnetzbetreiber in Hessen mit weniger als 100.000 Kunden, für die wir als Landesregierung zuständig sind, müssen ihre Entgelte für den Stromtransport um durchschnittlich gut 10 % verringern.

Übrigens – das haben Sie in den letzten Tagen über die Medien erfahren –: Die Bundesnetzagentur reduziert ebenfalls die Netzentgelte der großen Energiekonzerne,

also auch der restlichen 13 in Hessen. Ich verweise hier auf die Vattenfall-Entscheidung: eine Senkung von 11,7 % gegenüber den bisherigen Netzentgelten, ja sogar eine Senkung von sage und schreibe 18 % gegenüber den seitens Vattenfall beantragten Netzentgelten, die durchgesetzt wird.

Beides erhöht die Chancen für Senkungen der Endkundenpreise. Denn der Anteil der Netzkosten am Endkundenstrompreis beträgt immerhin mehr als ein Drittel. So wird auch der hessische Strompreisstopp für 2006 bestätigt. Viele haben gefragt: Worauf stützt du dich? – Dieser Stopp wird bestätigt; denn ich habe ihn neben hohen Monopolgewinnen damit begründet, dass die Erwartung der Senkung der Netzentgelte eine Erhöhung zu diesem Zeitpunkt nicht rechtfertigt. Und wir haben Recht behalten.

(Beifall bei der CDU)

Vorteil zwei dieser niedrigeren Netzentgelte: Es gibt keine Behinderung des Wettbewerbs mehr durch die Netzbetreiber. Ich persönlich meine, das ist noch wichtiger als die direkte Kostensenkung durch niedrigere Netzentgelte. Denn neue und günstigere Stromanbieter werden zukünftig diskriminierungsfrei Zugang zu allen Stromnetzen haben und werden nicht durch prohibitive Netzentgelte ferngehalten. Damit können diese neuen Anbieter die etablierten Stromunternehmen im Endkundenpreis unterbieten. So bekommen die Verbraucher endlich Wahlmöglichkeiten – das ist das Entscheidende im Wettbewerb – und können zu billigeren Anbietern wechseln.

Meine Damen und Herren, das gehört auch dazu: Ich will mir gar nicht vorstellen, wie der Strommarkt heute und vor allem in Zukunft aussähe, wenn sich manche Sozialdemokraten und, ich sage auch, Liberale auf Bundesebene mit ihren blauäugigen Vorstellungen zur Netzregulierung durchgesetzt hätten. Sie wollten die Netzentgelte nämlich nur im Nachhinein regulieren lassen, also nachträglich, im Rahmen einer relativ laxen Missbrauchskontrolle. Das hätte die Energiekonzerne, dessen bin ich sicher, sehr gefreut.

Wichtig aber ist, und das ist unsere Position: Der Staat muss vorab eingreifen, bevor das Kind in den Brunnen fällt. Bei einer Missbrauchsaufsicht dagegen hätte der Staat nachträglich nur nachgeschaut, ob vielleicht ein Kind schon in den Brunnen gefallen ist, und hätte nicht das getan, was notwendig gewesen wäre, nämlich einen Zaun um diesen Brunnen zu bauen.

(Beifall bei der CDU – Gernot Grumbach (SPD): Die Landesregierung wirft!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Frage der Netzregulierung wird ein Grundzug der Wirtschaftspolitik der Hessischen Landesregierung deutlich, und das ist mir wichtig: Wir betreiben eine ordoliberalen Wirtschaftspolitik, und zwar sehr deutlich in Abgrenzung zu Neoliberalismus und naiver Staatsgläubigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt konkret: Vorrang hat freier Wettbewerb. Wo dieser Wettbewerb funktioniert, da hat der Staat nichts zu suchen. Aber leider ist Wettbewerb nicht auf jedem Markt möglich. Deswegen müssen wir jede Wertschöpfungsstufe und jeden Marktbereich einzeln betrachten. Denn es kann zu Wettbewerbsversagen kommen, etwa im Bereich der Netzindustrien, mit denen wir es hier zu tun haben. Dann allerdings, bei Wettbewerbsversagen, brauchen wir

einen starken Staat, der streng reguliert, um Monopolmissbrauch zu verhindern. Genau das tut die Hessische Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Aber so gut das Energiewirtschaftsgesetz an vielen Stellen ist – es bleibt ein Kompromiss, auch mit Unzulänglichkeiten. Das ist ein Kompromiss, wo gerade Sozialdemokraten ihre Handschrift hinterlassen haben, die der Energielobby heute wie eine Schönschrift vorkommt. So hat sich – das will ich nicht verschweigen – das damals SPDgeführte Bundeswirtschaftsministerium ganze Texte für dieses Gesetz von der E.ON aufschreiben lassen und dann zu Eigen gemacht. Ich finde, da wurde die Grenze des demokratisch akzeptablen Einflusses der Energielobby weit überschritten.

Ich bin nicht sicher, ob es mit dem neuen Gesetz gelingen wird, auch auf dem Gasmarkt für Wettbewerb zu sorgen. Ich hoffe sehr, dass sich die Bundesnetzagentur mit ihrem Präsidenten Kurth an der Spitze gegenüber den Interessen der Gasnetzbetreiber durchsetzen wird. In Hessen jedenfalls werden wir eine strenge Prüfung der Entgeltgenehmigungsanträge der 41 Gasnetzbetreiber – von insgesamt 46 – durchführen, für die das Land zuständig ist.

Sollte bis Jahresende keine effektive Regulierung der Gasnetze kommen, dann muss auf Bundesebene eine Verschärfung des Energiewirtschaftsrechts geprüft werden. Anderenfalls schließe ich nicht aus, dass Hessen über den Bundesrat erneute eine Initiative starten muss.

Ich rede bewusst von einem „Kampf“ gegen überhöhte Strom- und Gaspreise und einem „Kampf“ für Wahlmöglichkeiten der Kunden, denn die Widerstände gegen Marktöffnungen und gegen fairen Wettbewerbs sind hoch – sowohl vonseiten der Energielobby als auch von ihren Freunden in Politik und Medien.

Die Hessische Landesregierung scheut diesen Kampf nicht. Ich finde es unerträglich, wie sich die Chefs großer Energieversorgungsunternehmen – insbesondere die des Stromgewinnkartells E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW – für Rekordgewinne feiern lassen und gleichzeitig erklären, die Versorgungssicherheit oder die Netzstabilität sei durch das Energiewirtschaftsgesetz künftig infrage gestellt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Eine Politik gegen den kleinen Mann!)

– Genau. – Das Gegenteil ist richtig. Das Energiewirtschaftsgesetz sichert nämlich eine auskömmliche Verzinsung der Netzinvestitionen. Umso unverschämter ist es, dass die Netzinvestitionen in den Zeiten stagnierten, in denen die Gewinne neue Höchststände erreichten. Tausende selbstständige Unternehmer können von den hohen und weitgehend sicheren Renditen der Stromunternehmen nur träumen. Gerade das Gejammer der Netzbetreiber dient nur zur Verschleierung der Tatsache, dass in den Entgeltverordnungen eine hohe und garantierte Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals von 6,5 % bei Strom und 7,8 % bei Gas – wohlgemerkt: jeweils zuzüglich der Teuerungsrate – festgeschrieben ist. Das bedeutet eine Garantierendite von bis zu 10 %.

In diesem Zusammenhang empfinde ich es als blanken Hohn, dass gestern ein Konzernvorstand erklärt hat, die geringe Zahl an Privatkunden, die den Stromanbieter gewechselt haben, sei Ausdruck von Kundenzufriedenheit.

### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Staatsminister, die Redezeit der Fraktionen ist abgelaufen.

### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ihnen geht es sicher wie mir: Ein Blick ins Internet genügt, um zu sehen, dass es kaum Angebote gibt, die einen Wechsel lohnend machen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass durch eine strenge Regulierung mehr Wettbewerb möglich wird, dass durch den Wettbewerb die Wahlfreiheit der Kunden erhöht wird und dass es in diesem Zusammenhang keinen geschützten Raum gibt. Die Landesregierung macht Politik zum Schutz des Wettbewerbs, zugunsten der Bürger und Verbraucher, aber nicht zum Schutz einzelner bestimmter Wettbewerber. Ich lehne deshalb Privilegien großer Energieunternehmen genauso ab wie einen Bestandsschutz für kommunale Versorger. Ich bin überzeugt davon, dass ordentlich wirtschaftende Unternehmen auch zukünftig die Kunden mit günstigen Preisen und sicherer Energieversorgung am Markt bedienen können.

Eines will ich abschließend betonen, was den Kampf für mehr Wettbewerb besonders motiviert und rechtfertigt. Es ist die Tatsache, dass überhöhte Preise zutiefst unsozial sind. Genauso unsozial ist der Missbrauch, den die Energiemonopole zur Entlastung anderer Bereiche betreiben. Hier gilt: Starke Schultern tragen mehr als schwache Schultern. Geringverdiener und Familien trifft die überhöhte Stromrechnung viel stärker als Haushalte mit hohem Einkommen. Deswegen sage ich: Niemand soll in Hessen länger überhöhten Energiepreisen ausgesetzt sein. Niemand soll überhöhte Energiepreise zahlen müssen. Wir werden weiterhin für günstige, für realistische Preise streiten. Wir werden weiter für mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt kämpfen. Damit stehen die Chancen gut, dass im nächsten Jahr die Strompreise in Hessen die niedrigsten im deutschlandweiten Vergleich sein werden. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

Ich darf die Aussprache zur Regierungserklärung eröffnen und Herrn Abg. Frankenberger für die SPD-Fraktion das Wort erteilen. Redezeit: 20 Minuten.

(Reinhard Kahl (SPD): Eine Minute mehr!)

### **Uwe Frankenberger (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Rede des Herrn Wirtschaftsministers hat eines deutlich gemacht: Es steht in der Tat im Moment 1 : 0, das Spiel ist aber noch lange nicht aus, und keiner weiß, wie es letztendlich ausgehen wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Rhiel, wir geben Ihnen Recht: Es gibt nichts daran zu beschönigen, dass die Situation am Strommarkt alles andere als verbraucher- und wettbewerbsfreundlich ist. Sie als Wirtschaftsminister haben unsere Unterstützung in Ihren Bemühungen, die großen Energieriesen, die die Hauptverantwortung für die wettbewerbs- und ver-

braucherfeindliche Situation tragen, dazu zu zwingen, ihre Preispolitik im Sinne eines verbraucherfreundlichen Wettbewerbs zu gestalten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wie stellt sich die Situation dar? RWE hat im ersten Quartal 2006 seinen Gewinn um 7 % auf 1,05 Milliarden € gesteigert. Das ist gegenüber den Jahren 2000 und 2001 eine Zunahme um 51 %. Vattenfall hat sein Betriebsergebnis im ersten Quartal 2006 um fast 50 % von 447 Millionen € auf 665 Millionen € gesteigert. EnBW konnte 2005 erstmals in der Konzerngeschichte einen Gewinn vor Steuern von über 1 Milliarde € ausweisen. Auch bei E.ON ist seit 2001 eine Steigerung des Gewinns um 180 % zu verzeichnen. 2005 lag der Gewinn der E.ON vor Steuern bei 7,3 Milliarden €.

Auf der einen Seite also satte Gewinne bei den großen Energieunternehmen, auf der anderen Seite stiegen die Strompreise für die Endverbraucher wie für die Industrie in geradezu erschreckender Weise. Der Preisanstieg für Energie betrug im April 2006 durchschnittlich 2,3 % gegenüber dem Vormonat und sogar 20,4 % gegenüber dem April des Vorjahres. Die Industriestrompreise haben sich im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 35 % erhöht. In diesem Jahr wird mit einer Preissteigerung von ca. 17 % für mittelständische Unternehmen gerechnet, so eine Vergleichsstudie des Bundesverbands der Energieabnehmer. Die Preiserhöhungen lassen sich nach Ansicht des Verbandes eben nicht mehr mit gestiegenen Erzeugungskosten bei den großen Energieunternehmen begründen. Vielmehr seien – so der Verband – die gestiegenen Gewinnerwartungen der großen Netzbetreiber E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW die Ursache für diese Steigerungen. Selbst Aktienanalysten sprechen hier von „Preiserhöhungsorgien“.

Die Zahlen sind in der Tat beeindruckend. Herr Minister, wir begrüßen es, wenn Sie sagen, dass es so nicht weitergeht. Wir stellen aber auch fest, dass der Minister – wie die gesamte Landesregierung – ansonsten immer dann geschwiegen hat, wenn Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter auf die besondere Verantwortung der Unternehmen in der Gesellschaft, z. B. für die Arbeitsplätze und für den Standort Deutschland, hingewiesen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ihre kritischen, nahezu revolutionär-sozialistischen Töne gegenüber den Energieriesen sind geradezu erstaunlich. Es ist aber keine Frage: Wir begrüßen, dass Sie angesichts der Gewinne der großen Energieriesen hier eine andere Haltung einnehmen. Herr Dr. Rhiel, wir unterstützen Sie darin, und Sie haben auch in Zukunft unsere Unterstützung, wenn Sie bei den Unternehmen die Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher Verantwortung einfordern.

(Michael Boddenberg (CDU): Was ist mit den kleinen Energieunternehmen? Gehen Sie doch einmal darauf ein!)

Meine Damen und Herren, seit der Liberalisierung des Energiemarktes ist das Gegenteil von mehr Wettbewerb eingetreten. Die Kapitalverflechtung der fünf Großen – RWE, E.ON, Vattenfall, EnBW und STEAG – hat nach der Fusionswelle in den Jahren zwischen 1998 und 2001 zugenommen. Diese fünf Unternehmen beherrschten 2004 fast 80 % der inländischen Stromerzeugung und verfügten über 70 % der inländischen Kapazitäten.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie haben noch nicht über Gasprom gesprochen!)

RWE hat z. B. seinen Anteil an der Produktion von 26 % im Jahr 2001 auf 28 % im Jahr 2004 steigern können. Herr Dr. Rhiel, bei den großen Unternehmen sind wir auf Ihrer Seite, aber dieser enorme Zuwachs fand hauptsächlich bei den klassischen Grundlastkraftwerken – also den Braunkohlekraftwerken, den Kernkraftwerken und den Laufwasserkraftwerken – statt, während den kleinen Anbietern hier der Zugang fehlte. Sie hatten ihre Zuwächse bei den erneuerbaren Energien und bei der Kraft-Wärme-Koppelung. Sind es aber nicht gerade die kleinen innovativen Versorger, die durch den Vorstoß dieses Ministers getroffen werden können? Diesen Aspekt hat Herr Dr. Rhiel während der gesamten Debatte bisher unterschlagen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Rhiel, Sie nehmen weitere Konzentrationsprozesse in Kauf. Das ist nicht verbraucherfreundlich, sondern verbraucherfeindlich.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einen weiteren Aspekt beleuchten, der von Herrn Dr. Rhiel nicht beleuchtet wurde: Der Umgang mit den Emissionsrechten fördert die wettbewerbsfeindliche Preispolitik zugunsten der Stromriesen und zulasten der kleinen kommunalen Energieversorger – und damit natürlich auch zulasten der Verbraucher. Nachdem die Preise in 2005 nach der Ankündigung der Bundesregierung, diese für die Handelsphase ab 2008 um 5 % zu verknappen, zunächst gestiegen waren, fielen sie zwischenzeitlich um fast 50 %.

Aber das Problem ist, die großen Stromversorger denken überhaupt nicht daran, diesen Kostenvorteil an die Stromabnehmer und die Verbraucher weiterzugeben. Die Großen denken nicht daran, dies zeitnah an die Kunden weiterzugeben, und die kommunalen Energieversorger stehen vor dem Problem, dass sie bereits im Herbst des Vorjahres ihren Bedarf am Terminmarkt zu höheren Preisen gedeckt haben.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Das heißt ganz konkret, dass die Kleinen den Großen den Strom zu höheren Preisen abnehmen müssen. Sie dürfen die gestiegenen Bezugskosten aber nicht weitergeben, da ihnen der hessische Wirtschaftsminister keine Genehmigung erteilt. So ist das im Moment im Lande Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Rhiel, Sie treffen nicht die großen, sondern die kleinen, in der Regel kommunalen Energieversorgungsunternehmen. Dass, wie es jetzt bei Vattenfall Europa der Fall ist, die Zahlen in dem ersten fertig geprüften Antrag eines großen Stromversorgers auf Erhöhung der so genannten Nutzungsentgelte um 18 % nach unten korrigiert wurden, ist ein richtiger und wichtiger Schritt. Nur, Herr Dr. Rhiel kann gar nichts dafür. Dafür hat die Bundesnetzagentur gesorgt. Sie ist für die Großen zuständig, während sich Herr Dr. Rhiel um die kleinen Versorgungsunternehmen kümmert.

Wir begrüßen die Intention des Wirtschaftsministers und sind auf seiner Seite, wenn es darum geht, den monopolartigen Strommarkt aufzubrechen. Aber bei dem jetzigen Vorgehen des Wirtschaftsministers hegen wir tiefe Zwei-

fel, ob es letztendlich die Richtigen trifft. Bei den Stromversorgern, für die Herr Dr. Rhiel zuständig ist, handelt es sich zum größten Teil um kleine kommunale Stadtwerke. Diese sind es, die in einem schwierigen Umfeld Versorgungssicherheit und Kalkulierbarkeit für die Verbraucher gewährleisten. In der Regel garantieren diese Unternehmen den Strompreis für ein Jahr.

Sie haben im Herbst letzten Jahres ihre Verträge abgeschlossen. Das garantiert Preis- und Versorgungssicherheit. Kostensenkungen können von den kommunalen Energieversorgern gar nicht so schnell weitergegeben werden, wie es der Herr Wirtschaftsminister suggeriert; denn die Kleinen sind von den Großen und den zu höheren Preisen abgeschlossenen Jahresverträgen abhängig.

Der Endverbraucher kann kein Interesse daran haben, dass die Strompreise, wie beim Benzinpreis, täglichen, ja manchmal sogar stündlichen Schwankungen unterliegen. Was würden wir wohl dazu sagen, wenn uns unsere Versorgungsunternehmen erzählen wollten, dass der Preis, den wir für den Strom bezahlen, künftig morgens anders aussieht als abends und dass wir den aktuellen Tagespreis am schwarzen Brett der Verwaltung ablesen können? Das kann nicht im Interesse des Verbrauchers sein. Nein, Herr Minister Rhiel, so geht das nicht. Sie machen einen Denkfehler, der die kleinen kommunalen Unternehmen, ihre Kunden, aber auch die dort Beschäftigten teuer zu stehen kommen kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie treffen nämlich – ob gewollt oder ungewollt – die kleinen Versorgungsunternehmen. Es geht nicht an, dass Sie sozusagen im Vorgriff auf erwartete Senkungen bei den Durchleitungsentgelten den Unternehmen wegen der bereits auf langfristigen Verträgen basierenden Kalkulationen eine Entscheidung über Anpassungen bei den Strompreisen verwehren. Ebenso fragwürdig ist es, von den kommunalen Energieunternehmen im Hinblick auf mögliche Reduzierungen bei den Durchleitungsgebühren jetzt Preissenkungen zu verlangen. Angesichts der Tatsache, dass die Durchleitungsentgelte gerade einmal ein Drittel des Preises ausmachen, erwecken Sie hohe Erwartungen bei den Verbrauchern.

Bei den kommunalen Unternehmen handelt es sich eben nicht um Unternehmen mit Milliardengewinnen, von denen ich vorhin gesprochen habe, sondern um Unternehmen mit bedeutend kleineren Gewinnspannen. Die kommunalen Versorger arbeiten nicht für Aktiengewinne und den Shareholder Value, sondern für das Wohl der Menschen vor Ort und für die Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge gerade auch im ländlichen Raum. Nicht wenige sind der Meinung – das sind nicht nur Sozialdemokraten –, dass Herr Dr. Rhiel hiermit ganz bewusst die kommunalen Querverbände treffen will. Es gibt genug Gründe für diese Annahme. Fragen Sie einmal den Kämmerer der Stadt Frankfurt, was er von dem Agieren seines Parteifreundes Rhiel hält.

(Michael Boddenberg (CDU): Das machen wir morgen!)

Das bewusst – oder billigend – in Kauf genommene Zerbrechen der kommunalen Querverbände ist die Folge. Herr Dr. Rhiel, es scheint so, als ob Ihnen die öffentliche Daseinsvorsorge egal wäre. Wir Sozialdemokraten wollen eine hohe Qualität bei der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu zählt für uns auch der ÖPNV; denn gerade wenn es um den ÖPNV, also um die öffentliche Daseinsvorsorge,

geht, unterstützen wir Sozialdemokraten keine „Geiz ist geil“-Mentalität.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Also höhere Strompreise! Sagen Sie es doch!)

– Herr Boddenberg, Sie hören nicht zu, verstehen nur die Hälfte, ziehen die falschen Schlussfolgerungen und wollen das Land regieren. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Schaltet dem Schwachstromelektroniker da drüben den Saft ab!)

Natürlich erwarten wir, dass etwaige Kostenvorteile aufgrund reduzierter Durchleitungsentgelte auch von den kommunalen Unternehmen an die Verbraucher weitergegeben werden. Aber das soll nicht in Form einer Vorleistung geschehen, sondern dann, wenn es betriebswirtschaftlich möglich ist, ohne die Existenz dieser Unternehmen zu gefährden. Die Unternehmen können zu Recht von dem Wirtschaftsminister des Landes Hessen erwarten, dass er die betriebswirtschaftlichen Realitäten der kommunalen Versorger anerkennt.

Herr Dr. Rhiel, wer jedoch so handelt wie Sie, riskiert eben, dass die Kleinen vom Markt verschwinden, und fördert damit eine Monopolisierung auf dem Strommarkt. Das kann nicht im Interesse der Verbraucher sein, für die sich Herr Dr. Rhiel angeblich stark macht.

(Beifall bei der SPD)

Das Spiel ist noch nicht entschieden: Wir wünschen uns, dass der Einsatz von Herrn Dr. Rhiel, der sich gegen die tatsächlichen Energiemarktbeherrscher richtet, von Erfolg gekrönt ist und dass nicht die „Bild“-Zeitung vom 09.06.2006 Recht behält, die zum Engagement von Herrn Dr. Rhiel geschrieben hat: „Verbraucher sollten sich nicht zu früh freuen“. Sollte dieser Wirtschaftsminister mit seinem Kreuzzug gegen die kommunalen Unternehmen fortfahren, fürchten wir, dass die „Bild“-Zeitung Recht behält. Die Zeche zahlt am Ende der Kunde.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Frankenberger. – Als nächstem Redner darf ich Herrn Posch, FDP-Fraktion, das Wort erteilen.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Eine Vorbemerkung möchte ich machen – darin stimme ich mit Herrn Minister Dr. Rhiel völlig überein –: Die Energiepreise sind ein essenzieller Bestandteil einer auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaft. Das gilt sowohl für Unternehmen als auch für Private. Ich sage das sehr bewusst, weil wir uns in diesem Ziel einig wissen und auch darin, dass die notwendigen Schlussfolgerungen daraus gezogen werden müssen.

Wir wissen, dass jeder überhöhte Strompreis dazu führt, dass die Konsummöglichkeiten des Verbrauchers reduziert werden. Wenn wir beachten, welchen Anteil die Konsumorientiertheit in der Wirtschaftspolitik hat, führt uns das zu der Erkenntnis, dass weniger Konsum möglich ist, wenn die Energiepreise überhöht sind. Das gilt nicht allein für den privaten Verbraucher, sondern in gleicher

Weise für die mittelständischen Unternehmen, die häufig Kunden dieser Energieversorgungsunternehmen sind. Deswegen sage ich sehr deutlich: Wir unterstützen die Landesregierung in dem Ziel, Preissenkungen zu erreichen.

(Beifall bei der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahn-  
tal) (CDU): Sehr vernünftig!)

– Herr Fraktionsvorsitzender, Ihr „Sehr vernünftig!“ kam etwas zu früh; denn das ist lediglich ein Detail. Es reicht beim besten Willen nicht aus. Ich sage sehr deutlich – auch um ein Beispiel aus dem Fußball zu verwenden –: Es ist genauso wie bei der Fußball-WM. Sie befinden sich noch in der Vorrunde, nirgendwo anders. Sie sind weder im Achtelfinale noch im Viertelfinale und schon gar nicht im Endspiel.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der SPD: Er tut so,  
als wäre er schon Weltmeister!)

Die FDP-Fraktion hätte es deshalb gern gesehen, wenn diese Regierungserklärung dazu genutzt worden wäre, um ein hessisches Energiekonzept darzustellen, durch das die hessische Wirtschaft und die hessischen Verbraucher in gleicher Weise geschützt werden. Dazu ist mehr notwendig als administratives Handeln bei den Netzdurchleitungsgebühren und der Preisprüfung.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Bod-  
denberg (CDU))

Ich weiche nicht aus, indem ich auf die OPEC zu sprechen komme; denn ich weiß, dass unsere Möglichkeiten, die dortige Politik zu beeinflussen, relativ gering sind – wenn überhaupt welche bestehen. Ich teile auch Herrn Dr. Rhiels Analyse, wonach die Liberalisierung des Strommarktes – im Gegensatz z. B. zum Telekommunikationsmarkt – nicht unbedingt eine wesentliche Verbesserung für die Verbraucher gebracht hat. Anstelle eines florierenden Marktes haben wir Oligopolstrukturen mit all ihren negativen Folgen. Ich wiederhole, dass wir uns in der Analyse einig sind.

Verehrter Herr Dr. Rhiel, eines muss ich allerdings sagen: Wenn man sich die Strompreise etwas genauer ansieht, stellt man fest, dass man über einen Sachverhalt nicht so lapidar hinweggehen kann, wie Sie das getan haben, indem Sie sagten, die staatlichen Lasten, die gefordert würden, seien unter anderem die Ursache für die hohen Strompreise. Wenn die Höhe des Strompreises heute zu 40 % auf politische Forderungen zurückzuführen ist, muss man auch einmal Ross und Reiter nennen. Welche sind das denn? Es sind Folgende: das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Kraft-Wärme-Koppelungs-Gesetz, die Stromsteuer, die Ökosteuern und – verehrter Herr Generalsekretär – die Mehrwertsteuer.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Bod-  
denberg (CDU))

Machen Sie es sich bitte nicht so einfach, indem Sie sagen, das sei eine Altlast von Rot-Grün. Ich habe nicht gehört, dass die große Koalition etwas im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien oder der Ökosteuern machen will.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt, Sie tragen in gleicher Weise die Verantwortung dafür, dass wir beim Energiepreis heute staatliche Lasten in Höhe von 40 % haben. Herr Generalsekretär, nur zur Erinnerung: 1998 waren es 28 %.

Es ist geradezu schön, dass Sie sich auch darüber freuen können. Die 3 % Mehrwertsteuer kommt auf den Preis, und Sie profitieren von dem, was Sie den Bürgern über die erhöhte Mehrwertsteuer via Stromkosten abziehen. Das ist die Realität.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Insofern ist diese Argumentation nicht ganz ehrlich.

Nun will ich zu dem Beitrag kommen, Herr Minister Rhiel, was das Problem der Behandlung hessischer Stromerzeugungsunternehmen anbelangt. Es ist so, Sie haben es in der Regierungserklärung dargestellt, dass in der Vergangenheit zwischen 6 und 7 % – ich rede von Preisprüfung und nicht von Nutzungsentgelt – beantragt worden sind und im Schnitt eine Erhöhung von 3,3 % herausgekommen ist. Sie stellen dar, Sie hätten bis zum heutigen Zeitpunkt 50 Anträge nicht genehmigt. Verehrter Herr Minister Rhiel, diese Aussage stimmt so nicht.

(Widerspruch des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Nein, sie stimmt so nicht. Sie haben bis zum heutigen Zeitpunkt nicht einen einzigen rechtsmittelfähigen Bescheid erlassen. Sie haben den Leuten lediglich mitgeteilt, dass Sie das nicht genehmigen wollen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ob Sie das wollen oder nicht – ich habe als Liberaler ein anderes Verständnis.

(Beifall bei der FDP)

Wenn heute ein Bürger einen Antrag stellt und die Sachentscheidungsvoraussetzungen erfüllt sind, dann bekommt er einen Bescheid. Dagegen kann er klagen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ein Antrag gestellt wird und sogar noch in der Weise gestellt wird, dass man sagt: „Wir wissen, dass es noch Unwägbarkeiten gibt, beispielsweise bei der Frage des Netznutzungsentgeltes“, dann erlasse ich gleichwohl einen Bescheid und nehme einen Vorbehalt, eine Auflage, eine Nebenbestimmung oder Ähnliches auf, damit der Antragsteller wenigstens etwas hat, wogegen er sich zur Wehr setzen kann. Sie haben bis zum heutigen Zeitpunkt allen Antragstellern nicht die Möglichkeit gegeben, eine gerichtliche Prüfung Ihrer Entscheidung herbeizuführen.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Margaretha  
Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN))

Das haben Sie bis zum heutigen Zeitpunkt nicht getan. Es ist Usus und völlig normal, anders zu verfahren. Wenn Sie sich heute hierhin stellen und sagen: „Wir haben 50 Anträge abgelehnt“, dann wird assoziiert: Ich habe das sogar 50-mal rechtmäßig getan. – Meine Damen und Herren, deswegen sage ich: Sie sind in der Vorrunde. Sie sind noch nicht einmal nach der zweiten Halbzeit. Es gibt nicht eine einzige gerichtliche Entscheidung.

(Dr. Christean Wagner (Lahn-  
tal) (CDU): Mit gro-  
ßer Wirkung! – Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Verehrter Herr Dr. Rhiel, Sie haben darüber hinaus Folgendes gemacht.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Verwaltungsgericht Gie-  
ßen!)

– Ja, Verwaltungsgericht Gießen. Sie wissen ganz genau, dass das ein Eilverfahren gewesen ist. Man hat versucht, Sie im Eilverfahren zu verpflichten, zu bescheiden.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie auch die Begründung des Urteils gelesen?)

Ich will hier keine Belehrungen geben. Es muss jeder selbst wissen, ob er einen solchen Antrag stellt. Dass dem Antrag nicht unbedingt Erfolg beschieden sein konnte, war nach meiner Einschätzung ziemlich durchsichtig.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

Sie haben es bis heute unterlassen, eine einzige Entscheidung zu treffen, geschweige denn hat eine gerichtliche Entscheidung das in der Hauptsache bestätigen können. Es gibt nur die Entscheidung Vattenfall. Ich komme auf das zurück, was der Kollege Frankenberger gesagt hat; das ist richtig. Wenn hier die Netzregulierungsbehörde zu dem Ergebnis kommt, dass eine solche Steigerung nicht vertretbar ist, dann wird das von uns in vollem Umfang getragen. Es wird auch Auswirkungen auf die künftigen Bescheide haben.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich diese Kritik am Verfahren äußere, bedeutet das nicht, dass wir die Position der Energieunternehmen ohne weiteres übernehmen. Aber Unternehmen haben, wie jeder Bürger, einen Anspruch darauf, so schnell wie möglich einen rechtsmittelfähigen Bescheid zu bekommen.

Meine Damen und Herren, es geht in dieser Regierungserklärung und in der Pressekampagne der Vergangenheit munter durcheinander. Ich möchte einmal unterscheiden. Es geht zum einen um die Preisprüfung, und es geht zum anderen um die Netzdurchleitungskosten. Bei den Netzdurchleitungskosten – das ist der Grund, warum wir diesen Antrag eingebracht haben – geht es auch um die Frage, wo sich in Deutschland die Standorte befinden. Denn die Entfernung zwischen Energieerzeugung und -verbrauch führt dazu, dass wir erhebliche Netzverluste haben. Deswegen bin ich der Meinung, es wäre höchste Eisenbahn für die Landesregierung, mit den Energieversorgungsunternehmen und den Energie produzierenden Unternehmen in einen Dialog einzutreten, wie man sicherstellen kann, dass Energie in Deutschland in Zukunft nicht nur in Süd- oder Norddeutschland, sondern auch in Hessen produziert werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Sie kennen die Problematik von Biblis. Darauf will ich jetzt im Einzelnen nicht eingehen. Das war schon häufig Gegenstand der Diskussion im Hessischen Landtag. Aber wir haben auch Staudinger. Sie wissen, dass die Existenz von Staudinger keineswegs gesichert ist.

Meine Damen und Herren, verehrter Herr Minister Rhiel, wo ist eine Konzeption? Wann hat ein Gespräch mit Energieversorgern stattgefunden, wo man einmal darüber nachdenkt: Kann man Kraftwerkstandorte in Hessen realisieren, um den Netzdurchleitungsverlust und damit letztlich die Netzdurchleitungsgebühren zu reduzieren?

(Beifall bei der FDP)

Es geht in diesem Zusammenhang um diese Frage. Es kann nicht sein, dass wir uns ausschließlich auf die administrativen Möglichkeiten bei den Netznutzungsgebühren und der Preiskontrolle zurückziehen. Deswegen halten wir Liberale es für notwendig, ein solches Konzept unter

Einbringung der produzierenden Unternehmen und der Energieversorger zu erarbeiten, um langfristig ein Konzept zu haben, das dazu beiträgt, die Kosten zu reduzieren und damit eine günstigere Preisgestaltung zu gewährleisten.

Sehr verehrter Herr Dr. Rhiel, ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie die Energiepolitik zu einer Grundsatzklärung genutzt haben.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Eine Achillesferse!)

Dazu muss ich ehrlich sagen: Ihre Grundsatzklärung findet sich in diesem konkreten Fall Ihres Verwaltungshandelns nicht wieder. Verehrter Herr Minister Rhiel, sehen Sie, Sie haben gesagt – da wäre es interessant, wenn Sie mir das einmal erklären könnten –, Sie vertreten eine ordoliberalen Position in Abgrenzung zum Neoliberalismus. Als ich das gelesen habe – herzlichen Dank, dass ich das früher bekommen habe –, habe ich doch einmal im „Brockhaus“ nachgesehen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das war doch nicht nötig, das muss ein Liberaler so wissen!)

– Ja, aber wenn man jemand anderem etwas beweisen will, muss man es manchmal schwarz auf weiß haben, und es darf nicht der eigene Sermon sein. Im „Brockhaus“ steht unter Ordoliberalismus ein Pfeil: siehe Neoliberalismus.

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist noch kein Beweis, wirklich nicht! – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Nein, es ist kein Beweis. Aber es wird noch interessanter, Herr Fraktionsvorsitzender. Ich möchte das zum Anlass nehmen, den Begriff des Neoliberalismus hier etwas näher vor diesem Hintergrund zu definieren, dass er kein Neoliberaler, sondern ein Ordoliberaler ist. Ich weiß immer noch nicht, was er damit meint.

(Beifall bei der FDP)

Da heißt es: Neoliberalismus ist „erstmal 1939 für eine Konferenz ...“ entworfen worden. Dann werden die Wissenschaftler genannt. Er ist eine

... wirtschaftspolitische und sozialphilosophische Lehre, die als „dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Kollektivismus im Dienst marktwirtschaftlicher Ordnung und im Zeichen einer Erneuerung und Vertiefung liberaler Ideen eine Wettbewerbsordnung anstrebt. Die Wirtschaft soll nicht, wie aufgrund des „Laissez-faire“-Prinzips, völlig ungeordnet bleiben, sondern, durch Maßnahmen des Staates gestützt und garantiert, die fruchtbaren Kräfte des Wettbewerbs voll zur Entfaltung bringen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Hat er gesagt!)

– Sie freuen sich. Er ist doch kein Neoliberaler. Er ist ein Ordoliberaler.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der SPD)

Der Neoliberalismus tritt dementsprechend für wirtschaftskonforme Eingriffe des Staates und eine auf das soziale Ganze ausgerichtete Gesellschaftspolitik ein. Er wendet sich gegen jede Art monopolisierter und gruppenegoistischer Machtentfaltung ...

(Beifall bei der FDP)

Herr Fraktionsvorsitzender, jetzt komme ich auf den Ordoliberalismus:

Die von W. Eucken begründete Freiburger Schule vertritt den Neoliberalismus in Form des Ordoliberalismus, der sozialliberal unter Festhalten am Grundsatz des Privateigentums an Produktionsmitteln und an der Privatinitiative eine marktwirtschaftlich orientierte Sozialordnung des Wettbewerbs erstrebt. In der vollständigen Konkurrenz wird die diesen Zielen am besten dienende Marktform gesehen; das reine Leistungsprinzip gewährleistet die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit mithilfe rechtsstaatlicher Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, auf diesen letzten Satz kommt es mir an. Kein Unternehmen hat bislang bei dieser Politik rechtsstaatliche Maßnahmen ergreifen können. Das ist es.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir Liberalen haben das noch einmal in den Vordergrund gestellt, weil uns schon klar ist, dass wir es hier mit einem Themenbereich zu tun haben, wo wir uns vom Übergang der Staatswirtschaft in die Marktwirtschaft befinden. Wir diskutieren die Frage demnächst im Bereich der Bahn, im Bereich der gesamten Daseinsvorsorge. Wie gestaltet man den Übergang von Staatswirtschaft, von hoheitlich organisierter Daseinsvorsorge in die Marktwirtschaft?

Dort werden wir uns immer dazu bekennen müssen, dass es dieser Regulierungsbehörden bedarf. Aber wer sich hinstellt und den Eindruck erweckt, hier handele es sich um liberale Politik, dem möchte ich die wichtigsten Kernsätze aus der eigenen Regierungserklärung vorhalten. Da heißt es: Genehmigungspflicht, Vorabkontrolle, Preisstopp, Beweislastumkehr, Netz regulieren, starke Kontrolle; ein starker Staat ist notwendig, der streng reguliert. – Meine Damen und Herren, das hat mit den hochgehaltenen Prinzipien nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Die Aussage, dass der Wettbewerb realisiert werden soll, ist ein blankes Lippenbekenntnis – zumindest nach dem heutigen Stand. Wir unterstützen Sie in der Frage der Preisprüfung unter der Netzregulierung,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist etwas Vernünftiges!)

weil wir diesen Mechanismus als notwendigen Übergangsmechanismus durchaus anerkennen und auch keine andere Möglichkeit zum Übergang von der Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft sehen. Allerdings reicht uns das nicht aus. Was wir brauchen, ist ein Konzept für die hessische Energiewirtschaft im Interesse der hessischen Verbraucher. Dies bezieht sich sowohl auf die Unternehmen als auch auf den privaten Haushalt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr Posch. – Frau Hölldobler-Heumüller, ich darf Sie für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ans Mikrofon bitten.

#### Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt kommen die Öko-Liberalen!)

Sehr geehrter Herr Dr. Rhiel, im Februar dieses Jahres habe ich Sie von dieser Stelle aus aufgefordert, eine Regierungserklärung zum Thema Wirtschaft abzugeben – eine Regierungserklärung, in der Sie für die Hessische Landesregierung darlegen, wie Sie mit den massiven Problemen umgehen wollen, die Hessen auf dem Gebiet der Wirtschaft hat.

(Nicola Beer (FDP): Auf dem Gebiet der Energie!)

– Auf dem Gebiet der Wirtschaft. Zum Energiesektor komme ich noch.

Ich hatte gehofft, dieser Wirtschaftsminister würde irgendwann im Laufe dieser Legislaturperiode einmal erzählen, was sich denn die Hessische Landesregierung im Wirtschaftssektor vorstellt – angesichts der Probleme, die da sind: Hessen als Schlusslicht aller Bundesländer – ob Ost oder West – beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Hessen, das beim Wirtschaftswachstum einmal an der Spitze aller Bundesländer lag, befindet sich beständig auf dem absteigenden Ast. In Hessen fordern die Unternehmerverbände inzwischen dringend einen Wechsel in der Schulpolitik,

(Ministerin Karin Wolff: Was?)

weil das hessische Schulsystem ein unglaubliches Potenzial an berufs- und bildungsfähigen Jugendlichen brachliegen lässt.

In Hessen soll demnächst der ÖPNV platt gemacht werden, weil der Ministerpräsident in Berlin den Kürzungen zugestimmt hat.

Angesichts all dieser Probleme haben Sie die Traute, sich hierhin zu stellen und in Ihrer Regierungserklärung zu erzählen: Der Schwerpunkt, den sich die Hessische Landesregierung in den letzten zwei Jahren in der Wirtschaftspolitik gesetzt hat, ist der Kampf gegen überhöhte Strom- und Gaspreise.

Herr Dr. Rhiel, angesichts all dieser Probleme fällt mir dazu nichts ein. Hier wird klar, warum Hessen wirtschaftlich überhaupt nicht mehr vorankommt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Theatralisch erklären Sie, eine weitere Erhöhung der Strompreise hätte das Wachstum der Binnennachfrage abgewürgt. Sie beschreiben die Benachteiligung Hessens als Wirtschaftsstandort. Es geht hier – bei Zahlen beziehe ich mich immer auf Ihre Zahlen, damit wir an dieser Stelle nicht lange herumstreiten müssen – um einen Betrag von 3 € im Monat für einen durchschnittlichen Haushalt, 40 € pro Jahr.

Ich will nicht bestreiten: In diesen Zeiten ist das durchaus Geld. Um aber in Ihrem Bild zu bleiben: Das ist gerade einmal ein Reifen vom Vectra oder vom Astra.

(Michael Boddenberg (CDU): Aha!)

Aber wie viele Hessen werden sich im nächsten Jahr nicht nur einen neuen Reifen kaufen müssen, sondern gleich noch drei dazu und auch noch den Rest des Autos, weil Sie beispielsweise keine ÖPNV-Verbindung mehr aufrechter-

halten und die Leute sehen müssen, wie sie zu ihren Arbeitsplätzen gelangen?

Ist Ihnen klar, dass dieser Betrag höher ist als der Betrag, um den sich eine durchschnittliche Schülermonatskarte verteuern wird, wenn die Preiserhöhungen zuschlagen werden? Ist Ihnen auch klar, dass Sie Mitglied eines Kabinetts sind, von dem ein anderes Mitglied, Ihr Kollege Corts, gerade beschließen will, Studenten – ganz nebenbei auch Energieverbraucher, und denen spart Ihre Aktion ca. 2 € im Monat – auf der anderen Seite im Monat 83 € aus der Tasche zu ziehen? Sie aber stellen sich hierhin und wollen sich als der Rächer der Witwen, Waisen und Entlebten feiern lassen. Das ist unglaublich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Lassen Sie also die Kirche im Dorf. Dass Sie sich gegen ohne Zweifel überhöhte Strom- und intransparente Netzentgelte einsetzen, ist die konsequente Anwendung des Energiewirtschaftsgesetzes – ich glaube, das ist Konsens unter allen Parteien.

(Michael Boddenberg (CDU): Diesen Eindruck hatte man jetzt aber nicht!)

Über die Urheberschaft dieses Gesetzes brauchen wir hier nicht zu streiten. Grundlage sind die Binnenmarkt-richtlinien der EU. Es handelt sich um ein rot-grünes Bundesgesetz mit hessischen Komponenten – die Sie als Verhandlungsführer im Bundesrat hineinverhandelt haben.

(Michael Boddenberg (CDU): Und zwar die entscheidenden!)

Dieses Gesetz hat also viele Väter und Mütter. Es ist Ihr Job als Wirtschaftsminister, dieses Gesetz jetzt anzuwenden. Das ist aber kein Stoff für ein Heldenepos des Dr. Alois Rhiel, als den Sie das hier verkaufen wollen.

Seit Dezember lassen Sie sich in immer gleich lautenden Presseerklärungen als Kämpfer gegen die Strom-Multis feiern. Inhaltlich ist das schlicht und ergreifend falsch. Denn die Netzentgelte der großen Energiekonzerne werden von der Bundesnetzagentur kontrolliert – auch wenn Sie das vielleicht gerne selbst machen würden. Es geht um kommunale und private Stromversorgungsunternehmen mit weniger als 10.000 Kunden, nicht um die Multis.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Falsch, 100.000!)

– Sehr richtig, 100.000, vielen Dank.

Dann verwendeten Sie eine kernige Formulierung: Die Energieverbraucher dürften nicht länger die „Melkkühe der kommunalen und der privaten Anteilseigner der Stromunternehmen“ sein. An dieser Stelle verschweigen Sie ganz vornehm, dass Sie bis 2002 – nämlich bis zum Eintritt in die Hessische Landesregierung – als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender eines Energieunternehmens, nämlich der ÜWAG, zu den Nutznießern genau dieses Melkens gehört und dass Sie gerne Ihren städtischen Säckel aufgehoben haben, um die Ausschüttungen der Energieversorger einzustreichen. Jetzt aber schreiben Sie: Auch Kommunalpolitiker, die für Städte und Landkreise in den Aufsichtsgremien von Strom- und Gasunternehmen sitzen, haben eine Verantwortung gegenüber den Kunden, die ja ihre Bürger sind.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Richtig!)

Einige sollten mehr an die Bürger und weniger an die Gewinne der Stadtwerke denken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Rhiel, dazu hatten Sie reichlich Gelegenheit, als Sie in der ÜWAG saßen – aber da war nichts davon zu hören, gar nichts.

(Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

Aber wir wissen, dass gewisse amnesische Züge ein wichtiges Kriterium sind, um Mitglied einer CDU-Landesregierung zu werden.

(Michael Boddenberg (CDU): Fahren Sie auch im ÖPNV?)

Es soll Menschen geben, denen wäre ein solcher parteipolitischer Gesinnungswandel zumindest peinlich oder erklärungsbedürftig, aber die Schamgrenzen der CDU-Politiker sind ja relativ hoch.

Halten wir also fest: Sie machen Ihren Job als Wirtschaftsminister, indem Sie geltendes Recht anwenden. Aber wie Sie das tun, das trägt schon die aus anderen Verfahren hinreichend bekannten Züge – Herr Posch hat das ausführlich erläutert –: Es gibt großes Mediengetöse, gepaart mit handwerklicher Unfähigkeit und führt zu größtmöglicher Verunsicherung aller Beteiligten.

Das erinnert mich fatal an das Gewürge, das Sie mit dem Sparkassengesetz betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Dr. Alois Rhiel: Die Verbraucher sehen das aber anders!)

Ihr Job ist es, die Anträge der Stromunternehmen zu prüfen. Bis heute ist nicht klar, ob Sie das überhaupt getan haben. Nach welchen Kriterien wollen Sie das getan haben? Im September 2005 wurden diese Anträge gestellt. Herr Posch hat es gesagt: Bis heute ist kein einziger davon rechtmäßig beschieden.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb klagen inzwischen die ersten Unternehmen. Im Dezember 2005 haben Sie die Ankündigung der Ablehnung versandt. Im Januar hieß es, die ersten Bescheide werden in Kürze versandt. Im April hieß es: im Mai. Im Mai hieß es: im Juni. Im Juni kam eine Presseerklärung, nach der zwei Drittel der Anträge geprüft seien. Man könnte meinen, Sie haben null Ahnung von dem, was in Ihrem Ministerium eigentlich vor sich geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Ich kann den Stapel Ihrer Presseerklärungen hoch halten, die seit dem 18.12.2005 verkünden, alles werde abgelehnt, es gebe eine Strompreissenkung von 10 %.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Das nenne ich: Ankündigungspopulismus statt Taten. Da wird viel erzählt und wenig gehandelt. Bisher ist noch nichts davon Wirklichkeit geworden, was dort auf viel Papier gedruckt worden ist.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Das sehen die Verbraucher aber anders!)

– Ja, leider lassen sich die Verbraucher von Ihnen für dumm verschaukeln.

(Zurufe des Ministers Dr. Alois Rhiel und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sind Sie nicht Mitglied dieser Hessischen Landesregierung, die immer auf kurze Genehmigungszeiten setzt? Sie aber kriegen das nicht hin – weder sachlich fundiert, schon gar nicht begründet –, und damit lassen Sie die kommunalen Energieversorger im Regen stehen, die seit einem halben Jahr keinerlei Planungssicherheit haben.

(Clemens Reif (CDU): Die Armen!)

Nun will ich den kommunalen Stromversorgern keinen Heiligenschein aufsetzen, auch die wollen ihr Schäflein ins Trockene bringen. Aber dass sie seit einem halben Jahr nicht mehr planen können, das ist – das sollten Sie, Herr Reif, als Unternehmer wissen – eine Zumutung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran hängen auch etliche kommunale Aufgaben.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Schwimmbäder, Sportstätten, Kulturförderung – die wissen genauso wenig, wie es weitergehen wird. Außerdem fördern die kleinen Energieversorger auch Innovation. Als Wirtschaftsminister sollten Sie eine Antwort darauf haben, wie das nun weitergehen könnte.

Inhaltlich kann man die Frage stellen, ob man diese Förderung will. Darüber kann man diskutieren. Dazu aber habe ich von Ihnen nichts gehört. Stattdessen stellen Sie sich hier vorne hin und sagen, Sie wollen keine Quersubventionierung durch private und kommunale Träger mehr haben, Sie wollen über die Quersubventionierung keine Zahlungen mehr für Sport, Kultur und Schwimmbäder.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Zulasten des Sozialstaats!)

Dann erwähnen Sie die Buslinien. Was ich da gelesen habe, ging mir über die Hutschnur. Sie stellen sich hierhin, retten dem Bürger 3 € im Monat, bravo – aber wissen Sie, wer die Zeche der Busausschreibungen gezahlt hat? Das sind die Familien der Busfahrer; denn bei deren Löhnen wurde das eingepart.

Wir sind durchaus für Ausschreibungen, wenn das zu Qualitätsverbesserungen führt; wenn das aber letztendlich allein auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird,

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

dann ist das wirklich das schlechteste Beispiel und zeigt, wie krude Ihre Argumentation an dieser Stelle ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Dann müssen Sie auch sagen, Sie wollen, dass die Kommunen zukünftig hier Steuern zahlen, statt andere Aufgaben zu subventionieren, und diese Steuern gehen an Bund und Länder. Wenn man sich aber dazu äußern wollte, müsste man einen Plan haben. So kennen wir Sie als Wirtschaftsminister: vorpreschen, die Presse mit verwirrenden Informationen eindecken – und Ratlosigkeit zurücklassen. Keine Pläne, geschweige denn Pläne, die zu Ende gedacht sind, oder Handlungen, die abgeschlossen sind. Zögern, zaudern, vollmundige Ankündigungen – Hauptsache, es steht etwas in der Presse.

Bei den Grundgedanken sind wir uns ja einig.

(Michael Boddenberg (CDU): Das behaupten alle andauernd!)

Ich habe es vorhin schon einmal gesagt: Natürlich wollten wir als GRÜNE schon immer Transparenz bei den Strompreisen – nicht nur bei den Strompreisen, sondern wir

wollen auch eine Kennzeichnung, wir wollen wissen, woher der Strom kommt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wie wollen Sie das denn machen? Strom ist doch keine Materie!)

Wir wollen Wahlfreiheit für die Verbraucher. Wir finden die freie Wahl der Stromanbieter, die jetzt möglich ist, Klasse – denn dann kann man endlich auf Atomstrom verzichten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollten eine Bundesnetzagentur – Sie wollten, dass die Länder mitmischen. Wie glorreich das ist, das dürfen Sie jetzt selbst feststellen. Sie werden sehen, dass wir Recht hatten. Sie wollen sich hier jubelnd für die Kostensenkungen feiern lassen, die angedacht waren. Dabei muss man sagen: Nach Ihrer Rede hat nicht einmal die halbe CDU-Fraktion geklatscht, mit Feiern war da nicht viel.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Die Reduzierungen bei den Strompreisen haben sich in dem Moment abgezeichnet, als die EU beschlossen hatte, dass es dort eine neue Gesetzesgrundlage geben muss. Das ist also durchaus nicht die Erfindung des Ministers Rhiel.

Wir alle wissen, die Netzentgelte sind viel zu hoch. Die großen Unternehmen haben 45 Millionen € eingenommen und 25 Millionen € ausgegeben.

(Clemens Reif (CDU): Was hätten Sie denn gemacht?)

Sie jammern auf einem hohen Niveau. Aber wir haben die Sorge, dass die Basis, auf der sich die öffentlichen und die kommunalen Träger bewegen, brüchiger wird. Dann muss man Antworten haben.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wir haben Sorgen, dass die Kleinen wegfallen und am Schluss nur noch die Monopolisten übrig sind.

(Clemens Reif (CDU): Sie wollen die Preise erhöhen!)

Aus der Zeit Rhiels als Oberbürgermeister stammt die Idee, dass sich kommunale Unternehmen so genannte strategische Partner suchen. Nun raten Sie einmal, an wen er gedacht hat. Die Stadt Fulda zog sich die Thüga an Land, bekanntermaßen eine Tochter der E.ON. So viel zum Wettbewerb und zur Monopolisierung. Von daher geht bei den kommunalen Energieversorgern die Angst um, dass sie geschwächt werden sollen,

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

den Großen letztendlich zum Fraß vorgeworfen werden und dass der Hessische Ministerpräsident da seine Finger mit im Spiel hat.

Wie ernsthaft Sie die Wettbewerbsfragen bei den Netzen nehmen, wird sich an Ihrem Umgang mit unserem Antrag zum Breitbandnetz im nächsten Plenum zeigen. Da geht es nämlich genau um die Frage: Schutz eines Monopols oder Wettbewerb? Ich bin gespannt auf ihre Positionierung. Denn Ihrer hier so vehement nach außen getragenen Wettbewerbslogik folgend, müssen Sie zustimmen. Das wäre ein Sieg für den Wettbewerb und ein Sieg für die Verbraucher.

Natürlich wollen wir GRÜNEN nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen Transparenz und eine Regulierung der

Stromnetze, sondern auch aus ökologischen Gründen. Denn die diskriminierungsfreie Einspeisung, z. B. von alternativen Energien, bis hin zum Erwerb ganzer Stromnetze, ist erst möglich, seit die Regulierungsbehörde ihre Finger auf den Preisen hat. Selbstverständlich bleibt unser vordringlichstes Ziel als GRÜNE – das ist immer noch der sinnvollste Weg, zu sparen – eine Reduzierung des Energieverbrauchs.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

So kann an dieser Stelle auch mit mancher Mär aufgeräumt und Vattenfalls Argumentation, dass die hohen Kosten für Windenergie die Preise nach oben getrieben hätten, ad absurdum geführt werden. EEG und Ökosteuern wurden immer wieder als Preistreiber genannt. Der Anteil der Netzkosten am Strompreis beträgt 40 % – Zahlen Rhiel. Das wurde mit der ersten Entscheidung der Bundesnetzagentur amtlich, die Vattenfall die Netzentgelte um 18 % abgesenkt hat. Dann erweist es sich als hohle Plattitüde, wenn Dr. Rhiel davon spricht – und die CDU dazu klatscht –, ein besonderer Preistreiber seien die staatlichen Abgaben, die die rot-grüne Bundesregierung in die Höhe geschraubt habe, um ihr Haushaltschaos auszugleichen.

Zum Gasmarkt. Am Gasmarkt wird sich nur langsam ein wirklicher Wettbewerb entwickeln. Wir unterstützen die Absicht des Ministers, den Kundinnen und Kunden weiter die Möglichkeit zu erhalten, nach § 315 BGB den Einwand der Unbilligkeit gegen Gaspreiserhöhungen erheben zu können. Das ist bisher so. Das soll so bleiben. Genau daraus resultieren die Kartellverfahren, die Sie sich hier an die Brust heften.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Das ist gelungen!)

– Das An-die-Brust-Heften finde ich sehr mäßig gelungen, aber dass Sie da eine andere Sichtweise haben und sich ganz Klasse finden, das wissen hier alle. Aber Ihre eigenen Leute fanden es, wie gesagt, des Klatschens nicht wert.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Am Gasmarkt zeigt sich deutlich die Problematik, die durch den Verkauf von Netzstrukturen an Private entsteht. Es verhandeln nämlich die Gasmonopolisten in Deutschland quasi mit sich selbst. Von daher hoffen wir, dass sich die Bundesnetzagentur gegenüber den Netzbetreibern durchsetzt und einen echten und freien Netzzugang ermöglicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das allerdings löst das Grundproblem nicht, nämlich dass wir mit den endlichen Ressourcen anders umgehen müssen, dass wir konsequent Energie sparen müssen und dass wir auf die alternativen Energien setzen müssen. Davon war in Ihrer Rede, die angeblich zur Energiepolitik ging, kein Wort, es gab kein Konzept, gar nichts. Ihre Regierungserklärung sehe ich als einen Akt der Verzweiflung an, denn die Liste Ihrer Misserfolge ist lang.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Minister Dr. Alois Rhiel: Sie werden grundsätzlich!)

– Ja, ich werde noch einmal grundsätzlich. Das haben wir bei Ihnen vermisst, Herr Dr. Rhiel. Sie haben nicht einmal auf die Fragen geantwortet, die heute aus dem Plenum gekommen sind. Sie haben keine Antworten gegeben. Sie haben Ihre vorgefertigte Rede abgelesen und sind nicht

einmal in der Lage, frei auf die Themen zu antworten, die im Laufe des Plenums aufkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Was machen Sie denn? – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter (SPD): Warten Sie auf die zweite Runde!)

Bleiben wir bei der Liste Ihrer Misserfolge.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Von Ihren sämtlichen Planungsvorhaben haben Sie bisher kein einziges zu Ende führen können, kein einziges.

(Heiterkeit bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Deswegen ändern wir auch das Planungsrecht!)

Angesprochen worden sind die Planungen zur A 44. Angesprochen worden ist das Eilverfahren dazu.

(Dieter Posch (FDP): Na, na, na!)

Die A 49 ist angesprochen worden. Da waren Sie auf eine Legion von Kammolchen angewiesen, damit Sie nicht nur die naturverträglichste, sondern auch die kostengünstigste Planungsvariante fanden.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD) – Dr. Thomas Spies (SPD): Da rollen doch schon seit Jahren die Bagger! – Minister Dr. Alois Rhiel: Er muss es wissen, er wohnt da!)

Sie bringen den Flughafen nicht voran, was uns als GRÜNE nun wirklich freut. Es gibt keinen fertigen Landesentwicklungsplan. Es gibt kein Sparkassengesetz.

(Heiterkeit des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Dann liegen Sie auch noch mit dem Ministerpräsidenten über Kreuz. Sie haben sich gegen die Kürzung der Regionalisierungsmittel ausgesprochen. Er stimmt zu. Also: Sodom und Gomorrha in der Hessischen Landesregierung, was die Wirtschaftspolitik betrifft.

Sich in dieser Regierungserklärung damit zu brüsten, dass Sie in der Lage sind, die Buchstaben eines Gesetzes zu erfüllen,

(Dr. Thomas Spies (SPD): Das ist viel wert bei der CDU in Hessen!)

macht deutlich, dass Sie Ihrer Aufgabe als hessischer Wirtschaftsminister in keiner Weise gewachsen sind. Die Komplexität dieses Amtes scheint Sie komplett zu überfordern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

Denn Sie sind kein Referent für Energiepreise und auch kein Bändchen-Durchschneider für die Region Fulda. Da sagt man inzwischen: Da wird um jeden Pflasterstein ein Bändchen gemacht, damit es der Wirtschaftsminister durchschneiden kann. – Ich dachte, dass Sie eigentlich andere Aufgaben haben.

(Heiterkeit bei der SPD – Minister Dr. Alois Rhiel: Sie sind doch immer dabei!)

– Ich bin eben nicht dabei, Herr Dr. Rhiel, weil ich wirklich anderes zu tun habe. Ich kann nur sagen: Meine Parteifreunde sind immer wieder erstaunt, wie viel Zeit ein

hessischer Wirtschaftsminister für rot-weiße Bändchen hat.

(Heiterkeit bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Früher ist hier gar nichts durchgeschnitten worden!)

Wenn ich dann erkläre, wie die wirtschaftliche Lage in Hessen ist, verstehen sie, warum das so ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es wäre dringend Zeit, dass Sie sich einmal um die hessische Wirtschaftspolitik kümmern und sich nicht ein Feld herausgreifen, wo Sie gerade einmal Ihren Pflichten nachgehen.

Dann kann ich gleich noch etwas zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU sagen, der hier eingereicht worden ist. Das ist die gleiche Lobhudelei. Das ist nicht nötig, weil Herr Dr. Rhiel sich selbst lobhudelt. Also, Sie loben ihn, wenn er seinen Job macht. Wunderbar. Aber es geht hier um juristische Entscheidungen. Herr Posch hat es angesprochen. Wie soll der Landtag das entscheiden, ohne dass es genau geprüft worden ist? Es ist doch hanebüchen, hier so einen Antrag zu stellen. Das zeigt, dass Sie die Dinge nicht ernst nehmen. Von daher werden wir diesen Antrag selbstverständlich ablehnen.

Auch wenn mir die Rede des Herrn Posch in großen Teilen ganz gut gefallen hat, muss ich doch sagen, dass wir auch den Antrag der FDP betreffend Energieversorgung ablehnen werden. Denn wir fragen uns: Was soll eine energiepolitische Konferenz, auf der die FDP ganz entgegen ihrer Gewohnheit die alten Zustände zementieren will, die es schon immer gab?

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sonst gebärden Sie sich doch immer freiheitlicher. Wir glauben, dass man das Thema Energie mit den üblichen parlamentarischen Mitteln gründlich bearbeiten kann und sollte und dass es darum geht, auch in diesen Bereichen neue Strukturen zu finden. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Hölldobler-Heumüller. – Herr Boddenberg, Sie haben als Nächster für die CDU-Fraktion das Wort.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gerne zwei Punkte der Vorredner aufgreifen. Zu der Kritik der FDP und auch zu der Kritik, die Sie gerade hinsichtlich der Bescheide und der Rechtsförmlichkeit des Verfahrens geäußert haben, will ich nur so viel sagen: Wenn Sie die Presse in den letzten Wochen und Tagen richtig gelesen haben – das hat der Wirtschaftsminister öffentlich mitgeteilt –, dann haben Sie festgestellt, dass von den 37 Antragstellern zwei Drittel der Anträge geprüft worden sind und entschieden worden ist, wie man damit umzugehen hat. Es hat entsprechende Ankündigungsschreiben in deren Richtung gegeben. Am Ende hat es einen Fristverlängerungsantrag vonseiten der Unterneh-

men gegeben. Insofern verstehe ich die Kritik nicht so ganz. Aber das sage ich nur der guten Ordnung halber, was die Rechtsförmlichkeit anbelangt.

Herr Posch, eines muss ich bei Ihnen zunehmend feststellen, und ich freue mich darauf, dass Sie uns das irgendwann einmal erklären. Sie haben in Ihrer Rede durchaus zu Recht auf das eine oder andere hingewiesen, was den Strom und die Energie an verschiedenen Stellen verteuert. Aber mittlerweile sind Sie offensichtlich gegen alles, was in Richtung Haushaltskonsolidierung im Bund und in den Ländern geht.

(Zuruf des Abg. Dieter Posch (FDP))

Denn Sie sagen: „Ökosteuer weg, die Energiewirtschaft geht in die falsche Richtung, wenn Sie über die Stromrechnung Sonderfördertatbestände finanzieren.“ Sie sind gegen die Mehrwertsteuererhöhung. Sie sind gegen die Kürzung der Regionalisierungsmittel, Sie sind am Ende dafür, dass die Steuern weiter gesenkt werden. Irigendwann müssen Sie uns einmal erklären, wie das mit dem Zaubern in der Haushaltspolitik geht.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Ich freue mich schon jetzt auf die Haushaltsdebatten mit Herrn von Hunnius, der uns möglicherweise einmal erklärt, wie Sie das alles machen wollen.

Meine Damen und Herren, ich finde, zunächst einmal haben wir alle miteinander Grund, uns über das zu freuen, was wir in den letzten Tagen in der Zeitung lesen konnten, nämlich dass es in Hessen keinen Anstieg der Strompreise in der beantragten Form geben wird. Der Minister hat auch auf die über drei Millionen Verbraucher hingewiesen, die davon positiv betroffen sind, wenngleich ich glaube, dass er nie behauptet hat, dass das vor dem Hintergrund der ausufernden Entwicklung der Strompreise aufgrund anderer Quellen am Ende in Summe zu einer Strompreissenkung führen wird, Stichwort: Ölmarkt und anderes mehr. Aber ich finde, das sind gute Nachrichten. Darüber sollten wir uns doch zunächst einmal gemeinsam freuen. Ich glaube, im Grunde genommen haben Sie heute alle zu erkennen gegeben, dass es Sie ärgert, dass das eine sehr erfolgreiche Politik war und ist,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie retten es nicht mehr, Herr Kollege! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie ist nicht erfolgreich!)

die den Minister in dieser Frage über die hessischen Grenzen hinaus an verschiedenen Stellen zu einem sehr gefragten Gesprächspartner gemacht hat.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Am Ende wird abgerechnet, Herr Minister!)

Sie können heute täglich landauf, landab in den Zeitungen lesen, dass andere Landeswirtschaftsminister ihn fragen, wie er zu dieser Haltung kommt, und ihm am Ende genau auf diesem Wege folgen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er wollte etwas zum Brockhaus sagen!)

– Herr Hahn, das machen wir nachher.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will sogar noch einen Satz auf die SPD verwenden. Herr Frankenberger, ansonsten fand ich den Beitrag im Ergebnis einfach unbefriedigend. Ich habe ein paarmal dazwischengerufen. Sagen Sie doch endlich, dass Sie die Strompreise erhöhen wollen, um kommunale Unterneh-

men über Wasser zu halten. Anders kann ich das nicht deuten. Aber ich will Sie darauf hinweisen, dass selbst die rot-rote Landesregierung der Bundeshauptstadt Berlin so weit ist, dass sie erkannt hat, dass die Netzentgelte zu hoch sind und dass man auch bei den kommunalen Unternehmen korrigierend eingreifen muss. Insofern könnte man an der Stelle den Schluss ziehen, die hessische SPD hat den rot-rot-grünen Senat in Berlin sogar links überholt. Das macht Ihnen so schnell keiner nach.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welcher grüne Senat?)

Aber ich glaube, das ist der rote Faden, der von den Menschen draußen erkannt wird.

Meine Damen und Herren, wir reden über den Strommarkt. Wenn man über den Strommarkt redet, muss man auch über die aktuelle Situation reden. Sie alle haben zwar beklagt, dass der Strom zu teuer ist. Auch Herr Posch hat das getan. Herr Posch, wir müssen aber auch darüber reden – da muss man mit Zahlen aufwarten –, dass die Kosten für Strom und Energie für viele Unternehmen existenziell bedeutend sind.

Das kann z. B. der kleine Handwerksbetrieb sein. Ich bin in einer derjenigen Branchen beheimatet, deren Unternehmen sehr davon abhängig sind, dass sie ihre Stromrechnung noch bezahlen können. Ein kleiner Metzger- oder Bäckerbetrieb, der einen Umsatz in Höhe von einer halben Million Euro hat, muss mittlerweile damit rechnen, dass der Anteil der Energiekosten 8 bis 10 % beträgt. Dabei hat er einen Rohertrag vor Steuern von 3 bis 5 %. Sie können demnach also ermessen, über welche Dimension wir dabei reden.

Es geht dabei auch um Aluminiumwerke. In Hessen sind das leider nicht so viele. Aber es gibt auch in Hessen in vielen Branchen Unternehmen, die existenziell auf wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen sind. Opel wurde vor ein bis eineinhalb Jahren in diesem Zusammenhang sehr häufig genannt. Ich glaube, da können wir nicht wegsehen.

In der Summe kann man sagen, dass folgende Lesart gilt: Die Statistik zeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Vergleich auf dem vorletzten Platz liegt. Ich meine das im negativen Sinne. Im Vergleich ist der Strom hier also überteuert. Im Vergleich kann man erkennen, dass die Strompreise in Deutschland 47 % über denen in Frankreich liegen. In Deutschland ist der Strom sogar um 81 % teurer als in Großbritannien. Insbesondere ist der Strom in Deutschland aber auch wesentlich teurer als in den nordamerikanischen Volkswirtschaften. Insofern gibt es sehr viele gute Gründe, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen.

Während wir zunächst nach Beginn der Liberalisierung in den Jahren 1998 bis 2000 einen Rückgang der Strompreise in Höhe von 30 % zu verzeichnen hatten, müssen wir mittlerweile feststellen, dass die Strompreise im Vergleich des Jahres 1998 mit heute insgesamt um 15 % gestiegen sind. Das ist etwas, was uns alle, auch die Mitglieder der Sozialdemokraten, wachrütteln sollte.

Damit möchte ich zu meiner nächsten Aussage kommen. Es ist mir zunächst einmal vollkommen gleich, welches Unternehmen zu dieser Entwicklung beiträgt. Vielmehr haben wir überall dort, wo wir Einfluss haben – den haben wir an verschiedenen Stellen –, politisch entsprechend zu handeln.

Ich will auch sagen, dass wir bei den Haushalten in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts, also vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2006, einen Anstieg der Strompreise um 20 % zu verzeichnen haben. Das liegt weit oberhalb der allgemeinen Preisentwicklung.

Herr Posch, ich bin damit einverstanden, dass wir auch über die Verteuerung der Energiepreise aufgrund politischer Maßnahmen reden müssen. Ich sage es aber noch einmal: Ich bin nicht damit einverstanden, dass Sie so tun, als müsse man das jeweils für sich isoliert betrachten. Wenn man das insgesamt sieht, ergibt sich nämlich, dass Sie nicht die Frage beantworten können, wie man das dann im Blick auf die öffentlichen Haushalte ausgleichen soll.

Über alle diese Dinge kann man streiten.

(Unruhe)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Boddenberg, ich darf Sie für einen Moment unterbrechen. – Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe. – Danke schön.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keiner hört ihm zu; es lohnt sich auch nicht!)

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Kaufmann, über all diese Dinge kann man streiten. Man kann aber nicht darüber streiten, dass es bei den Preisen sehr unterschiedliche Strukturen gibt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, ich kann über alles streiten!)

Hier wurde sehr häufig über die großen und die kleinen Energieversorger gesprochen. Ich will Ihnen deswegen folgendes Beispiel nennen: Es ist einem Verbraucher nicht zu erklären, weshalb der Verbraucher, der in Frankfurt wohnt, einen wesentlich höheren Preis zu zahlen hat als der Verbraucher, der die gleiche familiäre Struktur und den gleichen Stromverbrauch hat und in Bad Homburg wohnt, obwohl der Lieferant der gleiche ist. – In diesem Fall ist es die Süwag. Herr Frankenberger, Sie haben hier immer große und kleine Unternehmen gegeneinander gestellt. Deswegen muss man auch einmal sagen, dass die Süwag zu 70 % der RWE gehört.

Ich frage Sie deshalb: Wie wollen Sie das voneinander trennen? – Ich sage deshalb noch einmal: Wenn wir darüber reden, dann müssen wir über alle Unternehmen reden.

Wir müssen tatsächlich auch über den Querverbund reden. Wir müssen darüber reden, dass die Kommunalpolitiker und die Verbraucher einen Anspruch auf Transparenz in den öffentlichen Haushalten haben. Ich möchte hier jetzt noch einmal die Stadt Frankfurt als Beispiel nennen. Wir müssen auch darüber reden, dass die Mainova einen Gewinn in Höhe von 30 Millionen € vor Steuern ausweist und dass im Rahmen der Stadtwerke-Holding ein Verlust von über 40 Millionen € abgedeckt wird. Das hat sehr viel mit dem Betriebsergebnis der Mainova, aber auch sehr viel mit den Verlusten der Verkehrsbetriebe zu tun.

Jetzt könnte man sagen: Okay, das lassen wir so laufen, darüber breiten wir ein großes Tuch aus, und keiner merkt es. – Ich finde aber, wir brauchen da Transparenz. Danach können wir entscheiden, wie wir wollen. Das hieße dann aber auch, dass man deutlich macht, dass der öffentliche Personennahverkehr in Wahrheit sehr viel stärker subventioniert wird, als das beispielsweise auch von den GRÜNEN immer wieder behauptet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin sehr einverstanden, dass wir auch über den Wettbewerb und die Monopolstrukturen reden. Auch dabei sollten wir nicht nur über die vier großen Unternehmen reden. Wir sollten dabei auch über die vielen kleinen Unternehmen sprechen, die sich an vielen Stellen ähnliche Strukturen geschaffen haben und häufig Sozialdemokraten als Zeugen dafür gewinnen, dass es anders gar nicht sein könnte.

Die Idee, die hinter der Förderung des Wettbewerbs steht, ist auch und gerade eine Idee der Europäischen Union. Frau Hölldobler-Heumüller, das haben Sie zu Recht gesagt. Ich finde, bei manchen Themen kann man über die Europäische Union schimpfen. Zu manchen Punkten muss man aber auch sagen, dass sich das in die richtige Richtung bewegt. Herr Hahn, ich will jetzt gar nicht den Streit aufgreifen – und dabei auf den Brockhaus zurückgreifen –, welche Unterschiede es zwischen Neo- und Ordoliberalismus gibt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Brockhaus!)

– Das Stichwort „Brockhaus“ habe ich schon genannt. – Darüber möchte ich aus folgendem einfachen Grunde keinen Streit führen: Ich glaube, wir alle haben ein sehr entwickeltes Verständnis der unterschiedlichen Wirtschaftsformen. So sind wir sozialisiert.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Liberal ist liberal, und konservativ ist konservativ!)

Wir haben alle aber eine gemeinsame Auffassung hinsichtlich der Frage, wie der Wettbewerb unter ordnungspolitischen Grundsätzen funktionieren soll.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und Ecuador ist Ecuador!)

Wir unterscheiden uns da nur in Nuancen. Der eine sieht es so, der andere so.

Früher hat der Europäische Gerichtshof in seinen Urteilen häufig verlauten lassen, dass es hinsichtlich der Energieversorgung zu Ausnahmen hinsichtlich des Wettbewerbsrechts kommen kann. Das ist aber 20 oder 25 Jahre her. Mittlerweile hat man zu Recht festgestellt, dass die Wirtschaft, die hinter der Energieversorgung steht, reifer geworden ist. Sie ist wettbewerbsfähiger geworden. Außerdem ist es ein sehr hohes Gut, die Wahlfreiheit der Kunden herzustellen. Das ist ein sehr hehres Ziel, das sowohl für die europäische als auch für die nationale Ebene gilt.

Ich bin deswegen froh, dass die Europäische Union dazu beigetragen hat, dass man sich hinsichtlich der Energiepolitik der Sichtweise annähert, sich den internationalen Wettbewerbsstandards anzupassen. Damit können europäische Unternehmen zunehmend Wettbewerber großer Unternehmen aus Übersee werden, insbesondere solcher, die in den Vereinigten Staaten angesiedelt sind.

Das hat man also erkannt. Es gibt aber auch einige wesentliche Voraussetzungen, wie man das dann hinbe-

kommt. Wie bekommt man es hin, dass der Wettbewerb funktioniert, aber gleichzeitig geregelt ist? Ich finde, in diesem Zusammenhang muss man zunächst einmal die Frage stellen: Ist es eigentlich weiterhin in Ordnung, dass bei uns das Netz, das operative Geschäft, die Erzeugung und der Vertrieb des Stroms in einer Hand sind? Ich bin sehr dafür, dass wir das zulassen, aber nur für den Fall, dass es an den jeweiligen Schnittstellen zu einer klaren Trennung kommt.

Ich habe mit dem Vorstandsvorsitzenden gesprochen, dessen Unternehmen hier eben angesprochen wurde. Ich sage, das, was er gemacht hat, ist nicht in Ordnung. Er hat gesagt: Lieber Wirtschaftsminister, wir haben da ein Problem, gestatte deshalb eine Preiserhöhung. – Im Hintergrund steht aber ein Unternehmen, das das Netz betreibt und damit ordentlich Geld verdient.

Ich finde, das dürfen wir nicht zulassen. Der hessische Wirtschaftsminister zeigt da eine klare Linie. Seine Handschrift ist da deutlich. Ich finde, wir sollten ihm auch für den Mut danken, mit den eigenen Parteifreunden so zu reden und so zu verfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Posch hat die Frage der Daseinsvorsorge angesprochen. Es ist doch mittlerweile Allgemeingut, dass wir die Daseinsvorsorge heute, also im Jahr 2006, anders definieren müssen. Wir haben lange darüber gestritten, als wir über die Änderung des § 121 Hessische Gemeindeordnung gesprochen haben. Damals gab es noch Meinungsunterschiede. Aber ich glaube, wir sind einen Schritt weitergekommen. Denn wir haben inzwischen gesagt: Das, was die Privaten besser können, soll die öffentliche Hand bitte bleiben lassen.

Jetzt gibt es aber noch das Problem der Übergangsfrist. Da unterscheiden sich die FDP und die CDU sicherlich hinsichtlich der Fragen der Dauer und der Geschwindigkeit solcher Prozesse.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jawohl!)

Ich will ausdrücklich sagen, dass wir meiner Meinung nach alle langsam, aber sicher zu der Erkenntnis kommen müssen, dass die Daseinsvorsorge heute nicht mehr damit verbunden ist, dass die kommunale Ebene oder die öffentliche Hand die Leistung erbringen muss. Vielmehr muss die öffentliche Hand Gewährträgerin für die Erstellung der Leistung sein. Aber sie muss sich aus vielen vormals originären operativen Bereichen zurückziehen.

Liebe Frau Hölldobler-Heumüller, wenn wir darüber Konsens herstellen könnten, dann, so finde ich, können wir lange darüber diskutieren, wie der Tarif des Busfahrers aussehen soll. Aber wir können doch nicht darüber diskutieren, ob das der richtige Weg ist. Wir können uns noch über die Geschwindigkeit streiten, mit der wir das Ziel erreichen. Wir sollten uns aber bitte nicht mehr um den Grundsatz streiten. Denn an vielen Stellen wurde das schon im positiven Sinne bewiesen.

Als Beispiel möchte ich die Post anführen. Ich meine, die FDP-Fraktion hat heute einen Antrag eingebracht, der zum Inhalt hat: Guckt einmal, die wollen die Preise erhöhen. – Gott sei Dank wird der Markt der Briefzusendung in zwei Jahren völlig liberalisiert sein. Über Jahrzehnte gab es dort ein Monopol. Wir alle haben uns doch darüber aufgeregt: Am Schluss bekommen die Politiker wieder die Prügel dafür, dass die Hälfte der Briefkästen abgehängt wird. – Ich bin aber sehr dafür, dass die Unternehmen, denen wir gesagt haben, sie müssten sich dem Wettbewerb

stellen, sich am Ende im Wettbewerb auch behaupten können. Trotzdem muss es dabei bleiben, dass die Politik die Regeln aufstellt.

Ich habe also keine Sorge vor solchen Liberalisierungen, allerdings vorausgesetzt, dass die Politik über die Kontrollinstrumente verfügt. Entweder muss dies über die Parlamente geschehen oder – ich meine jetzt den Fall, über den wir heute reden – über eine Regulierungsbehörde, die dafür sorgt, dass der Wettbewerb unter fairen und gleichen Bedingungen stattfinden kann.

In dem aktuellen Streit verfolgen Regulierungsbehörde und Energieversorger unterschiedliche Ansätze. Es geht nämlich um die Frage: Haben sie tatsächlich über Jahrzehnte hinweg Strukturen aufbauen können, die es rechtfertigen, dass man heute sagen kann: „Okay, wir gehen da mit Samthandschuhen heran“?

Ich finde es richtig, dass die Regulierungsbehörde ein deutliches Signal gesetzt hat. In dem Fall betraf es Vattenfall. Sie hat gesagt: Geht bei den Preisen einmal um 10 bis 12 % herunter, ihr seid zu teuer.

Ich finde es richtig, dass Herr Kurth, der Präsident dieser Regulierungsbehörde, sagt: Wir werden in wenigen Jahren nicht mehr nur noch darüber reden, ob ihr eure Betriebe effizienter gemacht habt. Vielmehr werden wir auch darüber reden, dass ihr in den völlig freien Wettbewerb entlassen werdet, in dem das Preisranking darüber entscheiden wird, ob die Regulierungsbehörde Ja oder Nein zu einem Antrag sagt.

Ich finde das richtig. Ich kann deswegen überhaupt nicht verstehen, dass jetzt auf einmal sowohl die großen als auch die kleinen Energieversorger herkommen und daran erinnern, dass sie eine hohe Arbeitsleistung erbringen, dass sie Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen usw. Ich sage ausdrücklich, dass ich diese Debatte nicht führen will. Ich erwarte von jedem Unternehmen, das ausbilden kann, dass es ausbildet. Aber das darf man doch bitte schön nicht als Argument dafür nehmen, an einer anderen Stelle Subventionen zu erhalten, indem der Minister, der einer Regulierungsbehörde vorsteht, sagt: Okay, ich genehmige das, weil ich eure Gesamtleistung für die Volkswirtschaft beachtlich finde; deswegen mache ich einen Haken an diesen Antrag.

Wo wären wir denn, wenn wir dahin kämen, dass die Unternehmen jeder Branche demnächst einen Antrag auf Preiserhöhung stellen könnten, nur weil sie eine nicht nur wirtschaftliche, sondern auch sozialpolitisch und volkswirtschaftlich wichtige Leistung erbringen? Ich sage ausdrücklich, dass ich das nicht haben will. Ich will, dass auch hier eine klare Trennung zwischen betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten und, wie es hier der Fall ist, gesellschaftspolitischem Auftrag gibt.

Man kommt dann sehr schnell zu den kommunalen Unternehmen. Hier wurde mehrfach das Szenario gemalt, alle diese Unternehmen würden bald der Vergangenheit angehören. Herr Frankenberger, das ist völliger Quatsch. Wir sollten die kommunalen Unternehmen dazu bringen, sich auf ihre Stärken zu besinnen. Zum einen ist das die Nähe zum Kunden. Das ist eine Stärke, die kein anderes Unternehmen in dieser Form hat.

Die andere Stärke besteht darin, dass die dezentrale Energieerzeugung zunehmend interessanter wird. Dazu gibt es eine gesetzliche Grundlage, die Herr Posch an einigen Stellen kritisiert. Sie hat aber dazu geführt, dass es vor Ort Energieerzeugung in kleinerem Umfang gibt.

Wenn wir es hinbekommen, dass kommunale Politiker entscheiden: „Wir wollen das, was vor Ort geht, selbst machen, und zwar in der Produktion und im Vertrieb von Energie“, und dann noch dahin kommen, dass wir trotzdem schlagfertige Strukturen schaffen, die das wirtschaftliche Überleben in einem knallharten Wettbewerb zulassen, dann haben wir die Hausaufgaben richtig gemacht.

Meine Damen und Herren, ich freue mich im Übrigen darüber, dass die meisten Kommunen das schon erkannt haben.

Ein letzter Hinweis. Noch vor einem Jahr haben 70 % der befragten Stadtwerke gesagt: Es wird sich bei den Netzentgelten nichts ändern. Das machen wir so, wie wir es immer gemacht haben, und Herr Rhiel wird schon den Haken daran machen. – Ein Jahr später sagen mittlerweile zwei Drittel, sie vermuten sehr stark sinkende Entgelte. Also hat es eine erste Wirkung gezeigt.

Meine Damen und Herren, die Kommunalpolitiker haben erkannt, dass sie sich in diesen neuen Chancen von dezentralen und kleineren Strukturen durchaus bewegen können. 28 % aller Stadtwerke denken darüber nach oder planen sehr konkret eigene Kraftwerke oder Beteiligungen an solchen.

Wir müssen auch das Missverhältnis sehen. Bei der Erzeugung entfallen 10 % auf die kommunale Ebene der Stadtwerke. Bei der Verteilung haben sie einen Anteil von 30 %. Das ist ein Missverhältnis, und ich würde jeden Verantwortlichen in einem Energieunternehmen vor Ort auffordern, in diesen neuen Markt hineinzugehen, der, wie gesagt, aus verschiedenen Gründen attraktiver wird.

Insofern sind wir auf einem wirklich guten Weg. Wir können über die Geschwindigkeit streiten, und ich glaube, dass wir dabei immer im Hinterkopf haben, dass es natürlich den Beschäftigten gibt, der Angst um seinen Arbeitsplatz hat. Es muss dort eine soziale Fürsorge auch von Wirtschaftspolitikern geben. Aber sie darf nicht dahin führen, dass wir Unternehmen zu bequemen Unternehmen machen, weil sie keinen Wettbewerb erfahren und die Politik in den Bereichen, über die wir reden und in denen es aus verschiedenen Gründen keinen Wettbewerb gibt, den Finger nicht in die Wunde legt.

Meine Damen und Herren, diese Unternehmen gehören von der Politik aufgefordert, und nicht nur von der Landespolitik, nicht nur von der Bundespolitik, sondern auch von der Kommunalpolitik, sich fit zu machen für neue Märkte.

Ein letzter Satz, meine Damen und Herren. Insofern erreichen wir mehr Transparenz. Wir erreichen günstigere Stromtarife. Ich habe eingangs auch darauf hingewiesen, dass wir im internationalen Vergleich in einer dramatischen Schieflage sind. Ich glaube, wir erreichen am Ende mehr Zukunftssicherung auch und gerade für die kommunalen Unternehmen durch mehr Wettbewerb. Es ist nicht so, wie die Sozialdemokraten behaupten, die das Gegenteil sagen und meinen, Wettbewerb schade den kommunalen Unternehmen. Herr Frankenberger, das ist ein grober Unfug. Wir können uns in den nächsten Wochen – wir tun das bereits in den nächsten Aktuellen Stunden – über den öffentlichen Personennahverkehr und viele andere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge unterhalten, bei denen ich glaube, dass wir insgesamt auf gutem Weg sind, aber die Erkenntnisse bei dem einen oder anderen etwas schneller, bei Ihnen leider häufig etwas langsamer vonstatten gehen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Boddenberg. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind damit am Ende der Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung betreffend „Mehr Wettbewerb im Energiemarkt – 1 : 0 für die Verbraucher“. Die Aussprache dazu hat stattgefunden.

Mit aufgerufen war der Antrag der Fraktion der FDP betreffend Genehmigungsverfahren für Stromentgelte, Drucks. 16/5540. Er soll dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden. – Kein Widerspruch.

Mit aufgerufen wurde der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend keine überhöhten Strom- und Gaspreise in Hessen, Drucks. 16/5711. Darüber wird jetzt abgestimmt.

Wer diesem Dringlichen Entschließungsantrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? – Das sind die drei anderen Fraktionen. Damit ist der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit Mehrheit angenommen.

Ebenfalls mit aufgerufen war der Dringliche Antrag der Fraktion der FDP betreffend Energieversorgung, Drucks. 16/5714, der auch an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen wird.

Meine Damen und Herren, dann darf ich Sie beschließen lassen über weitere Anträge, die auf Ihren Plätzen verteilt sind. Da ist zum einen der Dringliche Antrag der Fraktion der FDP betreffend Preiserhöhung der Deutschen Post Mai 2006, Drucks. 16/5719. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 77, und zwar mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion. Gibt es Vorschläge zur Ausschussüberweisung?

(Nicola Beer (FDP): Europaausschuss! – Gegenruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch! – Axel Wintermeyer (CDU): Ich schlage den Wirtschaftsausschuss vor! Das hat nichts mit Europa zu tun, es geht um die Preise! – Gegenruf der Abg. Nicola Beer (FDP): Es geht um europäischen Preisvergleich!)

Der Antragsteller wünscht Federführung Europaausschuss, Mitberatung Wirtschaftsausschuss.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Antragsteller ist frei, auch Unsinn zu verlangen!)

Dann halten wir es so fest: Europaausschuss federführend, Mitberatung im Wirtschaftsausschuss.

Es ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Verfassungspflicht zur Verwirklichung der Gleichberechtigung einhalten – Wirkungen des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes der Öffentlichkeit im Detail offen legen, Drucks. 16/5720, eingegangen. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Dies ist der Fall. Dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 78. Redezeit fünf Minuten?

(Reinhard Kahl (SPD): Er soll mit Punkt 29 aufgerufen werden!)

– Mit Punkt 29. Es bleibt bei der Redezeit? – Bitte ein Ausschussvorschlag.

(Reinhard Kahl (SPD): Sozialpolitischer Ausschuss!)

– Sozialpolitischer Ausschuss.

Dann ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Biomasse – heraus aus dem Dorf, rein in die Region, Drucks. 16/5721, eingegangen. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Dann wird dieser Antrag Punkt 79. – Frau Beer.

**Nicola Beer (FDP):**

Ich bitte, den Antrag zusammen mit den Tagesordnungspunkten 16 und 31 aufzurufen und, weil es dann drei Anträge sind, zehn Minuten Redezeit festzulegen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Nicht zehn Minuten Redezeit! Das machen wir nie! – Gegenruf der Abg. Nicola Beer (FDP): Es sind drei Anträge! Das haben wir oft gemacht!)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Dann lasse ich über den Antrag der FDP abstimmen, die Redezeit auf zehn Minuten zu erhöhen. Es geht um Tagesordnungspunkt 79, der mit den Punkten 16 und 31 aufgerufen werden soll. Die FDP beantragt, die Redezeit auf zehn Minuten zu erhöhen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen.

Dann ist der Dringliche Antrag der Fraktion der CDU betreffend SGB-II-Fortentwicklungsgesetz ist ein erster wichtiger Reformschritt, Drucks. 16/5722, eingegangen. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Antrag Punkt 80.

(Nicola Beer (FDP): Zusammen mit Punkt 40!)

Er wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 40 aufgerufen, und es bleibt bei der Redezeit.

Dann ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Meinungsfreiheit auch für Schulleiter, Drucks. 16/5724, eingegangen. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Dieser Antrag wird Tagesordnungspunkt 81 und wird aufgerufen

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach Punkt 62!)

nach Punkt 62. Redezeit fünf Minuten?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach dem, was wir gerade erlebt haben, gerne, Herr Präsident: fünf Minuten!)

Herr Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Nach Tagesordnungspunkt 62 kommt nicht infrage; denn das hängt mit dem Antrag der SPD, Punkt 60, zusammen.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Die Aktuelle Stunde umfasst die Punkte 59 bis 62. Wenn der Tagesordnungspunkt nach der Aktuellen Stunde aufgerufen werden soll, dann geschieht das tatsächlich nach Punkt 62. – Kein Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Dann liegt Ihnen der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP, Drucks. 16/5725, zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Weiterbildungsgesetzes und zur Änderung des Hessischen Gesetz über den Anspruch auf Bildungsurlaub vor. Dies ist ein gemeinsamer Änderungsantrag aller Fraktionen, der dazu führt, dass heute auf die zweite Lesung verzichtet werden kann, dass auch keine Sondersitzung des Kulturpolitischen Ausschusses stattfindet, sondern dass morgen in zweiter Lesung über das Gesetz befunden wird. – Kein Widerspruch, dann dürfen wir so verbleiben.

Dafür ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 16/5715, zurückgezogen.

Damit hätten wir uns auf den aktuellen Stand der Tagesordnung gebracht, und ich rufe jetzt verabredungsgemäß **Tagesordnungspunkt 75** auf:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Finanz- und Wirtschaftszentrum Frankfurt unter Druck – Wirtschaftsminister sprachlos? – Drucks. 16/5717 –**

Fünf Minuten Redezeit sind verabredet. Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Bestätigung: Wirtschaftsminister sprachlos!)

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rhiel und ich haben verabredet, da ich die Gespräche am heutigen Tage geführt habe, dass ich Ihnen berichte und nicht er erzählt, was ich gemacht habe.

Zweitens will ich, weil es heute mehrfach gesagt worden ist, eingangs sagen: Ich gebe zu, mir fehlt für die Art des Umgangs mit dem Thema Strompreise und deren Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes fast jedes Verständnis. Das ist eine der zentralen Fragen.

(Beifall bei der CDU)

Ich verstehe Oppositionstaktik, aber ich will das zu Protokoll gegeben haben.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Es war doch kaum einer aus Ihrer Fraktion bei der Regierungserklärung da!)

Zur Sache. Wir haben zweifellos nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Finanzindustrie einen der Schwerpunkte der Wertschöpfung unseres Landes und müssen deshalb mit besonderer Sorgfalt die Entwicklung beobachten, die dort geschieht, und sie in unsere strategischen Entscheidungen und Möglichkeiten, Rahmenbedingungen zu schaffen, einbeziehen. Das ist eine fortwährende Aufgabe, die auch in einer sehr schwierigen Situation, wie wir sie bei Unternehmensveränderungen haben, nicht einfach zur Seite gelegt werden kann.

Da stimme ich ausdrücklich zu. Deshalb muss man versuchen, die unterschiedlichen Faktoren zu gewichten. Wenn es, wie im Augenblick in der Öffentlichkeit angedeutet

wird – wir wollen einmal sehen, wie das am Ende genau aussehen wird –, im Rahmen eines großen Versicherungskonzerns wie der Allianz zu Veränderungen kommt, ist das noch nicht automatisch eine Veränderung, die den Standort sehr nachhaltig treffen muss. Ich füge nur an: Durch die Veräußerung von Unternehmensstrukturen gibt es möglicherweise auch in Wiesbaden ein Problem, das uns nicht leicht fällt: die DBV Winterthur – die Zentralen waren dort nicht, durch den Verkauf. Die DBV ist damit selbstverständlich genauso in einer Situation, die wir sehr sorgfältig beobachten. Es sind beides Fälle, in denen offensichtlich ist, dass eine Landes- oder Bundesregierung an den direkten Unternehmensentscheidungen nicht mitwirken kann, nach meinem Verständnis auch nicht mitwirken soll. Wir haben aber ein Interesse daran, immer wieder dafür zu sorgen, dass andere dem nachfolgen.

Ich weise einmal darauf hin, dass sich durch die Entscheidungen, die in den letzten Jahren getroffen worden sind – durchaus in Bund und Land –, ausländische Kreditinstitute im Augenblick wieder vermehrt dafür entschieden haben, in Frankfurt und in Deutschland zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Das heißt, wir haben im Augenblick durchaus hoffnungsvolle Entwicklungen für den Finanzplatz Frankfurt und seine Unternehmen zu verzeichnen, da die Zahl der Unternehmen größer wird und die hier vorhandenen Unternehmen beginnen, wieder zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Das gehört zu dem Gesamtbild der Entwicklung des Finanzplatzes genauso wie – wenn ich das auch einmal sagen darf – die Tatsache, dass wir in den letzten Jahren einiges verändert haben, damit es in Zukunft anders wird, etwa in der Frage Wissenschaft und Wirtschaft.

Herr Kollege Walter, wenn Sie hier über die Frage „Was macht eine Landesregierung bei solchen Fragen?“ sprechen, dann gehört es zu den an anderer Stelle einmal aufzuarbeitenden Fragen, wie einer Landesregierung über so viele Jahre in ihrer Verantwortung der Gedanke völlig entfallen konnte, eine Universität wie die Frankfurter Universität darauf vorzubereiten, sich an internationalen Finanzmärkten mit einem Schwerpunkt zu profilieren. Erst seitdem sich Ruth Wagner und Udo Corts darum kümmern, entstand der Gedanke eines „House of Finance“, das jetzt gebaut wird. Erst seit dieser Zeit gibt es eine Diskussion darüber, Investmentbanker in Frankfurt überhaupt auszubilden, während in Ihrer Zeit Investmentbanker allenfalls „gefährliche Personen“ waren, nicht aber solche, die man am Frankfurter Standort ausbilden muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich warne Neugierige davor, zu glauben, von dieser Debatte könne man besonders viel haben.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch!)

Aber ich möchte hier zu einem konkreten Problem kommen, das uns gemeinsam beschäftigt. Das ist die Position zu der Frage der unternehmerischen Weiterentwicklung der Deutschen Börse AG.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Deutsche Börse AG ist natürlich für den Standort Frankfurt, wie unter uns allen unstrittig ist, von einer besonderen Bedeutung. Wir wissen auch, dass sich die Deutsche Börse AG heute in anderen, aus meiner Sicht für eine regionale Interessenwahrnehmung durchaus nicht einfa-

chen Eigentumsstrukturen befindet. Die Deutsche Börse AG ist historisch gesehen eine auch im Rahmen ihres wirtschaftlichen Konzepts vernünftige gemeinsame Trägerschaft der deutschen Kreditwirtschaft gewesen. Sie ist das heute nicht mehr. Vielmehr müssen wir nach den Meldungen, die die Börsenaufsichten veröffentlichen, davon ausgehen, dass etwa 90 % der Aktien nicht im Besitz von Eigentümern aus der Bundesrepublik Deutschland sind und dass damit der überwiegende Teil dieser Aktien in den Händen von Aktionären ist, die im Wesentlichen am Kauf und Verkauf der Aktien zu bestimmten Werten interessiert sind und nicht an einer dauerhaften und langfristigen Entwicklung des Unternehmens.

Wenn darüber diskutiert wird, muss die Tatsache auf dem Tisch bleiben, dass Sie, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, die Einleitung dieser Entwicklung sehr maßgeblich herbeigeführt haben. Es war der ehemalige Hessische Ministerpräsident Hans Eichel, der in seiner Rede zur völligen Steuerfreiheit der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen die Auflösung der Deutschland AG als ein wichtiges Ziel der Bundesregierung bezeichnet hat. Das ist in allen Parteien durchaus umstritten gewesen. Nur, es ist ein Teil der Auflösung der Deutschland AG, was hier ganz klassisch bei der Börse passiert ist. Das bedeutet auch: Wir haben heute dort Unternehmer, denen die Standortfrage wesentlich weniger wichtig ist, als sie früheren Unternehmern gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Norbert Schmitt (SPD): Es sind immer andere daran schuld!)

Das haben wir zur Kenntnis zu nehmen. Ich nehme das der Kreditwirtschaft nicht übel, aber ich sage, wie bekannt ist, öffentlich: Ich glaube, es wäre im Interesse der Kreditindustrie in Deutschland klüger gewesen, einen relevanten Anteil an der Deutschen Börse zu behalten. Dann hätten wir manche Diskussionen heute nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich verstehe auch, obwohl es unsere Berufskaste ist, dass Vorstände von Banken auch in Deutschland Angst davor gehabt haben, wie schnell ein solches ungewöhnliches, nirgendwo sonst auf der Welt vorkommendes Steuerprivileg der steuerfreien Veräußerung von Unternehmensanteilen wieder in die Normalität zurückgeführt wird, und dass sie deshalb möglichst schnell versucht haben, möglichst viel loszuwerden. Diese unnatürlich beschleunigte Entwicklung haben wir heute in Rede zu stellen, wenn wir über die Frage reden, wie wir mit weiteren Entwicklungen umgehen.

Ich werde gleich etwas zu meiner Bewertung des derzeitigen Verhaltens der Deutschen Börse AG sagen, aber ich glaube, dass es vernünftig ist, auch im Hessischen Landtag offen zu sagen: Egal, was wir dazu meinen, es ist nicht nur die Frage, mit wem die Deutsche Börse AG fusioniert, sondern es ist auch die Frage, wem die Eigentümer möglicherweise morgen früh die Aktien in welchem Anteil zu verkaufen beschließen und wer dann noch an einer Debatte, wie wir sie mit dem Management zurzeit führen, überhaupt beteiligt ist. Ich glaube, das muss in aller Nüchternheit und Klarheit gesagt werden, um die Grenzen des Handelns und auch die Notwendigkeit von Kompromissen zu sehen.

Wir haben als Hessische Landesregierung die Entwicklung der französischen Börsenorganisation Euronext – vielmehr der multinationalen Börsenorganisation, denn sie hat ihren Rechtssitz ja in Amsterdam, ist über mehrere

Standorte verteilt, letztlich aber unternehmerisch von Paris betrieben – unter dem Gesichtspunkt begleitet, dass die Hessische Landesregierung wie die deutsche Bundesregierung gesagt hat: Wir glauben, dass eine Europäisierung der Börsenlandschaft, wenn sie gut und richtig gemanagt wird, auch ein großer Vorteil für den großen kontinentalen Finanzplatz Frankfurt sein kann. Dies gilt unabhängig davon, dass einzelne Teile der Unternehmensstruktur dann nur auf Frankfurt konzentriert sind oder auch in einen europäischen Verbund gehen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Ministerpräsident, ein Hinweis: Die Redezeit der Fraktionen ist überschritten.

#### **Roland Koch, Ministerpräsident:**

Ja. Ich weiß auch, mit wem ich in Wahrheit konkurriere. Ich brauche trotzdem drei Minuten, um das zu Ende zu bringen.

In dieser Konstellation hat Kollege Alois Rhiel die Aspekte, die Sie vorhin auch zu Recht in den ersten Punkten zitiert haben, genannt. Wir waren und sind der Auffassung, dass bis zu dem gestrigen Tag bei allen Kompromissen, die dafür notwendig sind, die Grenzen der Interessenwahrung auch unserer Region beachtet worden sind. Dies gilt – trotz der Verschiebung der Kassamärkte mit ihrem Management nach Paris – angesichts des gleichzeitigen Verbleibs des stark wachsenden Derivatemarktes in Frankfurt am Main, angesichts der Erklärung, dass die Hauptverwaltung des Unternehmens in Frankfurt am Main ist, angesichts der Tatsache, dass die Unternehmensvorstandssitzungen regelmäßig in Frankfurt am Main stattfinden, angesichts der Tatsache, dass die Informationstechnologie, die ja heute der Kern des Börsenunternehmens ist, in Frankfurt ihren Sitz hat, angesichts der Tatsache, dass die Aufgaben verteilt sind – auch bei einem rechtlichen Sitz der Gesamtgesellschaft in Amsterdam. Letzterer ist im Wesentlichen dem deutschen Mitbestimmungsrecht geschuldet, wie alle Beteiligten wissen, und das können wir kurzfristig nicht ändern. Allen diesen Fragen lag eine doch vernünftige Abwägung eines Kompromisses zugrunde.

Gestern hat der Aufsichtsrat seine Entscheidung getroffen. Sie haben heute gefragt, ob die Antwort „große Sorge“ richtig ist. Herr Abg. Posch, wir haben gestern Abend von den Mitteilungen aus dem Aufsichtsrat gehört und daraufhin gesagt, wir machen uns darüber Sorgen. Das Unternehmen hat uns die Beschlüsse – die Elektronik ermöglicht es ja heute, das minutengenau anzugeben – um 22.03 Uhr mitgeteilt. Ich glaube, es ist fair, dass wir sie uns über Nacht angesehen haben. Ich habe heute Morgen das erklärt, was ich auch hier erkläre: Aus meiner Sicht ist mit den Beschlüssen des Aufsichtsrats von gestern die Grenze dessen, was man in vernünftiger Weise an Kompromissen machen kann, ohne den Standort Rhein-Main und Frankfurt erheblich zu gefährden, überschritten worden.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass eine Fusion unter den Bedingungen, die der Aufsichtsrat gestern beschlossen hat, nicht mehr im Interesse der Region ist. Das müssen und können wir äußern. Wir müssen trotzdem wissen, wie die Eigentumsstrukturen sind. Deshalb werden wir auch in den nächsten Tagen mit der Unternehmensführung sehr intensiv und

nachhaltig im Gespräch bleiben. Wir haben kein Interesse daran, dass dieser Gesprächsfaden abreißt. Ich sehe durchaus Möglichkeiten, dass man auch unter diesem Angebot manches verbessern oder verschlimmern kann.

Aber ich will an dieser Stelle klar sagen: Bisher war das Wort „Hauptverwaltung“, verbunden mit Frankfurt, in den Beschlüssen enthalten; nunmehr ist das Wort nicht mehr enthalten, sondern es heißt, die Zentralfunktionen würden auf Amsterdam, Frankfurt und Paris verteilt. Es gibt dann den zusätzlichen, aus meiner Sicht nicht unbedeutenden Satz, der sich auf die Frage des Sitzes des CEO, also des Vorstandsvorsitzenden, bezieht. Dort heißt es, CEO und CFO würden ihr Hauptbüro in Frankfurt haben.

Es ist des Weiteren eine wesentliche Veränderung, dass die Vorstandssitzungen, die ein Unternehmen, seine Kultur und seine Kommunikationsstrukturen prägen, nicht mehr regelmäßig in Frankfurt stattfinden, sondern nur noch in Frankfurt und an allen anderen Orten Europas, an denen das Unternehmen einen Sitz hat.

Aus meiner Sicht ist außerordentlich entscheidend, dass in der Frage der Informationstechnologie eine Doppelstruktur Frankfurt – Paris gefunden worden ist. Die beiden Standorte sind formal gleichberechtigt. Die Beteiligten müssen allerdings wissen, dass das Unternehmen, mit dem die Euronext verbunden ist, Atos Origin, ein sehr gut aufgestelltes und erfolgreiches Unternehmen ist, aber dadurch, dass es nicht nur für die Börse tätig ist, eine andere Größenordnung hat als die relativ kleine IT-Abteilung einer Börse. Da stehen 20.000 Leute gegen 1.000 Leute in der Frage, wie die Fachkompetenz und die Overheads verteilt sind. Das ist logischerweise ein besonderes Risiko für Frankfurt, das wir in Kenntnis dieser Größenverhältnisse durch die Vereinbarung, dass zwar die meisten in Paris sitzen, aber die Managementfunktionen in Frankfurt sind, gerade in den Verabredungen zuvor einvernehmlich ausgeschlossen hatten.

Der Wegfall dieser Bedingungen macht aus meiner Sicht die Entscheidung schwierig. Mir ist gesagt worden, der Präsident der Industrie- und Handelskammer hat vor wenigen Stunden gesagt, dass man eine Fusion nicht um jeden Preis machen dürfe. Dies ist aus meiner Sicht das Richtige und Notwendige zu sagen. Ich glaube, dass die Deutsche Börse AG als eines der erfolgreichsten und größten Unternehmen dieser Art auf der Welt auch alternative Perspektiven hat – wiewohl ich weiß, wie schön es wäre, wenn es eine europäische Dimension geben könnte. Aber aus der Sicht der Region Rhein-Main – da sind wir auch ein bisschen Egoisten; wir leben nicht auf einem Raumschiff oberhalb Europas, sondern wir leben in dieser Region – muss die europäische Dimension damit verbunden bleiben, dass nicht ein Wettbewerbsnachteil zulasten von Frankfurt und ein Wettbewerbsvorteil zugunsten von Paris dadurch geschaffen wird, dass die größere Börse mit der kleineren Börse fusioniert und die Verhältnisse dabei umgedreht werden. Das ist die Grenze, an der nach meiner Ansicht eine Zusammenarbeit nicht sein sollte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe das mit Herrn Viermetz ausführlich besprochen. Wir werden weiter im Gespräch bleiben. Ich will fairerweise auch sagen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende ausdrücklich erklärt, er teile meine Bedenken nicht, er sei der Auffassung, dass auch unter diesen Bedingungen nach wie vor die Priorität des Standortes Frankfurt gesichert sei. Das heißt, wir werden weiterhin miteinander über die

Frage reden, was aus meiner Sicht notwendig ist, um das mit Nachdruck nicht auf spätere Lebensabschnitte zu verlagern, sondern zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen.

Ich bleibe dabei: Die Gesprächsfäden sind nicht abgerissen, aber wir befinden uns in einer schwierigen Situation. Ich sehe – wie offensichtlich auch die Arbeitnehmer des Betriebes hier – einen Anlass, zu sagen: Wer das tut, kann sich nicht sozusagen auf das Wohlwollen der Politik stützen, wie es in der Vergangenheit bei dieser Operation der Fall war. Das gilt für die Hessische Landesregierung. Aus meiner Sicht ist das auch eine Bitte an die Bundesregierung, die sich, anders als in anderen Fällen, in dieser Frage engagiert hat – aber unter den Bedingungen dessen, was wir gemeinsam verabredet hatten. Diese Bedingungen sind gestern verlassen worden.

Dies ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Börse AG kein Grund, jetzt in Panik zu verfallen, dass von heute auf morgen dort die Strukturen wegbrechen. Dazu sind aus vielen Gründen der deutsche Markt und die Frankfurter Marktsituation viel zu stabil. Das bedeutet nicht, dass heute ein Arbeitsplatz konkret gefährdet ist. Es bedeutet aber, dass die Zukunftsentwicklung des Standorts Gegenstand einer Debatte ist, die wir miteinander führen müssen. Deshalb wird die Landesregierung mit großem Nachdruck öffentlich, aber vor allem auch intern den Versuch unternehmen, so viel wie möglich in Richtung des Standorts Frankfurt zu bewegen – in Kenntnis der Eigentümerstruktur und auch in Kenntnis der Tatsache, was passieren könnte, wenn die Fusion nicht stattfindet, die Aktien fallen und dann andere Entwicklungen Platz greifen, bei denen möglicherweise kein interessierter Verhandlungspartner mehr zur Verfügung steht.

Deshalb werden Augenmaß und Vernunft bei den Diskussionen der nächsten Tage weiterhin notwendig sein. Denn wir sind nicht in einer Position, dass der Staat befehlen kann. Aber wir sind in einer Pflicht, dass der Staat in einer Region auch den Unternehmern offen und klar sagt, wo ihre Verantwortung liegt. Das habe ich auch heute versucht zu formulieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Als Nächster hat Herr Walter für die SPD-Fraktion das Wort. Den Oppositionsfractionen sind zusätzliche Redezeiten zugewachsen, es stehen jetzt jeweils acht Minuten zur Verfügung.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Ball ist rund!)

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Ich höre die Hinweise wohl.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hätten uns gewünscht, dass diese Debatte gemeinsam mit der Regierungserklärung des Wirtschaftsministers geführt werden kann, weil, ganz offen gesprochen, nicht nur wir, sondern auch die Journalisten geistig schon beim Warmlaufen für das Spiel um 16 Uhr sind. Deshalb ist es sehr bedauerlich, dass diese Debatte über ein unbestritten wichtiges Thema jetzt stattzufinden hat.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Der zweite Punkt, warum wir so großen Wert darauf gelegt haben, dass dies mit in der Regierungserklärung be-

handelt wird, ist, Herr Ministerpräsident, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Stück weit auch daran interessiert waren, ob derjenige Fachminister, der sich zumindest theoretisch tagtäglich mit diesen Fragen auseinander zu setzen hat, in der Lage ist, nicht nur das vorzulesen, was ihm seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Regierungserklärung aufgeschrieben haben, sondern über ein aktuelles Problem zu reden. Herr Wirtschaftsminister Rhiel, wir stellen fest, dass Sie dazu nicht in der Lage sind.

(Beifall bei der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU – Minister Karlheinz Weimar: Das ist nur noch schäbig! – Glockenzeichen des Präsidenten)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Einen Moment, Herr Walter. – Lassen wir den Lärmpegel etwas absinken.

(Norbert Schmitt (SPD): Ich glaube, das gibt Verlängerung!)

Das geht nicht auf Kosten Ihrer Redezeit.

(Minister Karlheinz Weimar: Aber sich selbst nicht für Höheres für geeignet halten! – Horst Klee (CDU): Jeder disqualifiziert sich, so gut er kann! – Zuruf von der CDU: Dummes Geschwätz!)

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, offensichtlich ist die Erwartungshaltung der CDU-Fraktion an ihren Fachminister nicht so groß, dass sie von ihrem eigenen Minister erwartet, dass er über eines der zentralen wirtschaftspolitischen Themen, nämlich den Finanzplatz Frankfurt, redet. Aber das ist ihr Problem, das ist nicht unser Problem.

(Beifall bei der SPD – Ulrich Caspar (CDU): Warum redet nicht der Fachsprecher für Wirtschaft bei der SPD?)

Herr Ministerpräsident, ich spreche Sie jetzt als Fachminister an. Ich beginne einmal mit den Teilen Ihrer Ausführungen, denen ich zustimme. Das sind nicht allzu viele. Ich stelle fest, dass das ein zentral wichtiges Thema ist. Ich stelle fest, dass das, was aktuell verlautbart wird, ein großes Problem, eine Gefahr für den Finanzplatz Frankfurt darstellt.

(Michael Boddenberg (CDU): Was wollen Sie uns jetzt eigentlich sagen?)

Aber, Herr Ministerpräsident, Sie tun so, als sei diese Entwicklung wie ein Unwetter über dieses Land gezogen, als sei diese Entwicklung etwas völlig Neues. Dies ist, und das weiß jeder hier im Raum, völlig falsch. Die Debatte um die Börse in Frankfurt läuft seit sechs, sieben, acht, wahrscheinlich schon mehr Jahren. Was uns hier gefehlt hat, war die Antwort auf die Frage: Was haben Sie denn in den letzten Jahren dafür getan, dass eine Strategie für diesen Finanzplatz, eine Strategie für diese Börse erarbeitet wird? Sie kritisieren das, was jetzt passiert. Aber Sie sagen uns nicht, was die Landesregierung positiv dafür tut, dass etwas anderes passiert.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Nicht kollabieren, Herr Walter! Sie wollten doch zurücktreten!)

– Herr Boddenberg, die Börse war schon immer ein großes Problem des Herrn Ministerpräsidenten.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Ich habe schon einmal aus diesem feinen Buch, der Biografie Roland Kochs, zitiert. Auch darin steht einiges über die Börse. – Herr Weimar, Sie kommen darin vor. – Dabei wird deutlich, dass wir uns über die aktuellen Entwicklungen nicht zu wundern haben. Herr Minister Posch kommt auch darin vor; er wird ausgesprochen positiv bewertet. Da heißt es:

Der Verwaltungsjurist Posch rettete Koch noch ein zweites Mal vor seiner Begeisterung für große Operationen. Koch als „Großmeister der Ökonomie“, wie ihn ein Kabinettsmitglied spöttisch nennt, war z. B. ein Anhänger des Planes von Rolf Breuer, dem Boss der Deutschen Bank, und Werner Seifert, dem Chef der Deutschen Börse, die sich eine gigantische Umverteilung des europäischen Börsengeschäfts ausgedacht hatten: Die Börsenplätze Frankfurt und London sollten fusionieren zum Monsterhandelsplatz ..., wobei an der Themse die Papiere der Old Economy gehandelt werden sollten und in Frankfurt die des Neuen Marktes.

Der Autor weiß sehr genau, was passiert ist; denn er sagt, dass der Börsenchef sogar ins Kabinett gekommen ist. Nur der wackere – er wird hier als „ruhig, aber beharrlich“ beschrieben, das mag so sein – Herr Posch hätte zunächst dagegen argumentiert.

Die Börse, so argumentierte Posch, sei für die Menschen in der Stadt, aber auch für den Finanzplatz Frankfurt von immenser symbolischer Bedeutung.

(Beifall bei der FDP)

„Die könne man nicht so einfach wegfusionieren“, habe Herr Posch zu Recht gesagt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Zudem schob Posch noch aufsichtsrechtliche Bedenken nach. Ohne deren Klärung, so der tapfere Minister, „genehmigen wir hier gar nichts“.

Dann kommen Sie ins Spiel. – Herr Weimar ist hinausgegangen, weil er die Passage kennt.

Finanzminister Weimar wollte die Situation retten. „Das ist doch nicht so wichtig, Dieter“, warf er ein, „das können wir doch hinterher klären.“

Wie immer: Minister Weimar ein wenig desinteressiert, aber immer vollständig uninformiert.

(Lachen bei der SPD)

Doch Posch blieb hartnäckig. „Nö, so nicht“, entgegnete er knapp. Seifert verließ den Kabinettsaal ohne eine Entscheidung. Koch war entsetzt. Damals. Heute ist er heilfroh, dass er den Standort Frankfurt nicht dem Nemax-Hype geopfert hat. Die Hessen hätten ihn geteert und gefedert.

(Axel Wintermeyer (CDU): Was wollen Sie für die Deutsche Börse tun?)

Herr Ministerpräsident, wir stellen fest: Sie haben in den letzten sechs Jahren, was das Thema Börse Frankfurt angeht, nichts hinzugelernt.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Ja, ein klarer Fall!)

Im Übrigen, wenn Sie uns berichten, dass Sie gestern um 22 Uhr ungerade vom Aufsichtsrat mitgeteilt bekommen hätten, dass es neue Entwicklungen gibt, die anders lauten als das, was Sie sich erhofft hatten, dann verwundert mich das schon. Wir würden erwarten, dass entweder der Fachminister, der aber bei diesen wichtigen Fragen offensichtlich ausgeschaltet ist, oder aber, wenn er es in die eigenen Hände nimmt, der Hessische Ministerpräsident nicht nachts um 22 Uhr ungerade von einer solchen Entwicklung erfährt, die am nächsten Tag in allen Publikationen steht, sondern dass ein Ministerpräsident in dauerndem Gespräch über diese Fragestellung steht.

(Norbert Schmitt (SPD): Genau so ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man sich vergegenwärtigt, wer alles als Ansprechpartner in diesem Aufsichtsrat sitzt, dann stellt man fest, es sind nicht alles Leute mit ganz internationalem Hintergrund, die man hier nicht kennt. Da sitzt z. B. Friedrich Merz.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich wusste es, ich habe gewettet!)

Gut, er vertritt eine Anwaltskanzlei, die an der Stelle andere Interessen zu vertreten hat. Ein Privatbanker, Herr von Metzler aus Frankfurt, sitzt darin. Josef Lamberti sitzt mit drin. Die Dresdner Bank ist vertreten, die Commerzbank ist vertreten. Es ist nicht so, dass diese Menschen, die im Aufsichtsrat sitzen, überhaupt kein Interesse an der Region haben. Herr Ministerpräsident, ich kann mir auch nicht vorstellen – die Wahrung der Aufsichtsratsgeheimnisse ist überhaupt nicht mein Thema –, dass diese Mitglieder nicht bereit sind, die entsprechenden Gespräche zur Wahrung der Interessen unserer Region zu führen.

(Norbert Schmitt (SPD): Genau so ist es!)

Wenn Sie uns hier mitteilen, dass Sie um 22 Uhr ungerade die negative Botschaft erhalten haben, dann stellen wir fest, dass Sie sich zumindest die letzten Monate überhaupt nicht um dieses Thema gekümmert haben, und das ist diesem Thema nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Lächerlich, was Sie hier vortragen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, dass Sie ob der Eigentümerstruktur relativ wenige Möglichkeiten haben, als Landespolitik Entscheidungen zu revidieren. Aber, Herr Ministerpräsident, Ihre Argumentation ist gemeinhin beliebig. Sie kritisieren Herrn Eichel, weil er die Veräußerung von Aktienanteilen erleichtert hat – etwas, wo Sie gelegentlich anders diskutieren. In der Tat ist es dann so, dass Politik nicht mehr einfach durch Mehrheitsbeteiligungen entscheiden kann: Frankfurter Börse, ihr bleibt in dieser Form in der Region. – Nur, dies ist etwas, Herr Ministerpräsident, was Sie an anderer Stelle positiv darstellen.

Es bedeutet auch nicht, dass, wenn das entschieden wird, die Börse automatisch weg ist. Ein Unternehmen bleibt da, wo es die attraktiven Standortvorteile hat. Ein Unternehmen Frankfurter Börse bleibt in Frankfurt, wenn der Finanzplatz entsprechend gestärkt wird. Ein Unternehmen Börse Frankfurt hat keinerlei Interesse daran, zu verlagern, wenn – jetzt sage ich es einmal einfach – in Frankfurt die Musik spielt.

Aber seit Sie Ministerpräsident sind – seitdem bin ich in diesem Landtag –, höre ich von Ihnen eine Beschreibung von Hoffnungsschimmern am Himmel, was in Frankfurt alles passieren wird. Ich höre immer den Bau des House

of Finance – übrigens ein Projekt, das noch in sozialdemokratischer Zeit angedacht worden ist. All diese Geschichten höre ich seit acht Jahren. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle seit acht Jahren fest, dass der Bankenstandort London zunehmend Personen beschäftigt, übrigens heute mehr als im Boomjahr 2000, und dass es mit unserem Finanzzentrum Frankfurt seit Amtsantritt dieser Landesregierung objektiv nach unten geht.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

Das hat diese Landesregierung zu verantworten.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Walter, Sie müssen zum Schluss kommen. Ihre Redezeit ist um.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Herr Ministerpräsident, uns geht es nicht darum, zu fordern, die Landesregierung müsse, gleich einem Zaubertrick, entscheiden, was die Börse zu tun habe. Uns geht es darum, dass die Landesregierung ein Konzept für den Finanzstandort Frankfurt entwickelt. – Der Finanzminister lacht an der Stelle, weil er offensichtlich überhaupt keine Ahnung von diesem Bereich hat.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie haben unserem Land mit dem Aussitzen der wichtigsten Probleme geschadet, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Als Nächster hat sich Herr Boddenberg zu Wort gemeldet. Herr Boddenberg, Sie haben zehn Minuten Redezeit.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den Fragen der Kompetenzen, die Herr Walter hier aufgeworfen hat, sage ich nur so viel: Herr Walter, Sie hatten eigentlich angekündigt, zurücktreten zu wollen. Ich gehe davon aus, dass Sie das irgendwann vollziehen, aber bisher ist das unterblieben. Ich glaube, Sie waren es, der gesagt hat: Wer nicht in der Lage sein will, der Herausforderer zu sein, der kann nicht Fraktionsvorsitzender sein. – Das eine Amt haben Sie inzwischen aufgegeben.

(Beifall bei der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Billiger geht es nicht!)

Ich will nur noch einmal daran erinnern. So viel Zeit muss sein. Viele Passagen Ihres Vortrags waren nämlich eine ziemliche Unverschämtheit.

Meine Damen und Herren, wir haben es im Moment mit einer schwierigen Gemengelage zu tun. Es haben sich viele – auch Politiker – zu der Frage geäußert, was „europäisch“ sei, und haben diese Frage dann durch die nationale Brille, unter nationalen Gesichtspunkten beantwortet – angefangen beim französischen Staatspräsidenten über die Bundeskanzlerin bis hin zur Hessischen Landesregierung.

Wir haben immer ziemlich klar gesagt, was wir wollen. Deshalb sind zunächst einmal wir für die Beantwortung der Fragen verantwortlich, die mit dem Finanzplatz Frankfurt zu tun haben. Die Gemengelage ist aber im Moment als „schwierig“ nur unzureichend bezeichnet, denn wir haben völlig neue Entwicklungen, auch in den Gesprächen, die zwischen der New York Stock Exchange und der europäischen Börse Euronext an anderer Stelle geführt werden.

Ich erinnere daran, dass gerade gestern der Vorstandsvorsitzende der New Yorker Börse gesagt hat: Wenn ihr nicht so wollt, wie wir das für den Gesamtkonzern sehen, dann können wir uns durchaus vorstellen, dass wir neben den vorhandenen Standorten einen neuen etablieren, nämlich in London. – Das geht bis hin zu der Drohung – oder wie man das auch immer verstehen soll –, dass man darüber nachdenkt, eine Beteiligung an der London Stock Exchange ins Auge zu fassen, was wiederum etwas mit dem nationalen amerikanischen Handel zu tun hat. Sie wissen, dass die Nasdaq damit zu tun hat. Außerdem kommen die Mailänder und viele andere lokale Interessen ins Spiel.

Kurzum, ich glaube, im Moment tut die Politik gut daran, sehr genau hinzuschauen und so zu reagieren, wie es jeweils geboten ist. Ich glaube, dass das, was wir hier eben von Herrn Walter gehört haben, dem nicht angemessen war. Sie haben versucht, eine schauspielerische Glanzleistung zu bieten, indem Sie sich wieder unglaublich echauffert haben, wie Sie das immer tun, wenn Sie sich über offensichtlich sachfremde Dinge aufregen.

An einer Stelle gebe ich Herrn Walter Recht. Er hat darauf hingewiesen, dass der Finanzplatz Frankfurt viele Stärken hat. Übrigens hat auch die Börse viele Stärken. Das integrierte Geschäftsmodell der Deutschen Börse ist ein riesengroßes Asset der Deutschen Börse. Wenn man sich einmal die Zahlen anschaut, dann sieht man, dass das betriebswirtschaftlich offensichtlich sehr sinnvoll ist, was dort passiert. Die Börse hat von 2004 auf 2005 einen Umsatzsprung von 13 % gemacht. Sie liegt mittlerweile bei einem Umsatz von über 1,6 Milliarden €. Das Ergebnis sieht entsprechend aus: Ein Gewinn von fast einer halbe Milliarde Euro – nach Steuern – ist, was die reine Betrachtung der Deutschen Börse AG anbelangt, im Grunde genommen eher ein Grund, zufrieden zu sein mit dem, was dort passiert.

Nicht zufrieden sein – das hat der Herr Ministerpräsident gesagt – können wir mit dem, was sich gestern Abend im Aufsichtsrat ereignet hat. Man ist nämlich dabei, wesentliche Assets, die den Finanzplatz Frankfurt und die Frankfurter Börse ausmachen, in die Verhandlungsmasse einzubringen. Ich will einmal kurz zusammenfügen, was bis jetzt angedacht ist.

Der Vorschlag beinhaltet, dass man den Bereich der Information Services, also einen wirklich gut funktionierenden Teil der Deutschen Börse, nach Amsterdam bringt und dass man den Aktienhandel nach Paris bringt. Das ist übrigens ein Wachstumsmarkt, der gerade in Deutschland riesengroße Potenziale für die Zukunft hat. Das Gleiche gilt für den Derivatemarkt. Da ist als Standort Frankfurt, gleichzeitig aber auch London vorgesehen. Den IT-Bereich will man zum Teil in Frankfurt lassen, zum Teil aber nach Paris verlegen. Das Clearstream-Banking, das sehr viel mit festverzinslichen Wertpapieren zu tun hat, soll nach Luxemburg ausgelagert werden. Das hat wiederum etwas mit dem Kapitalbedarf zu tun, der offensichtlich zunehmend das Problem wird bei der Frage, ob man weiterhin eine Chance sieht, mit Euronext zu fusionieren.

Jetzt ist, wie der Herr Ministerpräsident zu Recht gesagt hat, ein Punkt gekommen, wo man sagen muss: Das schadet dem Finanzplatz Frankfurt. – Deshalb will ich kurz auf das eingehen, was hier zu Recht dazwischengerufen worden ist. Was hat diese Landesregierung für den Finanzplatz Frankfurt getan? Ich will die Ansiedlung der EZB gar nicht für uns reklamieren. Viele Jahre lang war es ein Streitpunkt, wer daran „schuld“ gewesen sei. Ich erinnere trotzdem daran, dass eine CDU-geführte Bundesregierung daran maßgeblich beteiligt war, weil sie erkannt hat, dass Symbolik hier eine große Rolle spielt. Das will ich Ihnen zugestehen.

Ich will aber daran erinnern, dass die Hessische Landesregierung zurzeit dabei ist, heftig bekämpft von den Sozialdemokraten, das Drei-Säulen-Modell zu stärken.

(Lachen bei der SPD)

Da haben Sie an einer Stelle enorme Probleme. Ich will sagen, dass die Entwicklung der Hochschulen nicht nur an der Goethe-Universität eine neue Qualität gewonnen hat. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu nennen, welchen Stellenwert Branchenhochschulen, wie die HfB in Frankfurt, in der Universitätslandschaft haben.

Wir können über das House of Finance reden, über die Verbindung von Forschung, Wissenschaft und Unternehmen. Kurzum, ich denke, wir tun für diesen Standort viel mehr, als das hin und wieder öffentlich kommuniziert wird. Daran haben Sie Ihren Anteil, weil Sie immer nur die Platitude besitzen, ein solches konkretes Ereignis für Grundsatzdebatten zu missbrauchen. Insofern glaube ich, dass es richtig ist, dass die Landespolitik klar sagt, was sie will, dass die Landespolitik aber auch klar sagt, dass wir eine Entwicklung haben, die wir nur in Teilen beeinflussen können.

Einige Entwicklungen gehen nach wie vor in die richtige Richtung. Ich freue mich darüber, dass die Deutsche Börse gesagt hat: Wir sind an vielen Stellen zu anonym geworden. – Deshalb hat die Deutsche Börse gesagt: Wir wollen wieder mehr in den Parketthandel investieren. – Das ist ein wichtiges psychologisches Moment. Unter Seifert wurde eine ganz andere Politik betrieben. Kurzum, an vielen Stellen sehen wir Entwicklungen in die richtige Richtung. Aber das, was gestern Abend entschieden worden ist, können wir nicht akzeptieren. Deshalb die klaren Aussagen des Wirtschaftsministers und des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Herr Boddenberg. – Herr Al-Wazir, Sie haben das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben acht Minuten Redezeit.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss feststellen, dass sowohl Herr Boddenberg als auch Herr Koch um die eigentliche Frage sehr wortreich herumgeredet haben,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

nämlich um die Frage: Will man intervenieren, ja oder nein, und kann man intervenieren, ja oder nein? Zu diesen beiden Fragen haben Sie nichts gesagt.

Ich habe eine „dpa“-Meldung von heute, 13.42 Uhr, in der der Wirtschaftsminister mit den Worten zitiert wird, „die hessische Börsenaufsicht werde die Vorgänge aufmerksam verfolgen. Die zentrale Bedeutung Frankfurts und das informationstechnische Know-how seien wichtige Kriterien. Im Extremfall könne die Börsenaufsicht die Fusion auch blockieren.“ – So wird Herr Rhiel zitiert. Stimmt das, oder stimmt das nicht? Wenn ja, wie soll das geschehen? Dazu wurde nichts gesagt. Herr Ministerpräsident, ich glaube, das hat einen bestimmten Grund. Sie sind bis heute von diesen neoliberalen Glaubenssätzen nicht geheilt. Ich drücke es einmal vorsichtig aus.

(Zurufe von der CDU)

Der Kollege Walter hat völlig zu Recht auf den ersten Versuch der Übernahme der London Stock Exchange durch die Deutsche Börse AG hingewiesen, wo alle gesagt haben: Das ist das Schönste, Größte, Tollste, dieser so genannte Merger muss stattfinden, der Zusammenschluss muss unbedingt stattfinden. – Stellen Sie sich einmal vor, es wäre so gekommen. Dann hätte Frankfurt den Neuen Markt behalten, der DAX wäre weg gewesen, der würde in London gehandelt. Man stelle sich vor, wie die Situation heute wäre.

Die spannende Frage ist dann schon – wenn Sie schon wirtschaftspolitisch grundsätzlich argumentieren, Herr Ministerpräsident, hätte ich gerne eine Antwort darauf –: Wie stehen Sie zu der Frage, ob die Politik in dieser Angelegenheit überhaupt etwas zu sagen hat? Sie haben nonchalant gesagt, der Vorschlag, die Deutsche Börse AG aufzulösen, habe Kritiker in allen Parteien gefunden. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie einer der Kritiker gewesen sind. Ich weiß allerdings, dass die Aktionärsstruktur der Deutschen Börse AG wie folgt aussieht: 42 % Großbritannien, 27 % USA, 12 % Europa/Sonstige und 10 % Deutschland.

(Minister Karlheinz Weimar: Das sind 111 %!)

– Nein, das sind nicht 111 %, Herr Weimar. Ich bitte Sie: 42, 27, 12 und 10 sind nicht 111, Herr Finanzminister.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Warum reden wir heute eigentlich über dieses Thema? Euronext hat sich bereits für New York entschieden. Wir reden heute über dieses Thema, weil unter anderem in Frankreich von Politikerinnen und Politikern, vom Staatspräsidenten angefangen, eine politische Debatte über die Frage angestoßen wurde, ob es richtig ist, eine europäische Börse zu schaffen, oder ob Teile der europäischen Börse mit der amerikanischen Börse fusioniert werden können. Das heißt, in anderen Ländern gibt es durchaus Politikerinnen und Politiker, die sagen: Wir hätten es gerne in diese oder jene Richtung. – Nur bei uns sagt man: Damit haben wir eigentlich nichts zu tun.

Herr Ministerpräsident, wissen Sie, was mir auffällt? Wir haben vor zwei Jahren eine andere Debatte über eine Fusion geführt. Damals ging es um die Fusion von Sanofi und Aventis. Damals war es so: Es gab ein Mikrofon und zwei Kochs, die in das Mikrofon geredet haben. Rhiel gab es nicht, weder heute noch damals.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Es war so, Herr Irmer. – Ich kann mich gut daran erinnern, dass Roland Koch gesagt hat: Die Bundesregierung muss das verhindern, Herr Clement muss dies und jenes

tun. – Haben Sie vom Müllermeister Glos irgendetwas zu dieser Frage gehört? Wissen Sie überhaupt, dass er der Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland ist?

(Zurufe von der CDU)

Die spannende Frage, die wir hier diskutieren, lautet: Wie sieht der Einfluss der Politik auf bestimmte Fragen von Zusammenschlüssen aus, wie sieht der Einfluss von Politik auf bestimmte Standortentscheidungen aus? Zu diesen Punkten hat weder der CDU-Sprecher noch der Herr Ministerpräsident, noch der Herr Wirtschaftsminister irgendetwas gesagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen finde ich es spannend, wenn Wirtschaftsminister Alois Rhiel sagt – ich zitiere erneut aus der Meldung –: „Im Extremfall könne die Börsenaufsicht die Fusion auch blockieren.“ Stimmt das? Stimmt das nicht? Wenn es stimmt, mit welchen Mitteln könnte das erfolgen? Mir ist das nämlich nicht klar, Herr Wirtschaftsminister. Wenn es Ihnen klar ist und wenn Sie sagen, das sei möglich, sollten Sie uns erklären, wie das geht. Außerdem sollten Sie uns erklären, ob Sie das im Zweifelsfall machen wollen. Herr Ministerpräsident, auch dazu haben Sie leider nichts gesagt.

Ich stelle fest: Wir befinden uns in einer sehr spannenden Debatte über die Frage, wie die Rolle der Politik in Zeiten grenzenloser Märkte aussieht und welches die Rolle der Politik in einer Situation ist, dass es zwar faktisch keine nationalen Schranken mehr gibt, was die Besitzerstruktur angeht, dass aber durchaus noch nationale Schranken existieren, was z. B. die Handelsstruktur betrifft. Es geht z. B. um die Frage, nach welchen Regeln gehandelt oder nicht gehandelt wird.

Herr Ministerpräsident, angesichts dessen, dass Sie immer und überall kraftvoll auftreten und von anderen Leuten etwas fordern, war die Vorstellung, die Sie hier abgeliefert haben, ziemlich kleinlaut. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Al-Wazir. – Herr Posch hat sich für die FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Sie haben acht Minuten Redezeit.

(Reinhard Kahl (SPD): Um 15.55 Uhr sollte Schluss sein! – Weitere Zurufe)

– Herr Posch hat das Wort. Er hat acht Minuten Redezeit.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Es tut mir Leid. – Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich teile – insbesondere nach den Entscheidungen des Aufsichtsrats am gestrigen Tage – uneingeschränkt die Analyse, die Sie heute vor dem Hessischen Landtag vorgetragen haben. Das gilt sowohl im Hinblick auf die unterschiedlichen Bereiche, die auf verschiedene Standorte verteilt werden sollen, als auch im Hinblick auf die Auswirkungen auf das gesamte Unternehmen.

Allerdings möchte ich auf Folgendes hinweisen – ich kann an das anknüpfen, was ich vorhin gesagt habe –: Es hat, im

Gegensatz zu dem, worum es jetzt geht, zwei Situationen gegeben, die sich in der Sache unterschieden haben. Damals ging es um den Erwerb der Stock Exchange in London. Wir haben damals befürchtet, dass der Erwerb einer anderen Börse letztendlich dazu führen würde, dass die Standortinteressen Frankfurts nicht ausreichend gewährleistet werden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Unterschied zu heute liegt in dem Verfahren. Das gilt in zweierlei Hinsicht: Erstens. Das, was Sie heute hier dargestellt haben, hat in den vergangenen Wochen niemand in diesem Hause gehört. Dabei hätten Sie die Parlamentarier sehr wohl in angemessener Weise über diese Veränderungen informieren können. Herr Boddenberg, es gibt auch eine Bringschuld der Landesregierung gegenüber dem Parlament.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Sie rufen jetzt dazwischen, diese Meldung gebe es erst seit 22 Uhr.

(Michael Boddenberg (CDU): Wir können doch nicht jeden Tag eine Plenarsitzung machen!)

– Das mag sein. Aber Sie haben in dem Bericht, den Sie gerade abgeliefert haben, auch dargestellt, dass es bereits eine Vorgeschichte zu der Entwicklung in der Aufsichtsratssitzung am gestrigen Abend gegeben habe. Deswegen sage ich, dass wir in solche Entscheidungen eingebunden werden wollen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich will auf einen weiteren Unterschied eingehen. Herr Al-Wazir hat gesagt, es habe eine politische Diskussion gegeben – eine unzureichende politische Diskussion, wie ich meine. Angesichts der Tatsache, dass 90 % der Aktionäre nicht aus Deutschland kommen und die Börse daher letztendlich kein deutsches Unternehmen mehr ist, weiß ich sehr wohl, dass unsere Handlungsmöglichkeiten de jure minimal sind. Gleichwohl erwarte ich, dass wir Standortinteressen in diese Diskussion einbringen. Als es um den Erwerb der London Stock Exchange ging, haben wir Veranstaltungen gemacht – –

(Zurufe: Tor! – Allgemeiner Beifall)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Wir haben Grund zur Freude. Diese Freude teilen wir mit allen. Aber ich finde es ungerecht, dass nur ein kleiner Teil die Möglichkeit hat, sich darüber zu freuen, das Präsidium jedoch z. B. nicht.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, es gibt weiterhin einen geordneten Parlamentsbetrieb. Herr Posch hat das Wort.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Ich mache es kurz. Aber wenn das wirklich ein Tor war, hätten wir jetzt durchaus Zeit zum Diskutieren; denn dann hätten wir uns ja schon einen Vorteil verschafft.

Ich komme auf die damalige Situation zurück. Herr Ministerpräsident, deswegen sage ich das. Herr Seifert musste sich für seine Entscheidungen bzw. für seine Absichten vor dem hessischen Kabinett rechtfertigen. Warum haben Sie das mit Herrn Francioni nicht gemacht? Warum haben solche Diskussionen nicht stattgefunden?

Ich habe die Bitte – darum geht es mir im Interesse des Ganzen –, diesen Landtag, diese Fraktionen, über das, was sich in den nächsten Tagen und Stunden abspielt, zu informieren und alle Möglichkeiten zu nutzen, um in Bezug auf den Standort zu einer positiven Entscheidung zu kommen. Ich weiß, dass es in der Situation, in der wir uns befinden, eigentlich völlig egal ist, wo die Plattform steht und von wo aus was gemacht wird.

Aber ich glaube, die Politik hat mehr Aufgaben, als lediglich festzustellen, was betriebswirtschaftlich notwendig ist oder nicht. Deswegen sollte diese Diskussion ein Anlass dazu sein, in Zukunft die Informationsstränge zwischen der Landesregierung und dem Parlament zu verbessern und nach Möglichkeiten zu suchen, die Standortinteressen in die Diskussionen mit den Aufsichtsräten, die etwas zu bewirken haben, einzubringen und das Ganze doch noch zu einem positiven Ende zu führen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Posch. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist vorgeschlagen, den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Finanz- und Wirtschaftszentrum Frankfurt unter Druck – Wirtschaftsminister sprachlos?, zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung zu überweisen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Parlamentssitzung. Ich darf Ihnen einen vergnüglichen Fernsehabend bei der Begleitung unserer Mannschaft auf dem Weg zum Weltmeistertitel wünschen.

(Schluss: 16.07 Uhr)

**Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 – Fragestunde)****Frage 625 – Abg. Norbert Schmitt (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Kann ein Kreis einen Eigenanteil an den Schülerbeförderungskosten mit der Maßgabe erheben, die eingenommenen bzw. eingesparten Mittel ausschließlich für schulische Zwecke zu nutzen?*

**Antwort der Kultusministerin Karin Wolff:**

*Nach § 161 Abs. 11 des Hessischen Schulgesetzes kann der Träger der Schülerbeförderung durch Satzung einen angemessenen Eigenanteil an den Schülerbeförderungskosten bestimmen. Die Regelungen zur Höhe des Eigenanteils und das Verfahren zur Erhebung liegen in der Gestaltungshoheit des Schulträgers als Selbstverwaltungsangelegenheit. Dabei bleibt es ihm unbenommen, in der Satzung auch Regelungen zur Verwendung der eingenommen Mittel zu treffen.*